

Fälle ohne Ausgleichszulage, ohne Ausgedinge oder ohne ausreichendes Ausgedinge, um das noch einmal eindeutig klarzustellen. Die Zahlen allerdings, die jetzt durch die Antragsbögen hinausgegangen sind, sind, wenn sie hereinkommen, ganz anders. Ich muß sagen — und Sie werden es meines Erachtens nicht ganz bestreiten können — daß da offenbar eine gewisse bewußte Unklarheit geschaffen wurde, um nun von den Ziffern, von 5000 oder 500 in der Steiermark, abgehen zu können und von vornherein diese Aktion förmlich ad absurdum führen zu können. Es ist ja höchst eigenartig, wenn da nicht nur Zuschußrentner und vor allem nicht nur Zuschußrentner ohne Ausgleichszulage und Ausgedinge, sondern Zuschußrentner mit vollem Ausgedinge und Bauernpensionisten jetzt diesen Antrag auf Sonderzahlung einschicken. Es gibt Fälle (Abg. Jamnegg: „Die 5000 hat er ohne Erhebungen festgelegt!“), liebe Kollegin, wo zum Beispiel einer — wie mir verbürgt gesagt wurde — der größte Besitzer in seiner Gemeinde gewesen ist, der sicher als Zuschußrentner eine beachtliche Pension hat — wenn sie wollen, „beachtlich“ unter Anführungszeichen, denn welche Pension ist schon beachtlich — und das volle Ausgedinge, was auch wieder logisch ist, weil es der größte Hof in der ganzen Gemeinde ist. Begründet wird dieser Antrag damit, daß die Schwiegertochter dieses großen Besitzers nicht in der Lage sei, für den Übergeber die Kost bereitzustellen. Wenn man die Dinge so macht, dann ist es ziemlich klar, daß man zu Ziffern kommt, die weit über dem liegen, was von vornherein vorgesehen war, und man muß halt leider dazusagen, daß diese Art der Feststellung offenbar dazu benützt werden soll, sie parteipolitisch auszunützen. (Abg. Ing. Turek: „Von der SPO?“) Ja, das soll man, glaube ich, nicht unbedingt dazusagen müssen, Herr Kollege Turek, denn daß das ausgenützt wird gegen die sozialistische Bundesregierung, liegt auf der Hand. (Abg. Ing. Turek: „Ich habe ja nur gefragt, weil ich es nicht gewußt habe!“ — Abg. Pölzl: „Man muß halt wissen, was sozial und was sozialistisch ist!“) Danke vielmals.

Ich möchte hier doch auch mit einem gebührenden Ernst feststellen, daß von der Bundesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, kein frivoles Spiel getrieben wird. Ich möchte das sehr betonen. Es ist nicht gut, glaube ich, daß in dieser Art berichtet wird. Es wäre eigentlich eine sehr ernste Bitte an die Presse, und ich meine hier nicht eine bestimmte Zeitung, daß man die parteipolitische Hetze — so muß man das bezeichnen, etwas anderes ist es nicht mehr — nicht mitmacht, sondern daß man über diese Dinge möglichst sachlich berichtet. (Abg. Buchberger: „Eine solche Aktion hat es in der 2. Republik nicht gegeben!“)

Man soll nicht, lieber Kollege Buchberger, mit den Zuschußrentnern, die Hilfe brauchen und die Hilfe bekommen sollen, die Sensationslust mancher Leser zu befriedigen versuchen. Ich habe schon gesagt, das ist kein Angriff auf eine bestimmte Zeitung, aber ich möchte doch dazusagen: Als es noch keine Zuschußrente gegeben hat, sondern nur eine freie Station und die, leider Gottes, oft sehr fraglich in einzelnen Fällen, wie es noch geheißen hat „Über-

geben und nimmer leben!“ — das war leider ein Wort mit sehr viel Begriffsinhalt —, damals hat es keine Presseaktion gegeben, so wie heute, wo man bemüht ist, diesen Menschen nach besten Kräften zu helfen. Vor allem muß ich erinnern, daß der Bauernbund damals und sehr, sehr lange geschwiegen hat bzw. später dann verzögert hat. Das kann man nicht schenken.

Und jetzt, wo Schritt für Schritt verbessert wurde und wo Schritt für Schritt eine Angleichung erfolgt, jetzt kann man in der Zeitung, und hier darf ich mich der „Tagespost“ bedienen, sehr eigenartige und sicher nicht erfreuliche Formulierungen lesen. Es handelt sich um die „Tagespost“ vom 8. Oktober, und ich weiß nicht, ob ich die Dame beleidige, wenn ich sie, die den Leitartikel geschrieben hat, auch nenne. Es war die Frau Barbara Stieglmaier. Sie hat gemeint: „Weil die SPO-Regierung“ (Landesrat Bammer: „Die ist eh in Wien! In der Zeitung schreiben überhaupt nur Wiener!“) „in jetzt mehr als 6 Jahren unfähig war, das Problem auf anständige Weise zu lösen, versucht man es auf die unanständigste, die es gibt, denn tatsächlich bedeutet der Versuch des Bundeskanzlers, die Zuschußrentner zu Fürsorgefällen zu degradieren“ — ich habe vorhin auf den § 103 des Gesetzes von 1969 sehr deutlich aufmerksam gemacht — „nichts anderes, als die meisten von ihnen weiterhin mit 500 Schilling im Monat vegetieren zu lassen. Die Länder haben keinen Grund, verschreckt nach einem Ausweg zu suchen,“ tröstet die Frau Stieglmaier, „sie brauchen nur darauf hinzuweisen, daß bereits jetzt die fürsorgliche Möglichkeit besteht,“ — insofern hat sie ja recht, § 103 —, „die die Altbauern aber nicht in Anspruch nehmen, weil bei ihnen trotz Hunger im Bauernhaus noch so viel Familiensinn vorhanden ist, daß sie ihre Erben eben nicht vor den Kadi schleppen wollen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muß sagen, das ist eine Formulierung, die in mehrfacher Hinsicht höchst unerfreulich ist, denn wenn die Dame von Hunger im Bauernhaus schreibt, dann ist das eine Behauptung, die meines Erachtens nicht stimmen kann, denn noch ist im Bauernhaus Gott sei Dank die Situation so, daß die Leute zu essen haben, und unter die Leute im Haus kann man doch mit Fug und Recht auch die alten oder älteren Leute zählen, und wenn sie schreibt, daß die alten Leute so viel Familiensinn haben, um die Jungen nicht vor den Kadi zu zitieren, dann muß man fragen: Meint die Frau Stieglmaier, daß die Jungen keinen Familiensinn haben, weil sie es darauf ankommen lassen, daß sie vor den Kadi gezogen werden? Ich glaube, das soll man auch einmal feststellen und sagen.

So wie die Frau Stieglmaier hier diese Fürsorgefälle beschreibt und bespricht, so hat es leider auch der Herr Präsident Minkowitsch getan, der ebenfalls behauptet, daß die Regierung die alten Leute zu Fürsorgefällen degradiert. In Wahrheit, das habe ich bereits gesagt, ist das von der OVP schon seinerzeit festgelegt worden.

Wir haben heute und auch bei der Generalrede und schon vorher, am 23. war das, von der neuen Sozialgesinnung der OVP gehört. Meine sehr ver-

ehrten Damen und Herren, ich bin da ziemlich skeptisch mit der neuen Sozialgesinnung. (Abg. Dr. Eichtinger: „Die haben wir immer gehabt, nur der Weg ist neu!“) Herr Kollege Eichtinger, es ist von der neuen Sozialgesinnung die Rede gewesen. (Abg. Jamnegg: „Die soziale Gesinnung haben wir immer gehabt!“)

Liebe Frau Kollegin Jamnegg, wir streiten nicht, ich möchte Ihre neue Sozialgesinnung noch um einen Aspekt bereichern (Abg. Jamnegg: „Das ist etwas anderes!“), und zwar an Hand Ihrer Unterlagen, an Hand dieser Ihrer Zeitung „Neues Land“, Bauernbundzeitung in der Steiermark. Da wird über eine größere Tagung berichtet, bei der der Herr Dr. Ernst Albrecht, Ministerpräsident des deutschen Bundeslandes Niedersachsen, über die fünf großen Aufgaben, die zu bewältigen sind, gesprochen hat. Da heißt es unter Punkt 3: „Die dritte große Aufgabe, die es zu bewältigen gibt“ — ich möchte sagen, daß dieser Herr hier in der Zeitung beispielgebend herausgestellt wird und daß er förmlich bewundert wird, dieser hohe Gastredner — „ist die soziale Frage, sie heißt nicht Nulltarif, ihr höchster Ausdruck liegt vielmehr darin, daß man christliche Nächstenliebe in praktische Politik umsetzt, das ist eine der großen Aufgaben.“ Zu dieser neuen Art von Sozialgesinnung, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich doch sagen, daß wir Älteren uns sehr, sehr gut erinnern, wie diese christliche Nächstenliebe in die Praxis umgesetzt wurde, wir haben es noch erlebt. (Abg. Ing. Turek: „Das ist richtig!“ — Landesrat Dr. Krainer: „Aber, aber!“) Jawohl, Herr Landesrat, da kann man nicht ausweichen.

Wenn man sich auf die christliche Nächstenliebe als Grundlage der Politik festlegt, dann erlauben Sie mir, daß ich das Beispiel, wie Sie das vorpraktiziert haben, eben auch in Erinnerung rufe. (Abg. Dr. Schilcher: „Da waren Sie ja noch nicht einmal auf der Welt, Herr Abgeordneter! Sie reden ja von der Erbsünde!“) Fangen Sie selbst nicht damit an, dann werden Sie nicht hören müssen, was wir erlebt haben, Kollege Schilcher. Sie haben es nicht erlebt, aber ich habe es erlebt, das Einlegewesen, weil ich selbst solchen Einlegern damals in Obersteiermark geholfen habe. (Abg. Dr. Eberdorfer: „Ich auch, nicht nur Sie! Hören Sie doch auf damit!“) Bitte sehr, ebenfalls der Kollege Eberdorfer, das freut mich. Das ist nur bezogen auf den letzten Artikel Ihrer Zeitung, und zwar vom 14. November, das ist erst 14 Tage her, das war nicht bei Adam und Eva. Bei den einen waren es die Einleger und bei den anderen waren es die Altbauern, die ins Armenhaus gekommen sind, wenn niemand da war, der sich um sie gekümmert hat. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Daß man jetzt sagt, die christliche Gesinnung darf nicht in der Politik sein, das ist das Höchste! Eine solche Überheblichkeit!“) Was heißt Überheblichkeit? Sie schreiben das, das ist Ihre bewunderte Aussage. (Abg. Dr. Eichtinger: „Falsch ausgelegt von Ihnen! Das ist alles, sonst überhaupt nichts!“) Das muß man wieder einmal sagen — ich will euch ja nicht aufhalten —, aber noch einmal: „Übergeben und nicht mehr leben.“ Das war auch die Praxis der christlichen Nächstenliebe, der christlich-sozialen Nächstenliebe mit dem Argument der praktizierten Nächsten-

liebe. Deswegen habe ich dieses Zitat von 1974 noch einmal gebracht.

Mit diesem Argument wollte ein Teil des Bauernbundes die Zuschußrenten noch im Jahr 1957 verhindern. (Abg. Dr. Eberdorfer: „Wir reden von der Zukunft, nicht von der Vergangenheit!“) Die Vergangenheit haben Sie heute schon einmal sehr kritisiert, als der Kollege Sponer Ihnen vorgerechnet und vordemonstriert hat, was alles geleistet werden mußte, um auf den heutigen Stand zu kommen. Ohne Vergangenheit keine Gegenwart. Das ist eine eindeutige Sache, und wie es heute aussieht (Abg. Dr. Eberdorfer: „Sie wissen nichts von der Zukunft! Sie haben keine Zukunft, Sie reden nur von der Vergangenheit!“) — Sie wollen ja, daß ich von heute rede —, das ist wiederum in diesem Artikel der Frau Stieglmaier drinnen, die ungewollt zugegeben oder festgelegt hat, daß im Bauernhaus anscheinend da und dort Hunger herrscht, das ist jetzt erst geschrieben worden vor einigen Wochen, das ist die praktizierte christliche — wenn Sie wollen —, christlich-soziale Nächstenliebe. (Abg. Dr. Eberdorfer: „Wie viele alte Leute gibt es, die nicht mehr in einem Bauernhaus leben?“) Aber wenn Sie sich auf die Umsetzung der christlichen Nächstenliebe berufen, dann muß man Sie erinnern, was das unter Umständen aus der Erfahrung heraus bedeuten kann. Das wollte ich sagen.

Nachdem ich diesen Herrn Ministerpräsidenten schon zitiert habe, erlauben Sie mir, daß ich diesen Mann noch einmal in der gleichen Zeitung, allerdings in einem anderen Zusammenhang, zitiere. In seiner 5. These heißt es hier: „Gerade die christlichen Demokraten sind durch ihr Weltbild in der Lage, die stockende europäische Integration wieder anzukurbeln und damit dem Kontinent wieder Ansehen und Macht zu geben.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau das, was der Herr Landesrat Bammer meint, das wollte ich auch sagen: Wenn man da zuschaut, wie die christlich-sozialen Demokraten und die CDU jetzt ihre eigene Integration behandeln, wie es denen gelingt, dann muß man sagen, daß man das nicht ohne Sorge beobachten kann. Ich darf wiederum Ihre eigene Zeitung zitieren. Sogar dem Herrn Chefredakteur der „Süd-Ost-Tagespost“ ist ein Schauder überlaufen, wie er in einem Leitartikel zu diesen Dingen gesagt hat. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist fast wie in der SPO!“) Daher lieber nicht mit den Christlichen Demokraten, lieber nicht mit den christlich-sozialen Demokraten, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern doch besser mit den Sozialdemokraten. Das ist verlässlicher, das ist sicherer, das ist zielstrebig, das ist auch sozialer (Abg. Dr. Eberdorfer: „Was Sie sich einbilden, ich beweise das Gegenteil!“) wie zum Beispiel bei der Sicherung der Arbeitsplätze in einer ganz schwierigen Zeit festzustellen ist. Das sollte klargestellt werden.

Bezüglich der Zuschußrenten, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich der Meinung, würde es der ÖVP sehr, sehr gut anstehen, sachlich an den weiteren Verbesserungen mitzuarbeiten. Ich darf sagen, die Wahl des heutigen Redners Ihrer Fraktion und sein Redestil, die lassen es zumindest für die Steiermark erwarten, daß man doch noch zu

reinen Sachverhandlungen in dieser Angelegenheit kommt. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Pörtl gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pörtl: Meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Wortmeldung des Abgeordneten Zinkanell ist ein typisches Beispiel, daß man nur die Möglichkeit hat, mit polemischen und entstellten Darstellungen in einer Situation des Argumentationsnotstandes sich aus der Affäre zu reden. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, nicht ein einziges Mal wurde der Redner, der zu diesem Thema im Haus gesprochen hat, zitiert, sondern eine Zeitung als Aufhänger hergenommen. Man hat versucht, auf verschiedenen Klavieren zu spielen, vor allem mit dem Hauptargument, mit der Vergangenheit. Wir könnten bei jeder Debatte hier in diesem Haus, wenn wir über Landwirtschaft reden, immer wieder diesen Manshold-Plan zitieren und auch in der Vergangenheit (Abg. Zinkanell: „Das ist kein Malheur!“) eben ihre geistige Fehlhaltung zur Lösung der Probleme in der Landwirtschaft deponieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe heute versucht, sachlich nachweislich dazulegen, was tatsächlich auf diesem Sektor der Zuschußrentner passiert ist, und ich hätte die konkrete Frage: Was ist wirklich von dieser Bundesregierung auf gesetzlicher Ebene getan worden, damit dieses Problem gelöst wird? Auf der gesetzlichen Basis der ÖVP-Alleinregierung agiert die jetzige Bundesregierung, meine Damen und Herren. (Abg. Brandl: „Wo ist die Berichtigung?“ — Abg. Zinkanell: „Das ist eine Rede, aber keine Berichtigung!“ — Abg. Jännegg: „Auch beim Karrer war es eine tatsächliche Berichtigung!“) Ich möchte daher klarstellen, daß Ihre Ausflüchte hier nicht am Platze sind und ich möchte noch einmal betonen, daß dies eine politische Effekthascherei ist, um uns etwas zu unterschieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mußte dies sagen, weil hier der Eindruck entsteht, daß man die Presse mit polemischen Äußerungen überzeugen möchte, daß die alleinige Schuld in der ÖVP liegt, wenn man überhaupt die Frage stellen muß über Schuld oder Unschuld. Es steht aber das Problem auf dem Tapet, diese Angelegenheit auf gesetzlichem Wege zu regeln. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „Tatsächliche Berichtigung, müßte ich sagen. Der Herr Abgeordnete Pörtl hat in seiner Rede behauptet, daß im Parlament nichts beschlossen sei. Zumindest ist diese Sonderzahlung bewilligt worden!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ist der Herr am Wort?“)

Präsident: Das war ein Zwischenruf. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist einig Jahre her, daß wir eine Christen-

tumdebatte in diesem Hohen Haus gehabt haben. Es war das letzte Mal die Frau Abgeordnete Hartwig, die uns in einer Wortmeldung hier gesagt hat, daß 2000 Jahre Christentum nicht in der Lage waren, das zuwege zu bringen, was die Sozialisten in 70 oder 100 Jahren (Abg. Zinkanell: „Die Frau Hartwig ist eine gescheite Frau, haben Sie gesagt!“) — entschuldigen Sie, ich will sie jetzt nicht schmälern — zustande gebracht haben. Der Herr Abgeordnete vor mir, der zweite vor mir, hat einen Artikel aus einer Zeitung zitiert, in der ein Bericht war über das, was der Herr Ministerpräsident Albrecht in Graz gesagt hat. Das ist die Zeitung „Das neue Land“. In diesem Bericht, wenn ich Sie zitieren darf, steht drinnen, daß es richtig wäre, die Politik auf die Basis der christlichen Nächstenliebe zu stellen. Ich glaube, Herr Abgeordneter, daß diese Maxime, die seit 2000 Jahren gilt, und wenn sie auch da und dort mißbraucht wurde, und wenn auch da und dort manche im Namen des Christentums gefehlt haben, immer noch gültig ist, und daß das Christentum einen höheren Anspruch auf Sozialgesinnung zu stellen hat, als alle sozialistischen Parteien der Welt zusammen.

Es ist interessant, daß Sie sagen, die christliche Nächstenliebe kann keine gute Basis für die Politik sein. (Abg. Zinkanell: „Nach dem, was wir erlebt haben, sonst nicht!“) Es ist interessant, wenn ich daran denke, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Salcher sich als praktizierender Katholik bekennt. (Abg. Zinkanell: „Das hat mit Katholizismus nichts zu tun!“) Ist seine Politik nicht auf der Basis der christlichen Nächstenliebe? Der Herr Justizminister Tschadek außer Dienst bekennt sich als praktizierender Katholik. Ich kann annehmen, daß er seine Politik auf Basis der christlichen Nächstenliebe übt. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian hat in der ersten Budgetdiskussion, die ich in diesem Hohen Haus hier erlebt habe, gesagt, daß er den ganzen letzten Weltkrieg mit dem Rosenkranz in der Tasche absolviert hat. Ich frage nun, war das nicht christliche Nächstenliebe, die ihn vielleicht auch in seiner Politik beeinflusst? (Abg. Zinkanell: „Sie werfen bewußt zwei Dinge durcheinander!“) Nein, ich bringe nicht zwei Dinge durcheinander. Es steht in diesem Artikel nichts von einer christlich-sozialen Partei, die Sie so gerne hereinziehen möchten (Abg. Zinkanell: „Sie wollen jetzt eine Kirchendiskussion hereinbringen!“), sondern der Herr Ministerpräsident Albrecht hat ohne Bezug auf irgend eine politische Gruppierung die christliche Nächstenliebe zur Basis der Politik empfohlen, eine Empfehlung (Abg. Zinkanell: „Halten soll man sie!“), die jedenfalls besser ist, als wenn man den Marxismus als Basis der Politik nimmt. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Brandl, ich erteile es ihm. (Abg. Nigl: „Jetzt redet der nächste Christ!“)

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr viel von dem, was wir in unserem Land als gut und als fortschrittlich bezeichnen, ist auf die

Errungenschaften, auf das Zusammenstehen, auf den Kampf der Berufsvertretungen zurückzuführen. Ich glaube, das ist auch in diesem Hause unbestritten. Wenn die Arbeitnehmer bereits in den zwanziger Jahren und schon vorher dafür eingetreten sind, daß sie eine ordentliche Altersversorgung haben, dann sind mit der Zeit, mit den Jahrzehnten auch die entsprechenden Erfolge erreicht worden. Wir haben längst eine gesicherte Altersversorgung.

Ich sage das ganz bewußt, denn der Bauernbund ist Interessensvertretung der Bauern. Wenn Sie bis in die sechziger Jahre hinein der Auffassung gewesen sind, daß eben eine Altersversorgung für sie nicht notwendig ist, weil sie glauben, daß es bei ihnen nicht hineinpaßt, dann ist das ihr gutes Recht, das machen wir Ihnen ja gar nicht zum Vorwurf. Aber dann können Sie nicht auf der anderen Seite jetzt so tun, als wenn Sie immer dafür gekämpft hätten, und dann können Sie nicht andere schuldig werden lassen, wenn das nicht so funktioniert, wie es bei denen funktioniert, die jahrzehntlang ihre Verpflichtungen und jahrzehntlang ihre Beiträge gezahlt haben. (Beifall bei der SPO. — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Fünf Jahre hattet ihr bereits Zeit, das zu beweisen!“ — Abg. Jamnegg: „Es haben sich ja die Strukturen in den letzten Jahren total verändert! Das haben Sie nicht berücksichtigt!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Koiner.

Abg. Koiner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich muß Ihnen sagen, es fällt mir nicht leicht — ich werde mich aber trotzdem bemühen —, auf einen wirklich polemisch dargebrachten Beitrag des Abgeordneten Zinkanell zumindest zu versuchen, noch einmal sachlich zu erwidern. Ich habe es zumindest bei der letzten Debatte versucht, und heute fällt es mir umso schwerer, weil die Art der Darstellung genau in die Richtung geht, die wir nicht haben wollen. Ich war zwar am Vormittag nicht da, ich habe die Ausführungen des Kollegen Pörtl nicht gehört, aber wie man mir berichtet hat, hat er in sachlicher Form über die Probleme berichtet. Ich weiß also nun schon, daß man irgendwo einen Aufhänger sucht, vor allem auch deswegen, weil ja die Sache nun heransteht.

Herr Abgeordneter Zinkanell, ich habe Sie bisher und auch in Zukunft für fähig gehalten und auch für informiert genug, ein solches Problem auch von der sachlichen Seite darzustellen. (Abg. Zinkanell: „Aber, Herr Präsident, wenn Sie in Ihrer Zeitung ununterbrochen die sozialistische Regierung in bösester Weise angreifen, das soll unwidersprochen bleiben? Die ÖVP darf das?“) Ich glaube, nichts zeigt mehr den schwachen Standpunkt, der eingenommen worden ist, als der Anfang der Ausführungen, die auf ein Zitat von 1954 zurückgreifen müssen. Ja, meine lieben Damen und Herren, wenn es sonst keinen Beweis dafür gibt, dann steht es traurig um diese Argumentation. Wenn noch zusätzlich in einer fast — ich muß es mir jetzt überlegen — heuchlerischen Form auf die dreißiger Jahre zurückgegriffen wird (Abg. Zinkanell: „Für die anderen war es keine Heuchelei, die das er-

leben mußten!“), wo es natürlich Not und Elend und das Einlegerwesen gegeben hat, aber, Herr Abgeordneter Zinkanell, wo auch die Kleinbauern ihr Brot hergegeben haben, obwohl sie tief in den Schulden gestanden sind, das darf man ja nicht vergessen. (Abg. Dr. Eberdorfer: „Genau!“) Hier soll man nicht heuchlerisch sein, hier hat es Not in allen Dingen gegeben, bei den Großen und bei den Kleinen, tun Sie heute nicht so, als ob das alles Antichristen gewesen wären, das steht Ihnen nicht zu, das ist eine Zumutung. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „In Ihrer „Tagespost“ steht: „Hunger im Bauernhaus!“) Ich habe das letzte Mal bei meinen Ausführungen, meine Damen und Herren, darauf hingewiesen, wie problematisch diese Zwischenlösung, das sogenannte Weihnachtsgeld, werden wird. Es ist nicht widersprochen worden. (Abg. Zinkanell: „Es ist auch dementsprechend gehandhabt!“) Wie ist das denn passiert, um das auch noch einmal darzustellen. Es sind einige Versprechungen während der ersten und nun auch schon während der zweiten Periode dieser Regierung vom Bundeskanzler selbst gemacht worden, das Zuschußrentenproblem zu lösen. Er hat auch Termine genannt. Und nun ist es also wieder nicht zur Erfüllung dieses Termines gekommen, und es ist ja nichts bezeichnender, als daß man vom 54iger Jahr redet und vom dreißiger Jahr, aber kein Wort dazu sagt, was denn in den sechs Jahren zwischen 1970 und 1976 passiert ist. Das wollen wir doch hören. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „500 Prozent Verbesserung, Herr Präsident!“) Bei den Zuschußrentnern? (Abg. Zinkanell: „Jawohl!“) Schauen Sie sich die Zahlen an, die die Leute kriegen. (Abg. Zinkanell: „Von 700 auf 3500 Schilling!“) So kann man da nicht polemisieren. Man kann keine bewußt falsche Darstellung und man kann auch kein Zahlenspiel betreiben. (Abg. Zinkanell: Polemisieren dürft nur ihr!“)

Was ist denn da passiert? Auf der Schallaburg ist der Herr Bundeskanzler in einige Verlegenheit gekommen, weil die Termine für die Regelung der Zuschußrentenangelegenheit wieder einmal verstrichen waren, und er hat von sich heraus nun einen — wie heute ohne jede Bestreitung auch im Sozialministerium gesagt wird — völlig unausgegorenen Vorschlag gemacht, nämlich den Vorschlag und auch die Zahl 5000, ja, wer hat denn die genannt? Der Herr Bundeskanzler hat sie genannt, er hat gesagt, das werden also etwa 5000 sein, wenn man also 5000, für drei Monate, 2000 Schilling dazugibt, dann sind das 30 Millionen Schilling, davon soll also der Bund 15 und die Länder 15 Millionen Schilling geben. Da ist das erste Mal die Zahl 5000 genannt worden. Ich muß richtigstellen, und deswegen habe ich dazwischengerufen, wer hat denn diese Schätzung gemacht (Abg. Hammerl: „Die Sozialversicherung!“), niemand anderer als der Herr Bundeskanzler in einem sehr emotionellen Ausweichen aus dem Problem der Zuschußrenten. (Abg. Zinkanell: „Er hat sie nicht aus dem Ärmel geschüttelt!“) Und nun hat das Sozialministerium, Herr Abgeordneter Zinkanell, geschlagene sechs Wochen gebraucht, um diesen völlig unausgegorenen Vorschlag in ein Gesetz kleiden zu können.

Sechs Wochen haben sie herumgetüftelt, die Herren Juristen, fragen Sie draußen, Sie müssen es ja eh wissen, es ist ja nicht unbekannt, um überhaupt daraus ein Gesetz machen zu können. (Abg. Kohlhammer: „Weil es so schwierig ist!“) Na ja, wenn man halt zuerst so herausplaudert, dann wird es natürlich schwierig, das in eine Gesetzform zu kleiden, aber da dürfen Sie sich ja nicht an uns wenden, da wenden Sie sich an den Herrn Regierungschef. Das soll auch einmal in aller Klarheit gesagt werden. So sind die Dinge also sehr schwer zu lösen.

Was nun mit den Fragebogen auf uns zukommt, das habe ich damals angedeutet. Heute wird das auf einmal klar, was das für Schwierigkeiten bringt, wie also die Bestätigungen der Bürgermeister verlangt werden und und und . . .

Auf einmal kommt heraus, daß man überhaupt noch nicht weiß, was dabei herauskommt. Eines ist sicher: Die Ankündigung 2000 Schilling pro Monat mal drei, das stimmt ja nicht. Die Weisungen des Sozialministeriums lauten, daß jeder seinen Antrag zu stellen hat, daß überprüft wird und daß dann, auch wenn pro Monat ein Schilling herauskommt, das mal drei multipliziert wird und der groteske Fall ohne weiteres eintreten kann, daß der Herr Bundeskanzler die Erwartung geweckt hat, diese Leute kriegen dreimal 2000 Schilling, und in Wirklichkeit kriegen sie drei Schilling. So kann man doch nicht vorgehen, das ist doch unverantwortlich, da erweckt man doch Erwartungen, die nie zu halten sind, und jetzt ist ja das Gesetz beschlossen worden. Was herauskommt, das weiß heute noch niemand, weil nach wie vor die Fragebögen eingehen, weil alle überprüft werden müssen und weil es sich dann erst herausstellen wird, welche Summe man braucht, wieviel Leute da überhaupt anfallen.

Aber, ich bitte sehr, kommen wir zum Abschluß, ich würde sehr, sehr bitten, lassen wir diese polemische Form der Auseinandersetzung um die Zuschußrenten. (Abg. Zinkanell: „Auf beiden Seiten!“) Ich habe letzthin darum gebeten, und heute hat es von unserer Seite keine polemische Auseinandersetzung gegeben. Wenn man aber auf das 54er-Jahr zurückgreift, wo sich die Zeit so geändert hat, dann zeigt das einen Argumentationsnotstand, in den der Abgeordnete gekommen ist, und er hat nichts anderes damit wegspielen wollen, als daß in der Zeit von 1970 bis 1976 die Regierung nichts getan hat, nichts Neues getan hat, außer Dynamisierung, um die Zuschußrenten in jene Höhe anzuheben, die ja für die Leute angebracht ist. Leider Gottes, leider Gottes, das war das Ablenkungsmanöver, und ich billige jedem zu, daß er Ablenkungsmanöver einleitet, aber das in der Form zu machen, hat mich persönlich sehr enttäuscht, Herr Kollege Zinkanell. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Das Wort hat der Erste Landeshauptmannstellvertreter Sebastian.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bedaure außerordentlich, daß zum zweiten Mal diese für einen Teil der Menschen in unserem Lande sicherlich wichtige Lebensfrage dergestalt verzerrt dargetan wird. (Abg. Buchberger: „An die Adresse vom Abgeordneten Zinkanell gerichtet!“)

Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich leicht zu sagen, reden wir nicht, was war gestern, was ist morgen. (Abg. Dr. Eberdorfer: „Von vorgestern werden wir reden!“)

Aber, meine Damen und Herren, Versicherungen bauen eben auf dem Gestern auf, weil ich ja etwas leisten muß, um später etwas in Anspruch nehmen zu können. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das ist die neue soziale Gesinnung!“) Und ich werde gleich auf die soziale Gesinnung zu sprechen kommen. (Abg. Brandl: „Wie geht es sonst?“ — Abg. Hammerl: „Warum sollen wir zahlen?“ — Abg. Pränckh: „Wie ihr angefangen habt, waren die Kassen schon voll!“ — Abg. Brandl: „Die Arbeitnehmer dürfen zahlen!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Meine Damen und Herren! Die Bergarbeiter haben die älteste Versicherung, die aus der Bruderlade hervorgegangen ist. Die Angestellten haben seit 1909 eine Versicherung, für die Arbeiter wollten wir sie 1927 schon, dann 1931. Da man wegen der Wahlen nicht gut nein sagen konnte, hat es geheißen: „Wenn die Arbeitslosenzahl unter 100.000 kommt, wird auch für die Arbeiter eine Pensionsversicherung eingerichtet.“ In der Ersten Republik ist die Arbeitslosenziffer nie unter 100.000 gekommen, es kam also nicht zu einer Versicherung für die Arbeitnehmer. 1938 ist die Reichsgesetzgebung wirksam geworden, da hat es das Invalidengeld gegeben (Abg. Nigl: „1939!“), und 1956 ist das ASVG geschaffen worden. Damals wollten wir schon die Bauern und die Selbständigen mitversichern. Das war nicht möglich, weil Sie dagegen waren und wie für die Arbeiter eine Anlaufzeit gebraucht wurde (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Ihr lebt nur in der Vergangenheit!“ — Landesrat Peltzmann: „Zukunft haben sie ja keine!“) und Zeiten vor dem Stichtag nur in bestimmtem Ausmaß angerechnet wurden. Genau dasselbe sollte für die Pensionsversicherung der Bauern und der Gewerbetreibenden gelten. (Abg. Buchberger: „Die ÖVP hat 1974 auch in der Richtung beschlossen!“) Haben Sie Geduld, ich habe Sie auch angehört.

Ich habe hier das Protokoll der 30. Sitzung des Landtages vom 18., 19. und 20. Dezember 1958 (ÖVP: „Schon wieder!“ — Abg. Dr. Schilcher: „Sie fühlen sich als Partei der Vergangenheit!“) — ich weiß, das hören Sie nicht gerne (Abg. Diplomingenieur Schaller: „Sie beruhigen Ihr schlechtes Gewissen!“) —, wo ich zur selben Frage gesprochen und gesagt habe, man müßte doch unbedingt für die Bauern eine Versicherung machen. (Abg. Doktor Schilcher: „Das wird der Wettstreit der Archivare!“) Darauf habe ich folgende Antworten bekommen: „Wir Angehörigen des Bauernstandes sind nicht dafür, den freien Bauer in seinen alten Tagen zum abhängigen Staatsrentner zu degradieren.“

Die zweite Antwort war die des Landeshauptmannes Krainer: „Gott sei Dank, in dieser bäuerlich gesund gebliebenen Gegend ist man noch nicht dem

Irrglauben verfallen, der Staat und seine Einrichtungen oder das Land seien eine einzige Versicherungsanstalt für alles und jedes. Wir sind gegen die Bauernpension." Und der Landesrat Brunner hat, weil die Zuschußrente kam, erklärt: „Weil man uns gezwungen hat.“ Ich habe gesagt: „Ich bin stolz, daß wir Sie gezwungen haben.“ Zuletzt hieß es dann: „Freiwillig nie, jetzt ist es an der Zeit, sich zu wehren, denn wir haben das Gefühl, daß man uns an die Gurgel springt.“ (OVP: „20 Jahre!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Wir reden von heute und morgen und nicht von vor 20 Jahren!“)

Aber jede Versicherung braucht eben eine Anlaufzeit, und wenn Sie damals ja gesagt hätten, wäre heute die Bauernpension genauso voll erfüllt wie die Pension der Arbeiter in diesem Lande. Darum geht es. (Abg. Koiner: „Die Bauernpension ist eh erfüllt!“) Schauen Sie, Sie wissen genau, welchen Personenkreis ich meine. Die Bauernpension hat ja auch viel später eingesetzt, und ein Personenkreis ist dabei durchgefallen, um die Menschen geht es ja. (Abg. Nigl: „Ich könnte jemand zitieren, der seinerzeit gegen des Bau der Eisenbahn aufgetreten ist!“)

Nun darf ich also sagen: Meine Damen und Herren, den Herrn Präsidenten Koiner schätze ich außerordentlich ob seiner Bemühungen um die Objektivität. Hier muß ich sagen, Herr Präsident, ich war auf der Schallaburg. Ich weiß nicht, wie Sie dazu kommen, zu behaupten, der Herr Bundeskanzler habe dies gesagt, weil es ihm halt eingefallen ist. Das waren die Unterlagen der Bauernversicherung, die uns zur Verfügung gestanden sind, Ihrer Versicherung, die Sie führen und Sie in der Hand haben.

Nun zum Schluß, meine Damen und Herren, warum ich mich überhaupt gemeldet habe: Ich kann nicht genug davor warnen, meine Damen und Herren, bei unseren Auseinandersetzungen hier zu glauben, der eine oder andere sei der bessere Christ. Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat nichts anderes gemeint, als daß es besser ist, Sozialgesetze zu schaffen, wo ein Anrecht besteht, als sich auf die christliche Nächstenliebe zu berufen. (Abg. Zinkanell: „Wie wir sie erlebt haben!“) Nichts anderes. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Dann schaffen Sie so ein Gesetz!“) Wir sind alle glücklich, meine Damen und Herren, daß diese Zeit vorüber ist und daß wir uns dazu verstanden haben, dieses Recht in Gesetze zu gießen und dem Staatsbürger zu sagen: „Wenn du in dieser oder jener Situation bist, dann hast du einen Rechtsanspruch und brauchst zu niemandem bitten gehen.“ Nur darum ging es dem Abgeordneten Zinkanell. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Gruber.

Landesrat Gruber: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben ja jetzt das Kapitel 4, öffentliche Wohlfahrt, zur Diskussion gehabt und sind dabei ein bißchen zu weit ausgeschweift. Ich möchte zur Sache Bauernpension und bäuerliche Zuschußren-

ten doch auch noch einen kleinen Versachlichungsbeitrag leisten.

Im Jänner, Herr Präsident Koiner, dieses Jahres hat der Herr Sozialminister und der damalige Vizekanzler Häuser die Landeshauptmänner zu einer Besprechung zur Lösung der Frage der bäuerlichen Zuschußrentner eingeladen. Es ist ein Termin gesetzt worden, zu dem die Länder Vorschläge machen sollen, in welcher Form sie bereit sind, mitzuwirken. Ich stellte dazu fest, ich bin erst aufgefordert worden, Vorschläge zu machen, als der Termin schon verstrichen war, Herr Landeshauptmann. Ich habe Ihnen das damals auch schriftlich mitgeteilt. In der Zwischenzeit sind verschiedene Gespräche gelaufen und der Vorwurf, der sich jetzt an die Sozialistische Partei richtet, daß man die bäuerlichen Zuschußrentner zu Fürsorgeunterstützungsempfängern degradieren will. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Nicht wir!“) Dann habe ich das falsch verstanden. (Abg. Zinkanell: „Geht völlig daneben! Dieser Vorwurf steht in der Zeitung, im ‚Neuen Land‘, in der ‚Tagespost‘, überall!“)

Ich muß dazu sagen: So kann man das, glaube ich, auch nicht darstellen. Schauen Sie, Herr Landeshauptmann, hier ist ein Erlaß der Landesamtsdirektion vom 19. Dezember 1976, der an alle Bezirkshauptmannschaften gegangen ist, mit der Aufforderung, diejenigen festzustellen und sie sofort aufmerksam zu machen, die unter den Richtsätzen der Ausgleichszulage liegen, um ihnen bessere Einkommensverhältnisse zu schaffen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das wurde uns ja aufgetragen!“) Wir haben das schon vorher gemacht, die Rechtsabteilung 9, Herr Landeshauptmann. Es war also ein zweiter Erlaß. Auch da war man noch der Auffassung, daß das eine vorübergehende, was weiß ich, Milderung der Härte oder Entschärfung des Problems sein könnte. (Abg. Schrammel: „Bei 78 Jahren Durchschnittsalter!“) Ich rede jetzt nur vom Jahre 1976.

Wenn man also in der Frage der bäuerlichen Zuschußrentner nun schon so viele Erklärungen gehört hat, sowohl von seiten des Bundes als von seiten auch der Landeshauptmänner, das Problem zu lösen, dann scheint mir ja wirklich die Lösung auch schon nahe zu sein. (Abg. Schrammel: „In der 5. Novelle zum Bauernpensionsgesetz! Jetzt wird es wieder abgelehnt!“)

Schwierig — Herr Präsident Koiner —, Sie haben es selbst angeschnitten, sind die Erhebung und die Fragebogen. Es ist zum Beispiel für mich ganz interessant festzustellen oder die Ziffer zu bekommen, daß es in der ganzen Steiermark bisher 23 bäuerliche Zuschußrentner gegeben hat, die einen Antrag auf eine Fürsorgeunterstützung auf die Höhe des Richtsatzes stellten. 23 Personen waren das, die auf Grund der gegebenen Rechtslage, die ja eine bestimmte Möglichkeit bietet, sich darum bemüht haben. Nun haben wir diese Erhebungen eingeleitet, und die in den letzten Tagen durchgeführte telefonische Rundfrage bei den Bezirkshauptmannschaften, Herr Landeshauptmann, wie viele sich darum bewerben werden, zeigt, daß der Personenkreis nach den Auskünften der Bezirkshauptmannschaften (Landeshauptmann Dr. Nie-

derl: „Man weiß ganz genau, wer das zahlen muß, und jetzt fängt man so ein Spiel an!“) bei 279 Personen etwa liegt.

Ich rede ja nur von den Erhebungen und wie schwierig es war, überhaupt da zu Ziffern zu kommen. Die bäuerliche Pensionsversicherungsanstalt konnte ja lange Zeit überhaupt diese Ziffern nicht herausgeben, weil sie es nur bundesmäßig gespeichert haben und ländermäßig die Ziffern also gar nicht so leicht herauszukriegen waren. Ich glaube also, daß man im allgemeinen doch feststellen kann, daß es ein Bemühen der Bundesregierung gibt, ein echtes Bemühen, dieses Problem der bäuerlichen Zuschußrentner zu lösen, daß die Landeshauptmänner — und damit nehme ich auch an die Landesregierungen — sich grundsätzlich bereit erklärt haben, daran mitzuwirken und daß wir, wenn es gut geht, eine provisorische Lösung noch vor den Weihnachtsfeiertagen unter Umständen, glaube ich, zustande bringen könnten.

Jedenfalls weiß ich, es ist ein ernstes Problem, meine Damen und Herren, ich bin mir dessen vollkommen bewußt, gerade bei der Alten-Urlaubsaktion begegnet man immer wieder solchen Menschen, die hier in dieser Einkommenskategorie und von diesem Einkommen leben müssen, und man kann dabei sicherlich manche praktische Erfahrung sammeln.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wenn man jetzt bei dem Kapitel Soziale Wohlfahrt und Jugendwohlfahrt mehr in die Bundespolitik gegangen ist bei der Debatte, daß es doch auch gerechtfertigt ist, noch einige Hinweise zu machen, wie es eigentlich mit der Sozialhilfepolitik und der Jugendwohlfahrtspolitik im Lande aussieht und wie die Dinge hier in unserem eigenen Verantwortungsbereich liegen.

Ich glaube, grundsätzlich ist dabei einmal festzuhalten, daß Österreich ein moderner und fortschrittlicher Sozialstaat ist, in dem der überwiegendste Teil der Bevölkerung, etwa 95 Prozent, in irgendeiner Form von einem Sozialversicherungssystem erfaßt ist und aus diesem Sozialversicherungssystem seine soziale Sicherheit hat.

Wenn ich also nur ein Vergleichsbeispiel, das mir gerade so in den Kopf kommt, herbeihole: Als das ASVG im Jahre 1956 eingeführt wurde, hat es noch 56.000 Fürsorgeunterstützungsempfänger in unserem Lande gegeben. 20 Jahre später gibt es 5000 Fürsorgeunterstützungsempfänger, man sieht, daß hier die Entwicklung in das Sozialversicherungssystem hineingegangen ist, und es ist eine Tatsache, daß bestimmte Personenkreise noch nicht in dieses Sozialversicherungssystem hineingekommen sind aus vielerlei Gründen, die immer wieder erörtert werden, und diese Personen befinden sich ohne Zweifel in einer schwierigen finanziellen Lage.

Aber ich darf dazu vielleicht noch ein Beispiel sagen: Herr Präsident Koiner, ich glaube, die Bürgermeister insbesondere in den kleinen Gemeinden haben es in dieser Frage auch nicht sehr leicht. Angenommen, das Problem der bäuerlichen Zuschußrentner wird befriedigend gelöst, ich sage jetzt angenommen. Ja, was sagen denn dann die anderen, die ehemaligen Kleingewerbetreibenden, die

ehemaligen freiberuflich Tätigen, die jetzt dann sozusagen, fast könnte man sagen, der Schwerpunkt oder Schwerpunkte von Armutskreisen in unserem Lande sein werden, weil auch sie in kein Sozialversicherungssystem bisher entsprechend eingebunden worden sind. Wir werden zu einer großzügigen Lösung, glaube ich, in diesen Fragen trotz aller Schwierigkeiten kommen müssen, wenn wir nur einigermaßen Gerechtigkeit walten lassen wollen.

Nun, was wir in unserem Bereich der Sozialhilfe machen können, das ist der Rest, der verbleibt, den die Bundespolitik nicht besorgen kann, den die Sozialversicherung nicht besorgen kann, sozusagen unsere spezifische und spezielle Aufgabe ist es, in jenen Raum hineinzuwirken, der von der Bundespolitik nicht erfaßt wird und der von der Sozialversicherung nicht betreut wird und der damit eigentlich sozusagen wirklich durch das große Netz der sozialen Sicherheit, das über ganz Österreich gespannt ist, durchfällt.

Aber es ergeben sich auch neue soziale Aufgaben, und wir wissen heute längst, daß sich nicht alle sozialen Aufgaben mit Geld allein lösen lassen und daß es eine Vielzahl von Hinweisen gibt, die uns heute darauf aufmerksam machen, daß wir auch außerhalb des Geldes viele Maßnahmen der Sozialhilfepolitik setzen werden müssen.

Wenn die Ausgaben im Landesvoranschlag unseres Landes für die Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt für das nächste Jahr mit 608 Millionen Schilling veranschlagt sind und damit etwa 4,7 Prozent der Ausgaben des ordentlichen Haushaltes ausmachen, so ist das sicher in Prozenten gesehen ein kleiner Betrag, in der Zahl selbst gesehen ein nicht unbeachtlicher Betrag. Und wenn heute schon wiederholt gesagt wurde, insbesondere vom Herrn Abgeordneten Eichtinger der OVP, daß wir auf diesem Gebiet nichts geleistet haben, dann begibt er sich doch auch auf die Ebene, die also sagt: „Na, die Landespolitik leistet nichts.“ (Abg. Dr. Eichtinger: „Das ist eine Verdrehung meiner Worte!“) Die Sozialhilfepolitik, Herr Abgeordneter Eichtinger, ist ein Teil der gesamten Landespolitik und ein Beitrag zu dem, was die Landespolitik als Ganzes überhaupt zu leisten vermag, und es gibt viele, weit über 10.000 Menschen, die auf diese direkte Hilfe angewiesen sind.

Natürlich, global sind das auch ganz schöne große Ziffern, im Einzelfall zeigt es uns immer wieder, daß es zuwenig ist, und bei den Budgetverhandlungen in der Landesregierung gibt es immer wieder ein hartes Ringen um die Budgetansätze für die Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt, weil man allzuoft der Meinung ist, es gibt eben andere, wichtigere Dinge, als diese Dinge hier zu machen. Ich sage gar nicht, daß man grundsätzlich dagegen ist, aber, daß man eben andere Dinge für wichtiger hält. Im Gesamtrahmen dieser Ausgaben gibt es auch immer wieder die Diskussion bei den Budgetdebatten, wo man Schwerpunkte setzen, wie man Prioritäten reihen könnte. In der letzten Zeit kommt es sogar dazu, daß man nahezu zu allen Ausgabenposten, die man haben will, sozusagen eine gewisse Kosten-Nutzen-Rechnung anzustellen hätte. Es ist auch hier im Sozialhilfebudget sowie im Ge-

sambudget ein großer Anteil, und nach unseren Feststellungen der Rechtsabteilung 9 sind 80 Prozent des gesamten Sozialhilfebudgets fixe Ausgaben, die durch Gesetze und Verordnungen festgelegt sind, die überhaupt keine Bewegungsmöglichkeit zulassen, die gar nicht zulassen, daß man also hier mit diesen Geldern neue oder andere Schwerpunkte setzen kann.

Nun haben wir vor kurzer Zeit das Sozialhilfegesetz beschlossen. Meine Damen und Herren, ich möchte dazu nur noch eines sagen: Die Frau Abgeordnete Jamnegg hat jedenfalls bei ihrer Berichterstattung einen objektiveren Bericht erstattet, als es dem Herrn Abgeordneten Eichinger heute gelungen ist bei der Darstellung des Sozialhilfegesetzes. (Abg. Brandl: „Das gelingt ihm nie!“) Das muß ich sagen: Wenn es so leicht gewesen wäre. Der Herr Abgeordnete Fuchs hat gerufen, daß wir da ein paar Jahre und dort ein paar Jahre gebraucht haben. Ich könnte den Schriftwechsel hier auf den Tisch des Hauses legen, der zwischen den Parteienverhandlungskomitees um Termine und andere Dinge hin und her gegangen ist und auch das Bemühen, eine gemeinsame Lösung zu finden, beweist. Wir haben dazu, meine Damen und Herren, zwei volle Jahre gebraucht. Das ist eine Tatsache. Die Schuld kann man nicht der Sozialistischen Partei zuschieben, ich schiebe sie auch nicht der ÖVP zu, sondern das war die Schwierigkeit der Materie, die in diesem Sozialhilfegesetz steckte. Bei einer oberflächlichen Beurteilung kann man natürlich sagen: „Das ist die Schuld des Referenten, weil er einfach in dieser Zeit in dieser Sache nichts zustande gebracht hat.“

Aber damit möchte ich es bei dieser Sache schon bewenden lassen, denn im großen und ganzen glaube ich sagen zu können, ist das Sozialhilfegesetz ein gutes Gesetz, das uns gelungen ist, es wird uns viel Arbeit bringen im nächsten Jahr, es müssen eine Reihe von Richtlinien und Verordnungen erlassen werden, und es wird vor allem auch wie immer wieder und bei allen Sozialgesetzen darauf ankommen, meine Damen und Herren, wie dieses Gesetz durchgeführt wird. Es wird notwendig sein, von den Beamten und von allen, die es durchzuführen haben, dieses Gesetz mit Herz und mit menschlicher Wärme zu erfüllen und sich nicht hinter bürokratische Festungsmauern zurückzuziehen, weil es etwas Neues ist, weil es neue Schwierigkeiten unter Umständen und weil es neue Probleme gibt. Ich glaube, daß gerade diese Frage, wie dieses Gesetz durchgeführt wird, eine ganz entscheidende Frage ist, und dafür möchte ich Ihnen wohl sagen, daß ich mich als zuständiger Referent in dieser Frage ganz besonders einsetzen werde und ganz besonders darum bemühen werde, daß wir es in diesem Sinne durchführen können.

Global und generell läßt sich ja überhaupt leicht sagen: Wir sind für die Sozialpolitik in diesem Punkt, und wir sind für die Sozialhilfe in jenem Punkt. Im Einzelfall und bei der konkreten Durchführung wird es dann oftmals schwieriger.

Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, ich habe einen Fall zum Beispiel im Rahmen der Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien

hier jetzt vor Augen, der mich sehr, sehr schmerzt. Es ist der Fall, der auch dieses Haus schon befaßt hat, der Fall der Familie Höfler mit den 8 Kindern. Ich warte nun seit Juni dieses Jahres auf die Entscheidung in der Präsidialsitzung der Landeshauptstadt Graz, in der letzten Finanzausschußsitzung ist ja ein Überbrückungsvorschlag zurückgestellt worden, ob nun diese Familie Höfler, wo der Vater ein Schwerinvalide ist, etwas bekommt. (Abg. Jamnegg: „Das liegt am Vizebürgermeister Stoiser!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das weiß er eh!“) Das ist leider eindeutig nachzuweisen, daß es nicht so ist. (Abg. Schrammel: „Das wird noch zu einer Grazer Affäre werden!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das ist ein Versäumnis des Vizebürgermeisters Stoiser!“ — Warum gehört das hierher?“ — Abg. Ileschitz: „Das ist eine Unterstellung! Das ist eine Giftspritze und sonst nichts!“ — Glockenzeichen des Präsidenten. — Präsident: „Das Wort hat der Landesrat Gruber!“)

Herr Abgeordneter, ich habe mich schriftlich an alle Bürgermeister der Landeshauptstadt gewandt, und der Herr Vizebürgermeister Hasiba hat mir heute im Vorraum gesagt, er hat mir bereits eine Antwort zugestellt. Ich habe versucht, ob ich diese Antwort schon bekommen habe, aber das muß nicht seine Schuld sein — Posteinlauf und was sonst noch alles ist — ich kenne also die Antwort nicht. Ich weiß nur eines, und davon habe ich die Unterlagen, daß der Herr Vizebürgermeister Stoiser im Juni im Voranschlagsausschuß den Antrag gestellt hat, daß die Beitragsleistung für diese Familie Höfler von der Landeshauptstadt Graz von 245.000 Schilling geleistet wird. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Was sagt der Finanzreferent?“ — Abg. Hammerl: „Ja hat er gesagt!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das ist nicht unser Problem!“) Sie lassen mich nie ausreden, Herr Abgeordneter Dorfer. Sie tun sich schwer mit dem Zuhören, das ist allgemein bekannt. Der Herr Finanzreferent hat zugestimmt, und nun steht es auf der Tagesordnung der Präsidialsitzung und es haben einige Sitzungen stattgefunden, aber man kommt nicht bis zu diesem Tagesordnungspunkt. (Abg. Ileschitz: „Das ist gerade die Koalition! Da geht nichts weiter!“) Meine Damen und Herren, ich lade Sie ein, wer bereit ist, sich in der Kapellenstraße die Wohnverhältnisse einer solchen Familie anzuschauen. Ich kann nur sagen: Nicht ich habe diesen Fall sozusagen in die Öffentlichkeit gebracht, das ist durch andere Kreise geschehen. (Abg. Pölzl: „Sie haben im Finanz-Ausschuß gesagt, die Familie wohnt schon in dem Haus! Das ist Polemik!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Sie muß ja nicht ausziehen, weil der Fall überprüft wird!“ — Abg. Pölzl: „Sie haben im Finanz-Ausschuß gesagt, die Familie wohnt schon in dem Haus! Es geht um die Bezahlung. Das ist ganz etwas anderes. Das ist Polemik, was Sie hier betreiben!“)

Nein. Schauen Sie, Herr Abgeordneter Pölzl, ich habe im Finanz-Ausschuß damals gesagt, daß die Familie schon im Haus wohnt, weil der Übersiedlungstermin bereits festgesetzt war. Ich habe aber einige Tage später festgestellt, daß die Übersiedlung nicht erfolgt ist, aus Gründen, die auf wieder einer anderen Ebene liegen. (Abg. Dr. Eichinger: „Dann

sind wir unrichtig informiert worden!") Aber der Vertragsabschluß, um dieses Haus zu kaufen, kann erst zustande kommen, wenn die Landeshauptstadt Graz wie alle Bezirksfürsorgeverbände ihren Beitrag leisten. Wir haben 1700 Familien auf diese Art und Weise wohnversorgt, und es muß doch auch möglich sein, in diesem einen Fall zu einer Wohnversorgung zu kommen. (Abg. Pözl: „Klären Sie uns jetzt auf! Wohnt die Familie noch im alten Zustand?“) Sie ist noch nicht übersiedelt. Sie ist noch im alten Zustand. (Abg. Nigl: „Dann haben Sie uns falsch informiert!“)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen gesagt, daß mir berichtet wurde, daß die Familie schon übersiedelt ist. Die Überprüfung meinerseits hat ergeben, daß eine Verzögerung eingetreten ist und, nachdem die Zustimmung von der Landeshauptstadt nicht schriftlich eingelangt ist, sich die Rechtsabteilung 9 nicht die Bewilligung zur Übersiedlung zu geben traute. (Abg. Pözl: Warum haben Sie gesagt, es sei kein Problem, wenn das Stück zurückgestellt wird, weil die Familie nicht betroffen ist?“) Herr Abgeordneter Pözl, was wollen Sie mehr, als was ich Ihnen jetzt gesagt habe, daß die Information zu dem damaligen Zeitpunkt war, weil ein Übersiedlungszeitpunkt festgesetzt war, aber sie ist nicht vollzogen worden. Ich kann in Anbetracht der ungeklärten Situation auch die Übersiedlung nicht durchführen. Wir werden uns darum kümmern müssen, meine Damen und Herren. (Abg. Pözl: „Das ist erschütternd!“ — Landesrat Dr. Krainer: „Sie haben Ihr Ressort nicht im Griff!“ — Abg. Schrammel: „Herr Landesrat, Sie können sich nicht durchsetzen!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Meine Damen und Herren, ist das Ihnen noch nicht passiert, daß eine Information aus irgendwelchen Gründen dann nicht so gestimmt hat, wie Sie es erhalten haben? Ist das noch nie passiert? (Unverständliche Zwischenrufe.) Gibt es so etwas nicht? (Abg. DDr. Stepantschitz: „Aber, Herr Landesrat, deshalb bekommt die Familie nichts!“) Ich will nichts anderes, meine Damen und Herren. (Abg. Schrammel: Sie haben uns falsch informiert. Das wird noch zu einer Grazer Sozialaffäre!“)

Ein offeneres Einbekenntnis können Sie ja wohl nicht haben, als ich es Ihnen gemacht habe. Meine Aufforderung ist ja nur an Sie, auf Ihre Freunde in der Landeshauptstadt einzuwirken, daß diese Entscheidung bald herbeigeführt wird. (Abg. Nigl: „Also der Stoiser hat Sie falsch informiert, so ist es!“)

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch zu einem anderen Thema etwas sagen: In der Frage der Behindertenhilfe. Auch hier haben wir uns bemüht, durch die Novelle zum Behindertengesetz einen weiteren Fortschritt zu erzielen. Wir wissen, daß hier viele offene Fragen und Forderungen sind. Aber wir haben auch manches erreicht. Es ist immerhin erfreulich festzustellen, daß wir zum Zeitpunkt in der freien Wirtschaft durch das Steiermärkische Behindertengesetz 544 geförderte Arbeitsplätze haben, wo in jedem Einzelfall Landeszuschüsse in der Größenordnung zwischen 1400 bis 2800 Schilling gegeben werden. Nun hat die FPO auch einen Antrag eingebracht — der Herr Ab-

geordnete Turek ist nicht da —, daß wir auch im Landesdienst die Zuschußregelung gleich machen sollen wie wir es in der Privatwirtschaft machen. Ich kann dazu nur sagen, denselben Antrag haben wir bereits am 31. März an die Personalabteilung gestellt, und seit 31. März dieses Jahres laufen über diese Frage schon Verhandlungen. Mich freut es nur, daß ich durch einen solchen Landtagsantrag weiter unterstützt werde.

Nun, meine Damen und Herren, auch das Pflegegeld wird ab 1. Jänner wiederum erhöht werden, und wir haben hier im Gegensatz zu anderen Behindertengesetzen die Regelung, daß mindestens um den Dynamisierungsfaktor des ASVG die entsprechende Erhöhung zu machen ist. Wichtig scheint mir neben der Novelle des Behindertengesetzes und neben den eigenen Verbesserungen, die wir machen, daß wir die Koordinierung in der Behindertenhilfe zwischen Bund, zwischen allen Organisationen, die sich mit der Behindertenhilfe befassen, und zwischen dem Land weiterhin intensivieren, denn je besser die gemeinsame Zusammenarbeit aller damit Befassten ist, umso besser wird auch das Ergebnis sein.

Ganz allgemein, meine Damen und Herren, darf ich auch ein Wort sagen zur Frage der freien Wohlfahrtspflege in unserem Lande. Wir haben eine ausgezeichnete Zusammenarbeit im Bereich der freien Wohlfahrtspflege, und ich glaube, daß diese Zusammenarbeit, diese gemeinsame, die öffentliche und die freie Wohlfahrtspflege, uns in der Steiermark Möglichkeiten gibt, in vielen Fällen spontan und sofort zu helfen, was sonst unter Umständen einfach über den formalen und damit etwas längeren und schwierigeren Weg nicht möglich wäre.

Es ist auch mit Freude festzustellen, meine Damen und Herren, daß aus dem Landesbudget wesentliche Förderungsmittel in die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege gehen. Es wird die Lebenshilfe zum Ausbau in Söding 1,5 Millionen Schilling erhalten, es wird das Odilien-Blindeninstitut eine wesentliche Förderung erhalten, es wird die Caritas eine wesentliche Förderung erhalten, es wird das steirische Altenhilfswerk, das sich entwickelt hat, eine entsprechende Förderung erhalten, es wird die Volkshilfe die entsprechende Förderung erhalten und der Österreichische Wohlfahrtsdienst und viele andere, die sich alle um die Wohlfahrt in diesem Lande bemühen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, sagen zu müssen, daß ich als Sozialreferent stets bemüht war, die Probleme sachlich zu sehen, stets bemüht war, die Probleme sachlich zu lösen und immer wieder bemüht war, neue Initiativen zu setzen.

Am Beispiel und am Vergleich zu anderen Bundesländern, meine Damen und Herren, können Sie ja den Maßstab, können Sie ja erkennen, wieviel in der Steiermark geschieht oder wieviel in der Steiermark nicht geschieht. Wir — und das wage ich zu behaupten — können uns durchaus mit Bundesländern gleicher Größenordnung vergleichen und brauchen keinen Vergleich zu scheuen.

Wir haben viele Mitarbeiter, die in der freien Wohlfahrt tätig sind, denen ich auch immer wieder gerne danken möchte bei dieser Budgetdebatte, wir haben viele Beamte und Vertragsbedienstete, die

tätig sind, ihnen allen gebührt der Dank, weil sie sich mit Idealismus und Begeisterung um diese Arbeit und um die Wohlfahrt in unserem Lande bemühen.

Wenn wir alle zusammen immer wieder erkennen, daß es einfach keine Zeit gibt, in der diese sozialen Probleme alle gelöst sind, dann glaube ich, dann haben wir eine Erkenntnis, die uns einen sozialen Fortschritt weiter ermöglicht. Mit dem neuen Sozialhilfegesetz, mit der Novelle zum Behindertengesetz, mit den Baumaßnahmen in den Landesaltenpflegeheimen und bei den Baumaßnahmen für die Behinderten setzen wir neue Meilensteine der Sozialhilfepolitik unseres Landes. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Wir kommen nunmehr zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Feldgrill. Ich erteile ihm das Wort.

Dritter Präsident Feldgrill: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Gruppe 4 beim Wohnbau, so hoffe ich, werden wir wieder in ruhigere Gewässer kommen. Wohnung, Nahrung und Kleidung braucht jeder Mensch zum Leben. Für Nahrung und Kleidung kann jede Familie heute selbst sorgen, die Wohnversorgung dagegen ist unter den drei Grundbedürfnissen jenes Problem, das der einzelne allein am schwierigsten lösen kann. Es ist daher Pflicht der Allgemeinheit, hier mit öffentlichen Mitteln einzuspringen. Zu diesem Zweck wurde die soziale Wohnbauförderung geschaffen. Sie ist ein Beispiel dafür, daß man große und schwierige Sachprobleme im Interesse unserer Bevölkerung einer Lösung näherbringt, wenn sie weitgehend aus dem parteipolitischen Bereich herausgehalten werden.

Dank dieser Übereinstimmung und des Einsatzes von wirklich beachtlichen Mitteln — im Landesvoranschlag 1977 sind für den Wohnbau 1.817.000.000 Schilling vorgesehen — wurden große Fortschritte erzielt. Seit 1945 konnten in der Steiermark 139.254 geförderte Wohneinheiten, davon 51.974 Eigenheime errichtet werden. Dafür wurden 14,8 Milliarden Schilling Direktdarlehen und 6,9 Milliarden Schilling an Annuitäten und Zinsenzuschüssen aufgewendet. In diesen Wohnungen könnten etwa alle Bewohner der Landeshauptstadt Graz, dazu des gesamten Bezirkes Graz-Umgebung und noch einer weiteren großen Provinzstadt wohnversorgt werden.

Darüber hinaus ist damit wegen der Schlüsselstellung der Bauwirtschaft im Rahmen der österreichischen Wirtschaft ein ganz wesentlicher Beitrag auch zur Arbeitsplatzsicherung geleistet worden.

Man muß aber freimütig zugeben, daß es auch berechnete Kritik gibt. Wir dürfen uns also nicht auf dem bisher Erreichten ausruhen, sondern sollen uns weiterhin um laufende Verbesserungen bemühen. Die Kritik zielt auf folgendes ab:

Erstens. Die Wohnungen sind zu teuer. Dieses Problem wird im Zuge des allgemeinen Preisanstieges immer drückender, weil der Wohnungsaufwand einen immer größeren Anteil der Einkommen erfordert. Hier wirkt sich die Belastung durch die

neu eingehobene achtprozentige Mehrwertsteuer durch die Kreditzinsenerhöhung und des ständig steigenden Betriebskostenanteiles sehr nachteilig aus. Das Land Steiermark versucht mit der sozialen Wohnbauförderung, und dabei vor allem mit der Subjektförderung in Form von Eigenmitteldarlehen und der Wohnbauhilfe, die Belastung tragbarer zu gestalten.

Die Eigenmitteldarlehen und die Wohnbeihilfen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind das Aushängeschild des sozialen Wohnbaues in der Steiermark. Ohne diese Förderungsarten, die vor allem Familien mit niederem Einkommen, kinderreichen und Jungfamilien zugutekommen, würde der geförderte Wohnbau die Bezeichnung „sozial“ nicht mehr verdienen. Um die Teuerung erträglicher zu machen, hat die Landesregierung die Bestimmungen über Eigenmitteldarlehen und Wohnbeihilfen in den letzten Jahren mehrmals verbessert und die Förderungssätze laufend angehoben. Wenn man nun den geförderten Wohnbau so gestalten möchte, daß er gerade den ärmeren Bevölkerungsschichten zugänglich ist und auch weiterhin bleibt, dann muß man auch zu den Kosten der Subjektförderung ja sagen.

Die steigende Bedeutung der Subjektförderung zeigen folgende Zahlen: Es wurden im Jahre 1969 49 Eigenmitteldarlehen mit einem Gesamtbetrag von 660.000 Schilling bewilligt. Im Jahre 1976 werden es rund 2600 Eigenmitteldarlehen mit einem Aufwand von 160 Millionen Schilling sein. An Wohnbeihilfen wurden im Jahre 1969 sieben bewilligt und dafür 3951 Schilling ausgegeben. Im Jahre 1976 werden es rund 8000 sein und dafür 50 Millionen Schilling aufzuwenden sein.

Zusätzlich zu diesen eindrucksvollen Förderungsmaßnahmen hat das Land Steiermark für Jungfamilien eine weitere Förderung geschaffen. Auf Grund des Landeswohnbauförderungsgesetzes 1974 können Jungfamilien für ihre Hausstandsgründung einen Zinsenzuschuß von 6 Prozent für ein Darlehen von 50.000 Schilling bekommen. Für diese Initiative möchte ich dem zuständigen Wohnbaureferenten, dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl, herzlich danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Der zweite Punkt: Die Wohnungswerber wünschen mehr Mitspracherecht bei der Projektierung und Ausgestaltung und bei den Eigentumswohnungen eine raschere Übertragung in das Grundbuch. (ÖVP: „Jawohl, das ist richtig!“) Es gibt schon eine Reihe von Wohnbauten, wo auf die persönlichen Wünsche eingegangen wurde. Auch entwickeln sich neue Formen wie etwa der verdichtete Flachbau. Beispiele für diese Neuerungen sind die Eschensiedlung in Deutschlandsberg und die Gerlitz-Siedlung in Graz. Weitere 25 solcher Siedlungen sind darüber hinaus in Planung oder in Bau.

Der dritte Punkt der Kritik sagt: Es werden zu wenig Wohnungen gefördert. Die Landesregierung hat im September 1975 eine Bedarfsprognose erstellen lassen. Sie besagt, daß die Förderung von Neubawohnungen im bisherigen Ausmaß weitergeführt und daß vor allem der Sanierung des Altwohnungsbestandes verstärkte Aufmerksamkeit zugewendet werden soll. Interessant erscheint dabei, daß nach

dieser Umfrage 80 Prozent unserer Landsleute ein Einfamilienhaus wünschen. Für ein solches Einfamilienhaus werden derzeit rund 170.000 Schilling an öffentlicher Förderung aufgewendet. Hingegen müssen wir für eine Geschloßbauwohnung rund 400.000 Schilling aufwenden.

Infolge der Baukostensteigerung, der steigenden Annuitätenzuschüsse und der Subjektförderung sowie der bereits im Jahre 1976 um 130 Millionen Schilling weniger eingegangenen Bundesmittel wird nunmehr eine Umschichtung der Mittel erfolgen müssen, wobei man eine Sanierung der Altwohnung verstärkt ins Auge fassen muß. Die Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 aus dem Jahre 1975 hat die Möglichkeit geschaffen, Verbesserungen größeren Umfanges zu fördern. Dies gilt auch für die Eigenheimförderung und besonders im Hinblick auf die Raumordnung. Es ist nicht im Sinne der Raumordnung, unsere Landschaft ziel- und planlos verhütteln zu lassen. Vordringlich wäre daher die erhaltungswürdigen bestehenden Wohnhäuser zu sanieren. Für die Sanierung eines Eigenheimes oder auch eines bäuerlichen Wohnhauses stehen derzeit Förderungsmöglichkeiten bis zu 250.000 Schilling zur Verfügung. Es wird für ein Darlehen in der Höhe von 150.000 Schilling ein 40prozentiger Annuitätenzuschuß und für ein weiteres Darlehen mit 100.000 Schilling ein Zinsenzuschuß von 6 Prozent gewährt.

Der vierte und letzte aufgezeigte Punkt der Kritik geht dahin, daß die geförderten Wohnungen nicht den heutigen Anforderungen entsprechen. Die Qualität der Planung, der Ausführung und vielfach des Standortes lassen zu wünschen übrig. Hier hat die Landesregierung mit größten Anstrengungen vor allem in den letzten zwei Jahren erfreuliche Erfolge erzielt. So entspricht etwa der Schallschutz in den neu gebauten Wohnungen nunmehr den Anforderungen. Der Wahl des Standortes von geförderten Wohnhäusern wird durch sorgfältige Überprüfung größte Bedeutung beigemessen. Man kann aber nicht unmittelbar an Hauptverkehrsstraßen Wohnhäuser hinbauen. Andererseits soll man aber auch nicht in einem völlig unerschlossenen Gebiet, dem jede Infrastruktur fehlt, eine Großsiedlung errichten.

Derzeit wird daher über Veranlassung des Steiermärkischen Landtages vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung ein Standortkatalog erarbeitet. Mit diesem Katalog, der einen Bestandteil der Förderungsrichtlinien bilden wird, soll erreicht werden, daß Wohnungen vor allem in ruhigen und gesunden Wohnlagen errichtet werden. (Abg. Ing. Turek: „Das muß ja mit dem Flächenwidmungsplan gehen. Was tut da die Landesregierung? Das ist ja Sache des Flächenwidmungsplanes! Was für ein Katalog?“) Herr Abgeordneter, ein Standortkatalog wird erarbeitet. (Abg. Ing. Turek: „Das ist ein Showkatalog! In Wirklichkeit ist es eine Aufgabe des Flächenwidmungsplanes und da brauchen wir keinen Katalog!“) Ein Standortkatalog wird erarbeitet und der ist notwendig. (Abg. Ing. Turek: „Von den Gemeinden und nicht vom Land!“) Vom Land. (Abg. Ing. Turek: „So eine Ankündigung schaut sehr gut aus, aber in Wirklichkeit ist es nicht möglich!“) Der Landtag hat das vom Amt der

Steiermärkischen Landesregierung verlangt und sie macht das, Herr Abgeordneter Turek. Sie läßt ihn erarbeiten und er wird gemacht, und er wird einen Bestandteil der Förderungsrichtlinien bilden. (Abg. Ing. Turek: „Wie denn? Das klingt gut, ist aber nicht durchführbar!“) Herr Abgeordneter Turek, ich möchte da nicht ein Zwiegespräch mit Ihnen abwickeln, das werden Sie dann sehen, wenn er besteht und dann können wir uns darüber neuerlich unterhalten. (Abg. Ing. Turek: „In den Flächenwidmungsplan kommt es hinein!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Nur für Graz!“ — Abg. Ing. Turek: „In Graz wird es aber auch durch den Flächenwidmungsplan geklärt, denn die Sünden der Vergangenheit wird der Katalog auch nicht ändern!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Selbstverständlich, das ist ja kein Widerspruch!“) Das ist ja kein Widerspruch, Herr Abgeordneter, daß ein Standortkatalog erarbeitet wird. Daß das die Gemeinden im Rahmen der Raumordnung auch behandeln, wie Sie sagen, das ist eine andere Sache. (Abg. Ing. Turek: „Aber ihr habt ein Schlagwort in den Raum gestellt, das imponiert uns nicht!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist kein Schlagwort!“)

Meine Damen und Herren! Alle in diesem Land für den sozialen Wohnbau Verantwortlichen haben die Steiermark auf diesem Gebiet in das Spitzenfeld der österreichischen Bundesländer geführt. Unsere gemeinsamen Anstrengungen müssen nun darauf abzielen, die Hoffnungen jener zu erfüllen, die noch auf eine Wohnung warten und ebenfalls ein Anrecht auf eine Förderung haben. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Abgeordnete Loidl.

Abg. Loidl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die Ausführungen des Herrn Präsidenten Feldgnill haben ja schon irgendwie signalisiert, daß es über den Wohnbau, insbesondere nach den letzten Novellen und der Anpassung der Durchführungsverordnungen, keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten gibt. Ganz persönlich meine ich, daß, was den Umfang und den Inhalt der Förderungsmaßnahmen betrifft — ich sage ausdrücklich — zunächst ein Maximum erreicht ist.

Wenn ich mich trotzdem zu diesem Kapitel melde, so aus einem anderen Aspekt, und ich bitte um Verständnis dafür. Denn in einer Zeit, wo die Sicherung und die Schaffung von Arbeitsplätzen so sehr im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Überlegungen und Diskussionen und Handlungen steht, muß man einen so wichtigen Wirtschaftszweig, wie es die Bauwirtschaft ist, miteinbeziehen. Und wenn man davon ausgeht, daß jeder beschäftigte Bauarbeiter infolge des Multiplikatoreffekts vier bis fünf Arbeitsplätze in den verschiedensten Berufsgruppen sichert, wenn man weiter bedenkt, daß es gerade der Hochbau und hier wiederum in ganz besonderem Maße der Wohnungsbau ist, der beschäftigungswirksam ist, müssen Lösungen etwaiger Probleme, die wir auf diesem Sektor haben, glaube ich, wirklich im allgemeinen Interesse liegen.

Wenn man unseren Vonanschlag ansieht und feststellt, daß die Gesamtausgaben für die Wohnbauförderung von 1.520.000.000 Schilling auf 1.577.000.000 Schilling ansteigen, so könnte man meinen, daß kein Anlaß zu größerer Besorgnis besteht wie wir sie im vergangenen Jahr hatten. Man kann heute feststellen, daß wir ganz gut über die Runden gekommen sind.

Einige Fakten jedoch, meine Damen und Herren, welche aus diesen Zahlen nicht so ohne weiters ersichtlich sind, geben doch Anlaß, nicht unwesentliche Befürchtungen zu haben. Meine Damen und Herren, da ist zunächst einmal die schon ursprünglich geäußerte, dann wieder zurückgedämmte Sorge, daß die Gewährung der Wohnbeihilfen aus Mitteln der Wohnbauförderung im zunehmenden Maße das Wohnbauvolumen schmälert. Das sagt aber nichts gegen die soziale Bedeutung dieser Wohnbeihilfen, ich sehe das vom Bauvolumen und von der zukünftigen Wohnversorgung für die künftigen Wohnungssuchenden. Die vorgesehene Steigerung von 35 Millionen auf nicht weniger als 120 Millionen kann in diesem Zusammenhang, sage ich ausdrücklich, nicht übersehen werden, denn das sind immerhin schon 10 Prozent der Zweckzuschüsse des Bundes. Dazu kommt noch in unserem Bundesland, daß aus Gründen, die ich nicht kritisieren will und auch nicht kann, Vorgriffe wie man hört, auf mindestens 3000 Wohnungseinheiten getätigt wurden, welche jetzt wieder irgendwie hereingebracht werden müssen.

Allein das Zusammenwirken dieser beiden Fakten läßt die Beschäftigungssituation der steirischen Hochbaufirmen in nächster Zukunft äußerst düster erscheinen. Besonders schlecht ist es um die Beschäftigung der Wohnbaufirmen in Graz bestellt. Dort wird nämlich die Lage aus ganz anderen Gründen noch wesentlich verschärft. Niemand anderer als der Obmann des Grazer Wirtschaftsbundes Gebell hat schon vor einiger Zeit in aller Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß 600 Millionen Schilling Bauvolumen bei der Baubehörde auf Erledigung warten. Ich persönlich glaube, daß diese Ziffer etwas zu hoch gegriffen sein muß. Aber ich glaube nicht, daß dies nur eine Folge der schleppenden Erledigung von Bauakten durch die Beamten ist. Dahinter steckt, glaube ich, vielmehr eine gewisse Konzeptlosigkeit, eine Eigenwilligkeit und vielleicht auch eine Widersprüchlichkeit des oder der zuständigen politischen Referenten der Landeshauptstadt.

Meine Damen und Herren, wir waren auch damit einverstanden, daß in Graz Wohnhausbauten über acht Stockwerke keine öffentliche Förderung erhalten sollen. Dadurch ist praktisch der Wohnhochhausbau verhindert, damit ist aber nicht gesagt und gemeint, daß nun in Graz überhaupt keine größeren Wohnbauvorhaben verwirklicht werden sollen. Wie man hört, werden neuerdings vor allem vom Planungsamt in Graz so viele Schwierigkeiten gemacht, daß Genossenschaften versuchen, in an Graz angrenzende Gemeinden auszuweichen. Ich weiß nicht, was die Grazer Wohnungssuchenden dazu sagen, wenn das vorhandene Geld woanders hinfließt. Und, meine Damen und Herren, in Anbetracht der geschilderten Umstände und im Hinblick auf die große arbeitsmarktpolitische Bedeutung der

Bauwirtschaft darf ich Sie, Herr Landeshauptmann, ganz konkret fragen, wie Sie sich eine einigermaßen kontinuierliche Beschäftigung der Bauwirtschaft vorstellen, wenn die bisher vom Wohnungsbau ausgehenden Impulse in dem Maße, wie ich es eben befürchte, abgeschwächt werden?

Meine Damen und Herren, zum Abschluß möchte ich infolge der Bedrängnis, in der wir uns, vom Bauvolumen aus gesehen, befinden, doch noch auf einen sogenannten Tropfen auf dem heißen Stein zurückgreifen. Die Darlehen an Stelle von Eigenmitteln werden von 90 Millionen auf 120 Millionen Schilling erhöht. Die Gewährung solcher Eigenmittelsatzdarlehen an Jungfamilien und sogenannte soziale Härtefälle ist selbstverständlich zu begrüßen und auch notwendig, weil sich diese Menschen sonst keine Wohnung leisten könnten. Aber diese Darlehen haben eine Laufzeit von 20 Jahren, sind zinsfrei und auch nicht wertgesichert. Nun kommt es sicher häufig vor, daß der junge Darlehensnehmer im Laufe der Jahre, es sind immerhin 20 Jahre, in hohe Einkommensschichten vorrückt, das heißt, daß aus einem mittellosen Studenten, der 100 Prozent Eigenmittelsatzdarlehen bekommt, innerhalb dieses Zeitraumes ein Generaldirektor werden kann (Abg. Dr. Heidinger: „Ich bin nicht so jung, lieber Freund!“ — Abg. Dr. Maitz: „Meinen Sie den Schachner?“), zum Beispiel unser Schachner. Es ist also nicht einzusehen, meine Damen und Herren, warum nicht auch bei den Eigenmittelsatzdarlehen so wie es bei den Wohnbeihilfen der Fall ist, die Einkommensverhältnisse von Zeit zu Zeit überprüft werden, um gegebenenfalls eine raschere und vielleicht auch wertgesicherte Rückzahlung des Darlehens für andere, die es nötiger haben, zu veranlassen. Dies schiene mir gerecht und auch zumutbar. Wenn ich nicht irre, schließe ich mich damit übrigens einer Vorstellung und einem Gedanken an, welcher vom Abgeordneten Schaller schon irgendwo einmal geäußert wurde.

Zum Abschluß möchte ich noch einmal mit aller Eindringlichkeit darauf hinweisen, daß die Aufrechterhaltung des derzeitigen Beschäftigungsvolumens im Wohnbau nicht nur im Interesse der Wohnungssuchenden, sondern, wie schon gesagt, im Interesse der Gesamtwirtschaft ist. Das ist Grund genug, um alle nur möglichen Anstrengungen zu unternehmen. Ich danke. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Turek. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Turek: Meine Damen und Herren!

Es ist vom zweiten Vorredner vor mir hier die Frage eines Standortkataloges aufgeworfen worden und ist dieses Schlagwort Standortkatalog recht publikumswirksam und öffentlichkeitswirksam hier erstmalig in den Raum gestellt worden. Ich behaupte deshalb publikumswirksam, weil sicher viele damit sehr Vieles verbinden: Es steht außer Zweifel, daß die Vergabe von Wohnbauförderungsdarlehen kein Rechtsanspruch ist, sondern daß natürlich als Randbedingungen, unter welchen solche Wohnbauförderungsdarlehen vergeben werden, hier irgendwelche Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Wir

haben heute Richtlinien im allgemeinen technischer Natur, die dann erweitert wurden auf Bezugspunkte im Hinblick auf die Grundstückskosten, die ausgewiesen werden sollen und müssen, damit das Bauvorhaben gefördert wird. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß man diese Richtlinien auch anreichert mit irgendwelchen Bestimmungen, unter welchen Umweltbedingungen ein Bauvorhaben stehen muß, damit es auch gefördert wird. Das ist richtig. So fasse ich das auf. Wenn der Standortkatalog so aussehen soll, das heißt in Form einer Erweiterung der Richtlinien gehen soll, dann erkläre ich mich damit einverstanden. Aber Standortkatalog als Schlagwort in den Raum gestellt, damit verbindet man vorerst einmal überhaupt, ob ein Bauvorhaben in einem Gebiet errichtet werden kann oder nicht. Und das würde ja an und für sich die Raumordnung regeln bzw. die in Ausarbeitung befindlichen Flächennutzungspläne in den einzelnen Gemeinden.

Die Entwicklung, wie wir sie jetzt auf dem Sektor des Wohnbaues sehen, sieht im allgemeinen so aus, daß der quantitative Wohnungsfehlbestand im wesentlichen ja erfüllt ist. Es geht heute nur darum, daß wir feststellen müssen, daß der Wohnungsstandard der Wohnungen, die vor etwa zehn Jahren und länger zurückliegend errichtet wurden, heute schon nicht mehr den modernen Anforderungen entspricht, und daß wir aus dieser Erkenntnis heraus natürlich heute mehr das Schwergewicht auf die Qualität und weniger auf die Quantität zu legen haben. Es hat anlässlich des 90. Geburtstages der bekannte Baumeister Clemens Holzmeister erklärt, es geht nicht darum, wie viele, sondern es geht darum, daß gute Wohnungen gebaut werden, und ich glaube, daß man sich diesen Vorstellungen anschließen muß. Es geht auch heute nicht allein mehr darum, unter welchen Verhältnissen Mieter oder Bewohner von geförderten Wohnungen leben, sondern es geht auch darum, wie die Rechte dieser Wohnungsinhaber bzw. Bewohner einer Genossenschaftswohnung aussehen.

Es ist so, meine Damen und Herren, daß das Wohnungsproblem weitestgehend heute aus dem Gegensatz zwischen Mieter und Hausherr aufgebaut ist. Wenn man von Wohnung und Häusern spricht leben sofort Emotionen auf, die weit in der Vergangenheit ruhen sollten, aber ihre Ursache in diesem bekannten Hausherrnstandpunkt auf der einen Seite und auf der anderen Seite dem Mieterstandpunkt, wobei beide heute nicht mehr ganz aufrecht zu erhalten sind, haben.

Man hat allerdings, meine Damen und Herren, eines inzwischen übersehen, daß nunmehr das Problem sich verlagert, daß es nunmehr neue Hausherrn gibt und diese neuen Hausherrn sind Genossenschaften und meist gemeinnützige Wohnungsunternehmungen. Das sind die neuen Hausherrn, die heute Häuser und Wohnungen errichten aus Mitteln der Wohnbauförderung und die die Möglichkeit haben, solche von der öffentlichen Hand errichtete Mietwohnungen zu erwerben. Die Frage erhebt sich, meine Damen und Herren, ob es richtig ist, daß der Besitzstand solcher Genossenschaften im wesentlichen auf Kosten der Mieter geht. Es ist nämlich so, daß der Mieter einer Genossenschaftswohnung

heute einen verlorenen Baukostenzuschuß in der Regel zu bezahlen hat, daß der Mieter so einer Wohnung auch Betriebskosten bzw. die Rückzahlung von Darlehen zu leisten hat und daß dann nach Rückzahlung der Förderungsbeiträge der Mieter im wesentlichen die Kosten dieser Wohnung selbst bezahlt hat, nur ist er nicht Eigentümer geworden, denn Eigentümer ist die Genossenschaft selbst. Es ist deshalb kein Wunder, meine Damen und Herren, daß dort und da der Wunsch auftaucht und der begreifliche Wunsch auftaucht, daß die Möglichkeit eingeräumt werden müßte, daß der Bewohner oder der Mieter einer Genossenschaftswohnung auch diese Wohnung erwerben kann und erwerben können muß.

Wenn wir uns die Quadratmeterpreise von Wohnungen vor Augen führen, so müssen wir feststellen, daß an und für sich eine Genossenschaftsmietwohnung den einzelnen Bewohner nicht mehr kostet, als wenn er eine Eigentumswohnung finanziert. Im Jahre 1975 haben die Quadratmeterkosten einer Gemeindewohnung etwa 15,83 Schilling ausgemacht, einer Eigentumswohnung 21,51 Schilling pro Quadratmeter und einer genossenschaftlichen Mietwohnung etwa 21 Schilling, also rund um 50 Groschen ist die Mietwohnung pro Quadratmeter billiger als die Eigentumswohnung. Das wissen natürlich die Mieter dieser Genossenschaftswohnungen und sind sehr, sehr bestrebt und sehr interessiert daran, daß ihnen die Möglichkeit des Erwerbs eingeräumt wird.

Es hat Untersuchungen und Befragungen von Mietern solcher Genossenschaftswohnungen gegeben, und zwar im oberösterreichischen Raum, und da hat man festgestellt, daß diese Mieter zu 94 Prozent sehr interessiert wären, diese Wohnung ins Eigentum übertragen zu bekommen. Es würde ihnen — und das wurde auch als durchaus verständliches Argument angeführt — sicher eine rechtliche Besserstellung einbringen, es würde den Umstand mit sich bringen, daß der verlorene Baukostenzuschuß kein verlорener wäre, sondern daß er tatsächlich mit diesem Baukostenzuschuß auch für sich selbst Eigentum bildet. Es würde unter Umständen — wenn man nämlich beachtet, daß er, wenn er die Mieten für den Erwerb einer Eigentumswohnung zahlt, da auch eine Steuerbegünstigung in Form von Anerkennung von Sonderausgaben bekommen würde — ihm die monatliche Rückzahlung billiger kommen, als wenn er in einer Genossenschaftswohnung wohnt.

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß Genossenschaften von diesem Wunsch informiert sind, ich weiß aber auch, daß aus mir unerfindlichen Gründen Genossenschaften sich gegen so ein Ansinnen wehren. Ich weiß nicht warum, ich kann dem nur irgendwelche machtpolitischen Momente unterlegen. Es ist durchaus möglich, daß man vielleicht, weil man die einzelnen Mieter natürlich besser leiten, besser dirigieren kann, und von ihnen natürlich manches verlangen kann, was man von einem Inhaber einer Eigentumswohnung nicht fordern kann, aus diesen machtpolitischen Überlegungen heraus, die Mieter in einem Abhängigkeitsverhältnis belassen will und dieser Frage nicht nähertritt. Ich glaube

aber, daß man sich diesen Bestrebungen natürlich nicht verschließen können, weil der einzelne nicht einsieht, daß mit seinen Kosten andere ein großes und recht ansehnliches Vermögen anhäufen.

Präsident: Das Schlußwort hat der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl.

Landeshauptmann Niederl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bezüglich der Wohnbauförderung gibt es nach wie vor Probleme — wir haben das ja heute von den Rednern gehört —, und wir werden sie ja heute oder morgen nicht abstellen können. Wenn man die Wohnbauförderung betrachtet, so muß man, meine sehr verehrten Damen und Herren, eines erkennen, daß es eine Reihe von Folgeeinrichtungen gibt, die Voraussetzungen für ein ordentliches Wohnen sind.

Die ganze Budgetdebatte bis jetzt und auch darüber hinaus zeigt uns, daß die Förderungs- und Kreditmaßnahmen, die in den einzelnen Budgetposten aufgezeichnet sind, Voraussetzung für ein gutes Wohnen sind. Politische Entscheidung besonders über die Wohnbauförderung soll daher von der notwendigen Gesamtschau der zu lösenden Probleme getragen werden. Wie beim Landesentwicklungsprogramm, das bereits diskutiert und auch kritisiert wurde. Es wurde auch gesagt, es sei ein süßes Geheimnis, aber im Beirat nach dem Raumordnungsgesetz sind ja alle vertreten, der Bürgermeister von Graz genauso wie auch sozialistische Vertreter, und Sie alle wissen genau, wie das Raumordnungsgesetz ausschauen soll und wie auch der Entwurf des Raumordnungsplanes ausschauen soll. Darüber hinaus auch die Probleme der technischen Einrichtung in der Verwaltung, damit wir auch die Wohnbauförderung besser verkraften können, die infrastrukturellen Maßnahmen der Verkehrserschließung, um bessere Wohnbauförderung betreiben zu können, die Maßnahmen aus dem Wasserwirtschaftsfonds, das sind die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung und die Müllbeseitigung. Und nach der Betrachtung der notwendigen Folgemaßnahmen einer modernen Siedlungstätigkeit, die hier bereits in den Budgetdebattenbeiträgen zum Ausdruck gekommen sind, möchte ich nun auf die Wohnbauförderung doch näher eingehen.

Im Jahre 1976 konnten rund 5900 Wohnungen gefördert werden, was einer Stadt wie Bruck mit rund 16.300 Einwohnern entspricht. Wie ich meine, ist das eine beachtliche Leistung für ein einziges Jahr, das Jahr 1976.

Die Jungfamilienförderung verdient besondere Beachtung. Waren es 1974 erst 305 Anträge für eine solche Förderung, so stieg die Zahl im Vorjahr schon auf 805 und wird in diesem Jahr mit rund 1600 Anträgen einen bisherigen Höhepunkt erfahren.

Zu diesem Schwerpunkt ist in den letzten Jahren ein weiterer hinzugekommen, die Wohnversorgung für die älteren Menschen. Im Rahmen der Wohnbauförderung konnte dafür Beachtliches geleistet werden, seien es Altenheime, Seniorenwohnhäuser oder Altenwohnanlagen. In praktisch allen Bezirken

des Landes konnten dadurch über 1100 Wohnungen für ältere Menschen ihrer Bestimmung übergeben werden. Ich werde den Vorstellungen der älteren Wohnungsbezieher mein besonderes Augenmerk schenken. Es gibt da viele Möglichkeiten wie zum Beispiel der Wunsch, in derartige Altenwohnanlagen die eigenen Möbel mitbringen zu können.

Wir haben uns im Laufe des Frühjahrs 1976 im Rahmen einer von mir einberufenen Wohnbau- enquete auch einem offenen Gedankenaustausch gestellt, der wertvolle Anregungen für ein modernes soziales Wohnen gebracht hat. Die ersten Ergebnisse sind schon sichtbar geworden. Über den Baulandbeschaffungsfonds wurde heute schon referiert, und ich möchte dazu nur sagen, daß das im Landesbudget 1976 erstmals Eingang gefunden hat.

Zum Zweiten, eine Aktion „Wohnen im Grünen“ hat die Nachfrage nach dieser besonders günstigen Förderungsart ansteigen lassen. Wir berücksichtigen damit die Ergebnisse der Landeswohnbedarfsstudie, in der 81 Prozent aller Steirer das Eigenheim jeder anderen Wohnform vorziehen.

Und zum Dritten, Hochhäuser werden nicht mehr gefördert. Der Wohnbauförderungsbeirat hat im Sommer des Jahres den diesbezüglichen Beschluß bereits gefaßt.

An einem Mindestqualitätskatalog wird gearbeitet und damit einem immer wieder vorgebrachten Wunsch der Bevölkerung Rechnung getragen. Auch die Anregung nach einer Anhebung des Förderungshöchstsatzes von 100.000 Schilling auf 150.000 Schilling für Wohnungsverbesserung ist erfüllt.

Der Voranschlag 1977 zeigt leicht steigende Ansätze der Wohnbauförderungsmittel. Die Zeiten, in denen man einige hundert Millionen Schilling in Reserve halten konnte, sind aber vorbei. Eine Frage nach den Ursachen ist leicht zu beantworten. Das Baugeschehen beim Geschosßbau kann nicht von heute auf morgen abgewickelt werden, deshalb wurden in den letzten Jahren bewußt Vorgriffe gemacht, um der Wirtschaft in Rezessionszeiten die nötigen Impulse geben zu können. Dazu kam außerdem, daß das Programm 1974, dem nur eine 45prozentige Förderung zugrunde lag, durch die letzte Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz rückwirkend auf 60 Prozent umgestellt werden mußte. Die Folge hiervon wäre eine Programmkürzung gewesen, die jedoch praktisch undurchführbar war. Schließlich kam noch die Mehrwertsteuerbelastung hinzu. Da jedoch aus den bisherigen Programmen der Bauwirtschaft noch ein Reservoir von 3000 Wohnungen zur Verfügung steht, können die notwendigen Aufträge für die Bauwirtschaft als gesichert betrachtet werden.

Bekanntlich hat der Bund in letzter Zeit immer wieder die Länder eingeladen, finanzielle Leistungen für Aufgaben zu erbringen, für die einzig und allein der Bund zuständig ist. Es ist aber doch bemerkenswert, daß der Bund die im § 4 des Wohnbauförderungsgesetzes vorgesehene Möglichkeit, neben den zweckgebundenen Steuermitteln auch außerordentliche Zuwendungen für die Wohnbauförderung vorzusehen, bisher noch nie wahrgenommen hat. Wir werden jedenfalls in der Steiermark verantwortungsbewußt weiterarbeiten und künftige

Wohnbauförderungsprogramme so erstellen, daß trotz bestehender finanzieller Schwierigkeiten die begonnenen Projekte auch fertiggestellt und die nötigen Wohnungen unserer steirischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Fellingner: Ich wiederhole meinen Antrag und ersuche das Hohe Haus, den Budgetansätzen der Gruppe 4 seine Zustimmung zu geben.

Präsident: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme eine Hand erheben.

Somit ist diese Gruppe angenommen.

Gruppe 5: Gesundheit

Berichterstatter ist Abgeordneter Harald Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 5 Gesundheitswesen umfaßt die Abschnitte 51 bis 56 mit den dazugehörigen Unterabschnitten 510 bis 560. In diesen Ansätzen sind die Einnahmen und Ausgaben für den Gesundheitsdienst, Familienberatung, für Umweltschutz, Rettungs- und Warmdienste, die Krankenanstalten und Sonderkrankenanstalten, Heilvorkommen und Kurorte sowie für die Veterinärmedizin enthalten. Die Einnahmen der Gruppe 5 betragen insgesamt 1.841.940.000 Schilling. Die Ausgaben betragen 2.587.165.000 Schilling.

Der Finanz-Ausschuß hat die einzelnen Abschnitte mit den Unterabschnitten eingehend beraten, und ich stelle namens dieses Ausschusses den Antrag, den Ansätzen der Gruppe 5 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Stepantschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Stepantschitz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war bisher immer sehr angenehm, zur Gruppe 5 über die Krankenhäuser zu reden, denn da konnte man reden von jenem Erfolg und von diesem Erfolg und von der Ausweitung der Anstalten und von neuen Instituten und da konnte man auch reden von der zunehmenden Lebenserwartung. Heute finde ich eine völlig geänderte Situation vor. Wir reden immer wieder von der Kostenexplosion, von der Ausweglosigkeit, daß man überall anstoßt.

Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, noch etwas anderes: Auch die Lebenserwartung hat nicht mehr zugenommen, im Gegenteil, wir sehen uns wieder einer sinkenden durchschnittlichen Lebenserwartung gegenüber. Man könnte nun meinen, das ist eben das Versagen der Gesundheitspolitik, das ist das Versagen der Medizin überhaupt, das ist eine Bankrotterklärung. Aber, meine Damen und

Herren, es ist nicht so. Der Grund der sinkenden Lebenserwartung ist nicht ein schlechterer Arzt oder ein schlechteres Krankenhaus oder eine schlechtere Krankenkasse, der Grund der sinkenden Lebenserwartung sind zwei Dinge: Erstens einmal die große Zahl von Krankheiten, die auf Überernährung zurückzuführen sind. Es sind schon bei der einleitenden Diskussion die Herzerkrankungen angeführt worden, die letztlich alle degenerative Erkrankungen sind, die eben darauf zurückzuführen sind. Und zum Zweiten: Die ganz enorme Zunahme der Verkehrsunfälle. Das sind die zwei Probleme, mit denen wir zu schaffen haben. Das sind die zwei Probleme, die die Situation völlig und grundlegend geändert haben.

Dennoch glaube ich, meine Damen und Herren, müssen wir weiterarbeiten, dennoch dürfen wir den Mut nicht verlieren und müssen eben dort ansetzen, wo man wirklich ansetzen kann: Erstens eben bei der Neuordnung des Gesundheitswesens überhaupt, das eben anstoßt und das mit völlig neuen Problemen zu rechnen hat und zum Zweiten müssen wir halt mit geänderten Verhältnissen insofern rechnen, als es vorwiegend darum geht, die Bevölkerung aufmerksam zu machen, wie man zu leben hat, um gewisse Krankheiten zu verhindern, die man eben verhindern kann.

Die Probleme der Gesundheitsfürsorge sind ja nicht neu. Ich darf Ihnen nur einen Satz bitte aus einem Buch aus dem Jahre 1860 vorlesen, das betrifft das Gesundheitswesen der Steiermark, da steht drinnen: „Ein großer Uebelstand der Gesundheitspflege ist, daß die meisten dieses Gewerbes, das sind die Patrone der Chirurgie“ — so hießen damals die Ärzte — „und Niederlassungen nur in wohlhabenden und für die Praxis bequemen Gegenden zusammengedrängt sind, während die armen Gebirgsbewohner in ärztlicher Hinsicht empfindlichen Mangel leiden.“ Das war also damals so und es wäre sehr interessant, aus dem Buch noch weiter zu lesen, denn der nächste Satz heißt dann: „Die Bevölkerung hat das aber gar nicht so übel empfunden, denn sie war der Meinung, es kommt nicht auf den Arzt an, sondern auf die Medizin und die kann man sich sowieso selbst in der Apotheke holen.“ Aber das ist ein Thema, das ich meinem Kollegen Piaty überlassen möchte, hier einzusteigen. Ich will nicht über die freie Niederlassung reden. Wir haben, wenn ich das gleich einfügen darf, durch das Distriktsärztegesetz hier einen Wandel geschaffen und haben damit dazu beigetragen, daß auch wirklich überall in diesem Land Ärzte sind und daß wenigstens die ärgsten Uebelstände behoben sind.

Aber, meine Damen und Herren, es geht auch um die Gesundenuntersuchung und dazu bitte nur ein Wort: Es gibt, glaube ich, in der Steiermark nur eine Gesundenuntersuchung, die wirklich voll ihrer Aufgabe entspricht, das ist die vom Bundesheer jetzt im Niederösterreich eingeführte Gesundenstraße, wo die jungen Männer wirklich voll durchuntersucht werden, wo man echt brauchbare Angaben erhält, nicht nur für das Bundesheer, sondern für die Gesundheitspflege überhaupt. Ich darf sagen, daß in einem Jahr diese Gesundenstraße

auch in der Steiermark eingerichtet werden wird. Nur eines bitte: Es genügt noch nicht, wenn man einen Jahrgang von jungen Männern untersucht.

Wir haben dazu noch den Mutter-Kind-Paß und wir haben rudimentär einzelne Anfänge. Man muß doch wirklich dazu kommen können, daß man den Gesundheitspaß endlich einmal einführt und daß man damit wirklich auch ein brauchbares Instrument jedem einzelnen in die Hand gibt, mit dem er weitergehen kann, wenn er will, von einem Arzt zum anderen und von mir aus auch von einem Krankenhaus zum anderen. Und dann wird sich die Wiederholung von gewissen Untersuchungen aufhören.

Meine Damen und Herren, ich weiß schon, ein Gesundheitspaß kann den Hausarzt nicht ersetzen. Nur der Hausarzt ist ein Idol, das auch seinerzeit nur einer sehr begrenzten Zahl der Bevölkerung zur Verfügung gestanden ist. Der Arme konnte es sich ja damals nicht leisten. Er ist ein Idol, das wir heute in dem Sinne verstehen, das wir letztlich für alle nicht erreichen werden. Es geht also schon darum, daß man auch mit modernen Methoden dafür sorgt, daß jeder auch seine Befunde bekommt, kennt und weiter mitnehmen kann.

Dazu noch eines: Es ist im Kapitel Sport sehr schön über das Idol des Sportlers gesprochen worden, wie wir es sehen, also nicht nur den Leistungssportler, sondern den Sportler, der eben Sport betreibt, damit er gesund ist. Ich gebe dem völlig recht. Gerade als Arzt kann man nicht dafür sein, daß irgend ein Sportler ein letztlich enthirntes Muskelpräparat geworden ist, das voll manipuliert ist. Aber darf ich dazu zwei Dinge kurz anmerken:

Erstens einmal bitte soll man mit diesen Bemerkungen jetzt herauskommen und nicht erst dann, wenn wir wieder einmal bei einer Olympiade schlecht abgeschnitten haben. Man soll also nicht nur bei der Jugend diese Idole ganz besonders großjubeln, überall in der Presse und in der Öffentlichkeit, und wenn es dann schiefgeht, sagen wir, wir haben eigentlich eh gar nicht wollen und es ist gescheiter, es war nichts. Man soll klipp und klar sagen: Es gibt also auch hier Grenzen.

Sport ist wichtig und Sport braucht auch — darf ich das hier anmerken, das ist der Zweck meiner Bemerkung hier — Sportmedizin. Wir haben einen diesbezüglichen Antrag eingebracht und hoffen, daß auf diesem Gebiet auch endlich etwas geschieht. Wir haben hier einen echten sehr, sehr großen Nachholbedarf im Zusammenhang mit Schularzt, Militärarzt und alles was es auf dem Gebiet noch gibt. Ich glaube, hier müßte man auch zu einer echten grundsätzlichen Einstellung kommen.

Es geht nicht um Stückwerk, es geht darum, daß unter den neuen Verhältnissen der Mensch ganz erfaßt wird. Vorsorge durch Aufklärung. Vorsorge bitte nicht nur durch Untersuchen. Man kann also sicher bei jeder Frau alle halben Jahre oder alle Vierteljahre röntgenologisch feststellen, ob sie einen Brustkrebs hat. Das ist sicher zielführend. Nur bitte nicht durchführbar. Es hat sich in einem Versuchsprogramm in Dänemark, glaube ich, herausgestellt: Wenn man den Frauen sagt, wie man die Brust abtastet, kommen sie selbst darauf. Es geht hier wirklich ums Aufklären.

Dazu nur eine Feststellung, die mir wirklich merkwürdig erscheint. Wir reden von Methoden röntgenologisch, Isotopen und weiß Gott was, und wir klären auf. Der Erfolg ist aber doch noch sehr dürftig, wenn uns jetzt eine demoskopische Untersuchung sagt, daß in der Steiermark 10 Prozent der Bevölkerung noch nicht einmal ein Zahnbürstl hat. Also, ich glaube, da merkt man schon, es fehlt noch an einigem: An der Aufklärung in Richtung prophylaktischer Medizin, von mir aus vom Kindergarten weg bis ins Altersheim. Auch dort kann man Krankheiten noch verhindern, die sonst vielleicht unumgänglich notwendig erscheinen.

Nun zu den Krankenhäusern, zu denen ich ja eigentlich reden will, grundsätzlich zwei Feststellungen:

Ich habe schon heuer einmal gesagt, diese Kostenexplosion ist eine weltweite Erscheinung. Ich könnte heute noch einen Artikel aus einer Zeitung hinzufügen, wo drinnen steht, daß die russischen Krankenhäuser in roten Zahlen liegen. Das ist eine weltweite Entwicklung, völlig unabhängig vom Gesellschaftssystem oder von sonst irgend etwas. Wir müssen es zur Kenntnis nehmen, und wir brauchen nicht nach dem Schuldigen im Lande suchen. Primär nicht.

Zum zweiten, noch etwas dazu: Unsere Krankenhäuser — ich gestehe das gerne, das heißt, das ist falsch ausgedrückt, ich freue mich, das sagen zu können — sind sicher nicht die Schlechtesten. Wenn ich also jetzt kritisiere, so soll das nicht heißen, daß an sich dort ganz miese Verhältnisse sind. Ich glaube nur, das Gute ist immer der Feind des Besseren, und deshalb darf ich versuchen, in einer sehr, sehr ernstesten Situation — Sie alle haben das Budget gesehen, Sie haben die Einleitungsrede gehört —, weil wir einfach anstehen, doch einiges zu sagen, was mir notwendig erscheint, um dazu zu führen, daß die Situation bei uns doch wenigstens überschaubar und beherrschbar wird.

Erstens: Wir brauchen — ich glaube, das ist unvermeidlich — eine exakte Planung, nicht nur einen Wunschzettel, das und das wäre notwendig, nicht nur die Forderung, Krankenhaus dort, Krankenhaus hier. Wir brauchen eine echte Planung, erstens hinsichtlich Priorität und zweitens, was soll in dem Spital letztlich einmal als Wunschbild geschehen.

Wir basteln da immer noch in Graz herum. Dort ein Eck und da ein Eck und dort ein Eck und da ist was umgewandelt, und wir wissen schon sehr, sehr lange bitte, seit 1945, daß wir in Graz letztlich ohne zweites Krankenhaus nicht auskommen werden. Aber wenn wir jetzt wenigstens einmal wüßten, wo das hinkommen soll. Wenn wir wenigstens einmal den Grund bereitstellen würden. Und wenn wir uns einmal überlegen würden, so ungefähr soll es ausschauen. Und diese Klinik in Graz machen wir eben nicht mehr größer, weil da kommt ja die zweite im Jahr 2000 von mir aus erst dann dort hin. Man hätte schon können, das ist also schon ein Vorwurf, den ich nicht konkret irgend jemandem mache, aber der in der Entwicklung sicher geschehen ist, wenigstens einmal anfangen und ein Institut einmal an den Platz stellen, um das herum

sich dann einmal das zweite Krankenhaus entwickelt.

Ich weiß, jetzt wird gleich ein Abgeordneter dort hinten schreien: Und was ist mit Bruck? Ich bin selbstverständlich für Bruck und wo bitte werden Sie jemand finden, der gegen irgendein Krankenhaus ist. Es geht doch nur darum, wie die Priorität ist, und ich darf in dem Zusammenhang sagen: Es gibt Forderungen, wie gesagt von Graz. Sehr akut ist Deutschlandsberg, wo 60.000 Menschen ohne Krankenhaus sind. Überhaupt ohne. Bruck hat wenigstens ein schlechtes, wenn ich das so sagen darf, bitte rein räumlich. Das ist die Frage, vor die wir alle gestellt sind.

Hier brauchen wir wirklich einen Prioritätenkatalog, und hier müssen wir uns wirklich überlegen, was geschieht zuerst und wie wird das finanziert, bei einer Entwicklung, meine Damen und Herren — ich darf das also auch sagen —, wo wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Weg nicht nur ins Krankenhaus führt, sondern auch vom Krankenhaus wieder hinaus. Wo man also erkannt hat, daß man sehr, sehr viel auch ambulant feststellen und behandeln kann und wo man auch immer mehr zur Kenntnis genommen hat, daß es ja doch auch den praktischen Arzt gibt, der auch seine Aufgabe hat. Wir haben sicher den Fehler bei uns als Tendenz zu erkennen, daß alles in das Krankenhaus strömt, das weit überbewertet wird in seiner Funktion. Das sind, glaube ich, Dinge, die notwendig sind, eine exakte Planung hinsichtlich der Priorität.

Das Zweite ist die Entlastung der Aufenthaltsdauer. Da wird also gesagt, die Verweildauer ist zu lang, sie ist länger als in anderen Bundesländern, hat gestern oder heute schon jemand gesagt, ich glaube, der Herr Abgeordnete Turek war es. Schauen Sie, erstens einmal darf ich sagen, daß die Statistik also sehr schwer zu verwerten ist, weil es kommt immer darauf an, was man jetzt da einbezieht. Es gibt — wie Sie wissen — Langzeitkrankenhäuser, die sind in jenem Bundesland, in jenem wieder nicht, es gibt Institute, die nur ganz kurz untersuchen. Die statistischen Werte sind sicher verzerrend, aber ich bestreite überhaupt nicht, daß die Verweildauer in unseren Krankenhäusern in der Steiermark nicht isoliert gleich wie in den anderen Ländern des Bundeslandes zu lang ist. Ich sage Ihnen aber auch ganz genau warum.

Wenn Sie sagen, da sind die Ärzte schuld, schauen Sie, wir stehen so unter Druck, die Patienten unterzubringen, wir kriegen also ständig Anrufe, nicht nur von Regierungsmitgliedern, wie der Landeshauptmann bestätigen wird, sondern von allen, die wir kennen: „Hast ein Bett, hast ein Bett?“ Das ist also die erste Tat, immer wenn man ins Spital kommt, daß man die Telefone einmal abwickelt. Wir stehen doch so unter Druck, daß man wirklich immer froh ist, wenn einer hinausgeht.

Wir stehen aber auch unter Druck von seiten des Patienten, jener Patienten, das sind nicht alle, ein gewisser Teil, die halt nicht gehen wollen. Es ist sehr, sehr schwer, jemanden mit Gewalt aus dem Spital zu entfernen. Auch hier bedarf es wirklich einer echten Aufklärung der Patienten, was das denn eigentlich kostet, sie zahlen ja nichts dafür,

im Gegenteil, manche ersparen sich was, wenn sie ins Spital sind. Das ist also eine Tatsache. Man muß also auch hier eine echte Aufklärung betreiben.

Aber es gibt auch aus dem System her ganz konkrete Schwierigkeiten. Schauen Sie, mir hat jetzt einmal ein Patient gesagt, der war zehn Tage bei mir, der ist durchuntersucht worden, er hat gesagt: „Schauen Sie, was ich da bei Ihnen jetzt erledigt habe, hätte ich in jedem Ambulatorium in drei Tagen hinter mich gebracht.“ Er hat völlig recht gehabt. Es gibt also nur zwei Dinge dazu zu sagen: Erstens, warum ist er gekommen, er hat schon gewußt warum, er hat sich also wollen ausruhen während der Untersuchung, und er wollte sich die Wege von einem Facharzt zum anderen ersparen. Zum zweiten, na, wie schaut das aus. Da braucht man also irgendeine spezielle Röntgenuntersuchung, bevor man die nicht hat, kann man nicht viel weiter, weil sonst der Röntgenbefund ein falsches Bild ergeben könnte. Da muß man anmelden, also schon ziemlich einfache Untersuchungen, wie etwa ein Nieren- oder ein Darmröntgen. Dann, wenn man Glück hat und wenn man telefoniert, kommt er in drei bis vier Tagen dran und dann wartet man noch einmal einen Tag bis man den Befund kriegt. Das haltet also enorm auf und dann weiß man, was da los ist und dann braucht man den nächsten Befund und dann geht das von vorn wieder los. So kommt man halt nicht vom Fleck, und deshalb darf ich also sagen, ich habe das schon, ich glaube, vor 13 Jahren hier einmal gesagt und immer wiederholt, man kann halt im Röntgen nicht nur fünf Stunden am Tag arbeiten. Man muß also Apparate, die an und für sich schon sehr, sehr viel kosten, im Rollverkehr ausnützen, also vormittags wenigstens und nachmittags, wenn man schon nicht die Abendstunden miteinbezieht. Da muß man also wirklich einen Weg finden, daß zumindest die Routineuntersuchungen der stationär aufgenommenen Patienten rasch vor sich gehen.

Schauen Sie, wir reden also jetzt sehr viel von den Krebsaktionen. Ich glaube, es ist wirklich sehr erfreulich, daß sich auch die Massenmedien dieses Problems angenommen haben, daß die Bevölkerung da hier doch zu erkennen gibt, daß ja die Gesundheit auch materielle Opfer wert ist und es werden da auch schöne Erfolge zu zeitigen sein. Wir werden also wieder einen Scanner kriegen im Graz, das ist ein neuer Röntgenapparat, der vereinfacht und schneller, bitte schneller, Befunde gibt Richtung Krebs. Nur für einen Patienten — steht also im Prospekt — braucht man bei dem jetzt vorhandenen Apparat eine Viertelstunde. Es soll schon ein neuerer wieder kommen, ich weiß schon, aber bei dem, der jetzt aktuell ist, dauert es eine Viertelstunde. Bitte, das ist ja auch so ein Problem, bis man ihn hat ist immer ein neuerer da. Es dauert eine Viertelstunde, das sind also vier in einer Stunde und das sind in sechs Stunden vier mal sechs. Und was ist damit schon viel gedient? Da muß der Apparat halt durchgehen, für den die ganze Bevölkerung sammelt und der einen Millionenbetrag kostet. Da gibt es also keine Pause, da gibt es kein Warten und sagen: „Also zehn haben wir durchgeschleust, klaß, alle sind gesund, und der Zwölfte kommt halt leider

nicht dran und der hätt's, den Krebs bitte." Da geht es doch wirklich darum, daß man rationell die Mittel, die man hat, einsetzt ohne Rücksicht auf den Sechs- oder Achtstundentag oder sonst etwas. Bitte, ich meine das jetzt nicht von der Sozialpolitik, ja natürlich muß man das zahlen, was Überstunden sind, oder was Nachtdienst ist, aber einsetzen muß man es. Ich glaube, also hier wäre wirklich eine Möglichkeit, mit dem Röntgen rasch weiterzukommen.

Gestatten Sie mir da doch einen kleinen Seitenhieb auf die Krankenkasse, ich bin kein Gegner der Krankenkasse im Prinzip, aber das eine muß man also schon sagen, ich habe vor vier Monaten, glaube ich, hier gesagt, wir bräuchten so dringend eine Entlastung, gerade auf dem Gebiet der Röntgen auswärts, und dann habe ich gesagt, daß die Stelle des Prof. Muntean bei der Gebietskrankenkasse noch nicht nachbesetzt ist. Da hat mich der Präsident Heschitz eingeladen und gesagt, zu Mittag zeigt er mir den Arzt. Der Besuch wurde dann abgesagt, weil es den Arzt noch nicht gegeben hat. Ich weiß nicht, da hinten sitzt der Herr Präsident, ob Sie mich jetzt wieder einladen werden, vorgestern habe ich selber geschaut, da war er noch nicht da. Da gibt es ein sehr schön eingerichtetes Institut, aber es wird nicht bedient. Auch in der Herrengasse ist ein Röntgenarzt gestorben, und der Kassenposten wird nicht nachbesetzt. Wir brauchen gerade auf dem Gebiet Hilfe für die Krankenhäuser, daß auch auswärts was geleistet wird.

Nun komme ich noch zu einem anderen Punkt vom Röntgen her, entschuldigen Sie, daß ich das da hier einbaue. Wer zahlt denn das Ganze? Es hat mir vor drei Wochen der Verwaltungsdirektor im Grazer Krankenhaus gesagt, es sei schrecklich, er habe überhaupt keine Bedeckung mehr, eigentlich dürfte er überhaupt keine Medikamente und keine Verpflegung mehr bestellen, es höre sich alles auf. Ich habe ihm gesagt, er soll sich beruhigen: „Es wird sich gar nichts aufhören, denn das kann sich doch kein Mensch leisten, daß ein Krankenhaus ohne Bedeckung dasteht. Es werden die notwendigen Mittel schon kommen.“ Sie sind natürlich auch gekommen, aber, das zeigt doch nur, unter welchem Druck wir wieder stehen. Der Landeshauptmann Wegart hat gestern, im Namen des Personals, erklärt, bei den Krankenhäusern kann man nicht sparen. Was die Ärzte anfordern, wenn sie sagen, das ist notwendig für die Gesundheit, dann muß man es geben, na selbstverständlich. Das ist der Druck, der eben von der Forderung her kommt.

Nun, was die Finanzierung betrifft, haben wir nun bereits drei Komponenten. Das Erste sind einmal die Krankenkassen. Eine Sozialversicherung ist es ja keine mehr, ein Institut, daß Beiträge zur Gesundenpflege einhebt. Da könnte man lang, lang darüber reden, warum es da mehrere gibt, wo man gerade eine aufgelöst hat. Aber es gibt die Krankenkassen und die sagen, sie können nicht mehr, weil sie es nicht haben. Dann gibt es den Bund, da hat der Herr Bundeskanzler gestern erklärt, er zahlt wieder eine viertel Milliarde mehr, aber er müßte eigentlich gar nicht, und da gibt es also das Land und bei dem bleibt das Ganze hängen — bei uns in der Steiermark. Es gibt auch andere Gegen-

den, wo es bei der Gemeinde hängenbleibt, das darf ich hier auch anmerken und das zeigt, daß das Land Steiermark sehr wohl die Gemeinden in einem sehr wesentlichen Punkt entlastet. Das soll man bitte auch nicht vergessen, wenn man dann hier wieder hört: „Das Land beutelt alles auf die Gemeinden ab.“ Eine sehr, sehr wesentliche Aufgabe hat seit eh und je in der Steiermark das Land den Gemeinden abgenommen und das hat, glaube ich, die Gemeinden schon sehr entlastet.

Darf ich Sie noch auf eines aufmerksam machen. Schauen Sie, diese drei Komponenten, der Bund, das Land, der Patient, letztlich sind es immer die Staatsbürger, denn auch bei den Krankenkassen wird das, was der Arbeitgeberbetrag ist, natürlich wieder auf den Konsumenten umgelegt. Letztlich zahlt alles der Steuerzahler.

Da stelle ich also jetzt die ganz echte und sehr ernste Frage, ob dieses System einen Sinn hat, ob es da nicht gleich gescheitert ist, wenn die Krankenkasse sagt, das Spital zahlen wir nicht, das streichen wir und wenn man gleich vom Steuersystem her den Betrag einhebt, den man für die Krankenkasse braucht, denn darüber sind wir uns einig, daß man es den Privaten nicht überlassen kann, damit ich ja nicht falsch verstanden werde. Darüber sind wir uns wohl sicher einig, daß das eine Aufgabe der Öffentlichkeit ist, in dem heutigen System und bei den heutigen Schwierigkeiten für das Krankenhauswesen vorzusorgen. Ich sage das noch einmal, damit mir nicht irgend etwas unterschoben wird, wenn ich mich vielleicht schlampig ausgedrückt hätte. Aber, hat es einen Sinn, daß wir da jetzt drei Funktionen haben und daß der sagt, ich will 70 oder 75 Prozent, und er gibt nur 30 und dann gibt es noch den, und der gibt Ihnen nur 50, und alle wollen mitreden, und letztlich wissen alle nur eines, daß zuwenig da ist.

Dann gibt es auch den neuen Plan, daß man sagt, wir werden eine neue Ermächtigung geben, das Land soll neue Steuern machen. Schauen Sie, der Gedanke ist ja irgendwo bestechend, wenn man sagt, das Land hat die Funktion übernommen, das ist auch im neuen Anstaltengesetz besiegelt, es wird also Landesaufgabe sein, sich der Kranken anzunehmen, und jetzt macht's eine Steuer und jetzt hebt's das ein. Schauen Sie, ist an sich nicht unlogisch, der Finanzminister macht es sich natürlich leicht, und es werden große Sprüche getan: „Kampf gegen das vorzeitige Sterben“ und weiß Gott was und „Es kommt keine Steuer mehr“, „Wir natürlich nicht, das sollen die Länder machen.“

Aber, wir haben an sich keine Steuerhoheit. Wir haben auch nichts dreinzureden, was etwa mit dem Mehrertrag bei den Tabakwaren geschieht. Wenn man uns das alles gibt, dann könnten wir ja darüber reden, wenn man eine Steuerhoheit hätte und wenn man mitreden könnte bei der gesamten Staatsplanung Richtung Finanzen. Das haben wir aber nicht.

Wenn der Herr Finanzminister sagt, er gibt vom Betriebsabgang nur mehr 18 Prozent statt 28 Prozent, weil bitte angeblich die Normkosten noch nicht festgestellt sind, in der Steiermark sind wir ja brav, wir zahlen am meisten drauf, ich hab' das schon einmal gesagt, dann soll er das, was er sich da

erspart, auf einen Sonderfonds legen und etwa die Knebshilfe unterstützen. Da könnte man sich sehr, sehr viel ersparen an Aufwand in Punkto Propaganda oder sonst.

Schauen Sie, machen wir uns doch nichts vor. Das Geld ist nicht da. Ich habe vom Bundesbudget einen Auszug, was die Anstalten betrifft. Man gibt ja trotzdem mehr aus mit den 18 Prozent als früher, weil die Kosten eben so explodiert sind und weil halt die Einnahmen, obwohl sie gestiegen sind, nicht ausreichen. Das Geld ist einfach nicht da, bitte sehr, meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor. Sagen wir nicht: „Der soll zahlen oder jener soll zahlen“, stellen wir schlicht und einfach fest: „Das Geld muß sicher her.“

Es ist sicher eine Aufgabe des Staates, das ist gar keine Frage, auch im Sinne eines Finanzausgleiches, der Herr Finanzreferent hat das angedeutet, wenn ich richtig zugehört habe bei seiner Budgetrede. Es kann ja nicht so sein, daß die Bewohner eines Bundeslandes mit einem größeren Einkommen einfach besser betreut werden können als in einem anderen. Ich meine, dazu sind wir wohl auch ein Bundesstaat, daß man auch auf Gebiete schaut, die weniger gut dran sind mit dem Steuerausgleich. Ich glaube, es wäre gar nichts dabei, wenn man dann sagt: „Gut, das geht Richtung öffentlicher Gesundheitsdienst.“ Ich habe vor diesem Wort überhaupt keine Angst, ich darf Ihnen das sagen, denn letztlich ist es so — es ist nur so verzahnt und so verschachtelt, daß man sich nicht ganz auskennt —, daß es mehrere Zwischenworte gibt, daß es auch sehr viel Reibung gibt — daß letztlich, wie gesagt, der Steuerzahler in dieser oder jener Form alles bezahlen muß.

Ich glaube, wir müssen hier, es hat das auch schon ein Generalredner angedeutet, wirklich den Mut haben, einen echt neuen Weg zu gehen und die Dinge auch einmal wirklich so zu nehmen, wie sie wirklich sind. Die Entlastung des Krankenhauses im internen Betrieb habe ich schon angedeutet. Ich habe schon gesprochen von der Verweildauer, die uns zu lange erscheint.

Ich habe noch nicht davon gesprochen, wie man ein Krankenhaus verwaltungsmäßig führen sollte. Ich habe immer festgestellt, daß ich zwar kritisiere, daß ich aber weiß, daß gerade von der Landesregierung, von der Seite des Referenten her, bester Wille herrscht, aber es ist halt doch auch wieder sehr, sehr viel Reibung zwischen dem Zimmer in der Bung und irgendeinem Krankenzimmer. Es ist sehr, sehr viel zwischengeschaltet. Wir vertreten die Forderung nach einem selbständigen Wirtschaftskörper. Wir werden hier im Haus einmal darüber reden müssen. Nicht deshalb, weil wir irgendwas gegen jemand oder für jemand haben, sondern weil wir halt einfach glauben, daß es notwendig ist, daß gerade ein so kostenaufwendiger Betrieb auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden kann.

Ein ganz kleines Beispiel aus letzter Zeit: Es steigen enorm die Medikamentenkosten. Das ist wieder zu einem Großteil unvermeidlich. Aber es wird auch hier zu wenig gespart. Ich gebe das zu. Es gibt sehr viele Ärzte, die gedankenlos das ver-

ordnen, was ihnen gerade der letzte Vertreter empfohlen hat. Aber das ist nur eine Frage der Führung und der Kontaktnahme und des Weckens des Kostenbewußtseins auch der Ärzte. Das kann man nicht dekretieren. Wenn man jetzt einen Erlaß herausgibt, daß statt dem Stationsarzt der Chefarzt jede Medikamentenanforderung unterschreiben soll, meine Damen und Herren, erreicht man damit gar nichts, außer den Unwillen von einigen Ärzten. Denn dadurch wird nichts billiger. Abgesehen davon, daß bei einer großen Klinik der Chef ja völlig überfordert ist. Er kann nicht jede Stunde eine neue Anforderung unterschreiben. Die Kollegin weiß aus der Praxis, daß ich recht habe, ich entnehme das Ihrem freundlichen Nicken. Also so kann man nicht vereinfachen. So kompliziert man nur.

Da braucht man eben, meine Damen und Herren, wirklich ein Spitalsmanagement, das wir nicht haben. Und ein Spitalsmanagement werden wir erst dann wirklich bekommen, wenn wir einen selbständigen Wirtschaftskörper haben, wo auch wirklich kostenbewußtes Denken Platz greift, das fehlt uns. Das ist ein Vorwurf nicht an eine Person. Ich nehme mich da nicht mit aus. Da sind also alle mitbefangen, weil wir uns viel zu sehr als Beamte fühlen, bis zur letzten Putzfrau hinunter, wo man in dem Trott drinnen ist und wo man das tut, was angeschafft wird und wo man nicht dazu angehalten wird, auch selbst und selbstbewußt wirtschaftlich zu denken.

Meine Damen und Herren, vom Planen der Spitäler. Ich hab' schon gesprochen davon, daß es nicht nur darum geht, daß man wieder Spitäler baut, sondern daß man auch daran denkt, daß man Spitäler nicht baut. Denn nur so kann man letztlich die Entwicklung in den Griff bekommen, wenn man von der übermäßigen Forderung nach Spitalsbetten wieder weigkommt. Wie wäre es, wenn man das nachmachen würde, was in der Schweiz in einem Spital bereits besteht, wenn man einem großen Spital auch ein Hotel anschließt, wo der Patient, der dort zur Untersuchung ist, halt einfach wohnt und tagsüber zu seinen Untersuchungen geht. Ich weiß schon, da kann man auch Mißbrauch treiben. Das ist eine Frage der Krankenkasse. Dafür ist sie sicher zuständig, ob es jetzt eine in ganz Österreich ist, was mir lieber wäre, oder ob es noch mehrere gibt. Da sollen sie sich den Kopf zerbrechen, ob es nicht viel billiger kommt, wenn jemand ein Hotel entweder in einem Spital bezieht, das dem Spital angehört, oder wenn er den Hotelpreis für die Dauer der Untersuchung in einem der bestehenden Hotels bezahlt. Denn nach Graz müssen halt viele Steirer, die nicht in Graz wohnen, weil halt leider, oder Gott sei Dank — wie Sie wollen —, durch die Entwicklung der Medizin gewisse Spezialuntersuchungen auch ortsgebunden sind. Den Scanner werden wir nicht in der ganzen Steiermark aufstellen können. Und wenn jemand mit dem Scanner untersucht werden muß — das sehe ich schon kommen —, dann wird er zuerst einmal um ein Bett ansuchen auf einer internen Station, damit man vorher noch eine Senkung macht und schaut, ob er das überhaupt aushält, und das dauert dann wieder eine Woche. Warum kann der nicht in einem Hotel untergebracht werden, das ihm auch bezahlt wird,

damit er sich nicht benachteiligt fühlt und daß er von dort aus dann zu den Untersuchungen fährt? Das würde sehr wesentlich den Betrieb erleichtern und auch die ganze Spitalsatmosphäre bessern. Ich sage das deshalb, weil die Spitalsatmosphäre ja nicht verbessert wird durch jene Leute, die an sich gar nicht krank sind, sondern die sich nur dort untersuchen lassen wollen.

Bitte, Spitalsatmosphäre, Stichwort. Es ist auch schon gesagt worden — nein, das war nicht hier, das war wieder woanders —, es müßten bessere Aufenthaltsräume da sein, und man müßte die Leute so quasi hotelsmäßig empfangen, mit einer Halle, und es müßte bessere Cafés geben. Schauen Sie meine Damen und Herren, es ist alles recht und gut, nur eine Frage, wer bezahlt es? Ich bin sehr dafür, daß es in einem Krankenhaus auch ein Kaffeehaus gibt und daß die Patienten, die aufstehen können, oder die Rekonvaleszenten dort hingehen und sich unterhalten. Ich darf hier bitte nur feststellen, mit der dringenden Bitte nach Abhilfe, es ist nicht sehr zweckmäßig, wenn Patienten, die etwa leberkrank sind, dann besoffen von diesem Kaffeehaus zurückkommen. Also, ich glaube, ein Alkoholverbot in einem Spital im Rahmen der an sich notwendigen Gaststätten wäre mindestens sehr, sehr erstrebenswert. (Abg. Dr. Schilcher: „Was ist mit den mündigen Patienten?“) Die mündigen Patienten schon. Dann sollen sie halt zu Hause bleiben, wenn sie trinken wollen, das muß man ja nicht gerade im Spital machen. Sie werden deshalb ja nicht entmündigt, höchstens für eine ganz kurze Zeit. Ich glaube, daß man hier sieht, daß man zusammenarbeitet und daß man sich nicht gegenseitig im Weg steht.

Schauen Sie, und jetzt zum Planen: Ich habe vom Land gesprochen. Das ist ja nicht so einfach bei uns. Wir haben ja nicht nur ein Landeskrankenhaus, sondern auch eine Klinik. Und bei der Klinik gibt es auch Forderungen. Da gibt es das Pathologische Institut, da gibt es die Zahnklinik, da gibt es die Kinderklinik, und da gibt es einen Röntgenstrahlenbunker. Das sind, so glaube ich, die vier Zentren, die bei uns noch offen sind.

Das geht so vor sich: Da haben Sie also de facto voriges Jahr dem Herrn Dekan in Wien erzählt: „Jetzt werden vier Bauten angegangen nächstes Jahr, jetzt fehlen nur noch ein paar Schilling vom Land, die bekommen sie sowieso.“ Und dann hat mir der Dekan gesagt: „Was ich jetzt zu tun haben werde, das ist ja furchtbar.“ Ich habe gesagt: „Sie werden gar nichts zu tun haben, es wird ein Schmarren gebaut, das Geld ist doch nicht da.“ Schauen Sie, da wird so Pingpong gespielt. Da geht er nach Wien, und man sagt: „Selbstverständlich, ist ja nur mehr Formsache.“ Dann geht er nach Graz, dann sagen Sie: „Ja mein Gott, wenn die es in Wien zahlen würden, dann könnten wir darüber reden.“ Bitte, also auch hier den Mut zu einer echten Planung. Wir dürfen uns auch hier nichts vormachen. Es ist entweder ein Geld da, oder es ist kein Geld da. Machen wir nicht die Leute da irr.

Nun dazu, um zum Schluß zu kommen, zwei kurze Sachen noch: Das eine ist einmal das Patho-

logische Institut, wo die Studenten jetzt rabiat werden. Das zweite, was mir noch viel mehr ins Auge sticht, die Anatomie, die ist nämlich fertig. Aber sie wird nicht bezogen. Da fragt man herum: „Warum denn nicht?“ Und dann ein Fachmann — ich weiß ja nicht, ob es genau stimmt, aber der sagt mir: „Die Fakultät hat 168 Dienstposten für die Inbetriebnahme angefordert, und in Wien hat man erklärt, man hat nur zwei.“

Schauen Sie, Herr Kollege Strenitz, Sie haben gesagt, was alles geschehen ist, in den letzten Jahren. Das bestreite ich doch nicht. Es sagt doch niemand, daß auf dem Gebiet des Unterrichts nichts geschehen ist. Aber ich verwahre mich nur gegen eines; daß man so tut, als ob früher nichts geschehen wäre. Meine Herrschaften, diesen ganzen Staat haben wir doch aus Schutt und Trümmern aufgebaut. Diese Explosion der Universitäten ist doch ein langer Prozeß, und da ist doch sehr, sehr viel geschehen, auch vor der jetzigen Regierung. (Beifall bei der ÖVP.) Es geschieht ja jetzt auch etwas. Tun Sie doch bitte nicht so, als ob das was Neues wäre, und ein Faktum ist — das können Sie also auch nicht bestreiten —, daß halt jetzt erstmalig die Frau Minister kein Geld hat und daß man de facto ein fertiges Gebäude nicht in Betrieb nimmt.

Schauen Sie, meine Herrschaften, man kann sich das ganz einfach machen. Sie haben ja so viel gegen Flugblätter. Man könnte ja wieder ein Flugblatt machen und sagen, die Firnberg ist schuld oder der Kreisky ist schuld, aber um das geht es mir nicht, meine Herrschaften, das sind doch über tausend junge Menschen, die das sehen. Es geht nicht darum, daß man die politisch aufhetzt, da geht es doch echt um das Staatsbewußtsein von diesen Menschen, die können das nicht verstehen, daß man ein Gebäude geplant hat und gebaut hat und daß sie um 5 Uhr früh aufstehen müssen und sich um einen Stehplatz in der Anatomie raufen müssen, obwohl das neue Gebäude fertig wäre, weil der letzte Sessel fehlt und er nicht kommt. Da geht es um das Staatsbewußtsein von Studenten, da soll man also nicht Unfug treiben und soll es nennen, wie es ist. Da darf ich Sie sehr, sehr herzlich bitten, meine Herrschaften, alle, daß man da doch darauf hinwirkt, daß da was weitergeht. Wir können unsere Studenten nicht im Stich lassen. Wenn da wieder einmal extreme Richtungen auftreten und wenn da gesponnene Ideen wieder wach werden — was man ja hier oder dort schon zu unser aller Mißvergnügen vermerkt —, so ist aber dies eine der Ursachen. Da muß man also schon dem jungen Menschen zeigen, daß man ernst plant, daß man die Aufgabe und den Studenten erst nimmt. Nur wenn man ihnen das wirklich bewußtmacht, wird es uns gelingen, echt weiterzukommen.

Ich habe vielleicht, meine Damen und Herren, gegen meine sonstige Gewohnheit etwas zu lange geredet, aber ich darf doch zum Schluß noch ein Wort vorlesen, das der Herr Landeshauptmann Sebastian in der letzten Budgetsitzung gesagt hat: „Das Gesundheitswesen ist sicherlich eine der schönsten Aufgaben, die sich das Land stellt, es ist eine

der wichtigsten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben.“ Ich darf Ihnen sagen, Sie haben sich immer nach dem gehalten, und wenn Sie also heute das letzte Mal das Schlußwort haben werden, ich bin überzeugt, daß Sie mir glauben, daß es mir persönlich leid tut. Nicht weil ich mich — wie mir wer in der Diskussion draußen untenschoben hat — auf Sie eingeschossen habe, sondern weil ich weiß, daß Sie ein echter Partner waren, dem es echt um die Dinge gegangen ist, wie wir sie alle sehen. Sie haben sehr gut erkannt, wie es hier steht, und es tut mir um so mehr leid, daß in der Öffentlichkeit ein Eindruck entstanden ist, der nicht sehr gut schmeckt. Ich weiß schon, Sie werden im Schlußwort auch eine Antwort darauf wissen, ich persönlich werde Sie Ihnen auch abnehmen, und wir nehmen zur Kenntnis, daß Sie ersetzt werden durch Herrn Landesrat Bammer, er war ja schon einmal im Spital draußen bei einer Antrittsvorlesung. Wie es dann aus war, ist er draußen gestanden, ziemlich hilflos in diesem Irrgarten des Krankenhauses, und hat sein Dienstauto nicht mehr gefunden, ich habe ihm Orientierungshilfe angeboten, und ich biete sie ihm auch weiter an. Es geht uns nicht darum, daß wir dem Referenten die Haxln stellen, wir werden also echt zusammenarbeiten, wer immer das ist, weil es uns um ein echtes Bemühen gehen muß, und ich hoffe, daß er sich also auch mit gleicher Ambition in dieses Amt einarbeiten wird wie sein Vorgänger.

Meine Damen und Herren! Vorgestern fand eine Besprechung statt über die nächste Steirische Akademie. Sie soll sich befassen mit Problemen des Gesundheitswesens auf höherer Ebene, nicht wie man schnell in ein Spital kommt, sondern was dahintersteckt, die Grenzen der Medizin und ähnliches. Da ist es um den Titel gegangen, und da ist mir als Vorschlag eingefallen — ich weiß nicht, ob er dann wirklich zum Tragen kommt — der Titel für die heutigen Fragen der Medizin — würde ich mir vorstellen — könnte heißen „Medizin als Utopie“. Etwas, was jeder will, jeder anstrebt, niemand letztlich erreicht, so lange er lebt nicht ganz, und irgendwann hört es auch auf. Die Medizin als Utopie, wir wissen alle, wir können den Menschen von seinem Ende nicht befreien, wir können ihn auch nicht ganz gesund erhalten, wir können nur eines, wir können ihm helfen bei der Bewahrung der Gesundheit, solange und so gut es geht. Und wir können versuchen anzukämpfen gegen die nun wieder sinkende Lebenserwartung.

Ich habe eingangs gesagt, es ist heute nicht mehr so angenehm, über Gesundheitspolitik zu reden, wie es vor einiger Zeit noch war. Es ist die sinkende Lebenserwartung, es ist die Umwelt, es ist die Kostenexplosion. Wenn Sie mir trotzdem so aufmerksam zugehört haben, so danke ich Ihnen schön dafür, ich weiß, Sie haben es nicht wegen mir getan, sondern hauptsächlich deshalb, weil wir alle ein bisserl nachdenklich werden und zu zittern anfangen, wenn es um die Gesundheit geht, auch dann, wenn es gar nicht gut aussieht. Trotzdem wünsche ich Ihnen einen guten Abend. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort erteile ich der Frau Abgeordneten Bischof.

Abg. Bischof: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Daß ich mich auch heuer zur Gruppe 5, Gesundheit, melde, zum Neubau des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur, so deshalb, weil ich hoffe, daß durch die langersehnte Vorsprache des überparteilichen Aktionskomitees für die Errichtung des Neubaus am 4. November des Jahres bei Landeshauptmann Dr. Niederl im Beisein von Landeshauptmannstellvertreter Sebastian und Landesrat Dr. Krainer der Neubau in ein entscheidendes Stadium getreten ist. Dieses überparteiliche Komitee hatte vor allem Klage darüber geführt, daß mit den Planungsarbeiten noch nicht begonnen wurde, obwohl Grundstücke für den Spitalsbau zur Verfügung stehen. Landeshauptmannstellvertreter Sebastian betonte ausdrücklich bei dieser Vorsprache, daß der Brucker Spitalsbau an erster Stelle liege, und urgierte gleichzeitig die sofortige Aufnahme der Detailplanungen, da das Projekt zweimal von der Landesregierung genehmigt wurde und auch die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stehen.

In einer zähen, über zwei Stunden dauernden Wechselrede konnte dem Landeshauptmann Doktor Niederl das Zugeständnis abgerungen werden, daß der Neubau des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur in die erste Dringlichkeitsstufe des Generalhochbauplanes des Landes Steiermark eingereiht wird, und hat damit allererste Priorität zugestanden bekommen. Aber auch die Zusage, daß innerhalb von vier Wochen ein Beamtenkomitee zur Finanzierung des Brucker Projektes Vorschläge an die Landesregierung erstatten wird, ist für uns sehr, sehr wertvoll.

Diese Zugeständnisse gelangen dem Aktionskomitee nur deshalb, weil hier doch eine besondere Notlage vorhanden ist, die sich aus vielen Gegebenheiten zusammensetzt. Die Bemühungen von seiten des Bezirkes Bruck an der Mur für einen Neubau mit Unfallstation gehen bis 1959 zurück, und es liegt ein solcher Akt im Stadtamt Bruck an der Mur auf, in den jederzeit Einsicht genommen werden kann. In diesem Akt befindet sich unter anderem auch eine Niederschrift auf Seite 11, in der Landesrat Gruber 1965 dem Aktionskomitee bereits mitteilte, daß der SPO-Landtagsklub einen Antrag auf Errichtung eines neuen Landeskrankenhauses in Bruck eingebracht habe und diesem Antrag sich der ÖVP-Landtagsklub angeschlossen habe.

Meine Damen und Herren, im Bezirk Bruck an der Mur wohnen rund 75.000 Menschen, dazu kommt das Einzugsgebiet von Mürzzuschlag mit rund 48.000 Menschen. Es soll ja das zweite Schwerpunktkrankenhause laut Spitalsplan als Ergänzung zu Leoben für die gesamte Obersteiermark sein. Im Bezirk Bruck sind 55 Prozent aller Beschäftigten in der Industrie tätig. Damit ist der Brucker Bezirk von allen steirischen Bezirken der am stärksten industrialisierte Bezirk. 26 Prozent der steirischen Arbeitsunfälle entfallen auf das Mürztal.

Wir haben die höchste Unfallquote durch das Verkehrsdreieck der E 116, der früheren B 17 und der Bundesstraße 67. Laut Bericht der Bezirksgendarmerie lautet die traurige Bilanz von 1972 bis Juli 1976: 84 Tote, 352 Schwerverletzte und 879 Leichtverletzte. Wir haben eine Verkehrsfrequenz von 28 bis 35 Fahrzeugen pro Minute in der Winterzeit und während der Sommermonate 30 bis 50 Fahrzeuge pro Minute. Hier entscheiden sehr wohl oft nur wenige Minuten über Leben und Tod. Von der Unfallversicherung waren 100 Millionen für unseren Neubau bereitgestellt. Da der Bau aber verzögert wird, können Mittel in diesem Umfang nicht mehr bereitgestellt werden, da das Unfallkrankenhaus Graz kommt.

In diesem genannten gefährlichen Verkehrsdreieck befindet sich das derzeitige Landeskrankenhaus. Benzinabgase dringen durch die Fenster, Lärm gibt es ringsherum, an Schlaf können die Patienten oft kaum denken. Eine kaum zu ertragende Belastung für unsere Kranken. (Abg. Ing. Truek: „Das Unfallkrankenhaus in Graz wäre an der Autobahn gelegen!“) Patienten liegen auf den Gängen, Besucher kommen dort vorbei, und es gibt keine Räume für die Sterbenden. Dabei würde dieses Landeskrankenhaus sehr dringend benötigt werden für die Langzeitkranken, denn so manches Akutbett wird von Personen belegt, die eigentlich pflegebedürftig sind. Bei meinem letzten Besuch im LKH wurden gleich drei Fälle von Langzeitkranken an mich herangetragen.

Es sei mir aber auch die Bemerkung erlaubt, daß der Bezirk Bruck nach Graz die höchsten Steuern zahlt. Deshalb glauben wir, kann man nicht so einfach über unsere dringenden Anliegen hinweggehen, das Komitee wird sehr wohl darauf achten, daß diese erwähnten Zusagen eingehalten werden, und ich bitte darum als zuständige Abgeordnete.

Zum Schluß darf ich betonen, die Frage der Spitäler kann niemals eine parteipolitische Frage sein. Es muß unser gemeinsames Problem sein, im Dienste für die Gesunderhaltung unserer Menschen zusammenzuarbeiten.

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung. Unser Ziel in einer humanen Welt müßte es sein, daß drei Gruppen unserer Menschen die gleichen Chancen haben, nämlich unsere Kinder, unsere alten Menschen und unsere kranken Menschen. Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Ich unterbreche die Landtagssitzung auf eine halbe Stunde. Wir beginnen mit den Beratungen um 19.10 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 18.35 Uhr,
Wiederaufnahme der Sitzung 19.10 Uhr)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir sind bei der Behandlung der Gruppe 5, Gesundheit. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Eberdorfer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bevor ich zu meinem Thema „Umweltschutz“ spreche, möchte ich doch ganz kurz auf die Argumentation der Frau Kollegin Bischof eingehen. Ich möchte gleich eingangs sagen, daß jedes Wort, das sie für Bruck gesprochen hat, zu unterstreichen ist. Aber was hier für Bruck gesagt wurde, bitte, kann man mit derselben Intensität und mit derselben Begründung für Rottenmann, für Hartberg, Deutschlandsberg, für Graz-Süd, weiß Gott für was noch anführen. (Abg. Wimmler: „Bad Aussee!“) Wenn ich zum Beispiel nur daran denke, daß wir im Bezirk Liezen, bitte sehr, mit 80.000 Einwohnern, keine Frauenabteilung im ganzen Gebiet, keine Kinderklinik und sonstige Einrichtungen, die in einem Schwerpunktkrankenhaus sind, haben, während man beispielsweise zwischen Bruck und Leoben in einer 15- bis 20minütigen Fahrzeit diese Dinge erreichen kann. Noch einmal: Nichts gegen die Argumentation für Bruck, aber dasselbe gilt für viele andere Bereiche.

Daher, meine Damen und Herren, das Problem kann ja wohl nur gelöst werden, indem man sich halt doch bemüht, einen objektiven Prioritätenkatalog zu erstellen, nach dem man Geld, Projekte und Zeiten reiht. Das muß doch möglich sein. Wenn es einen Straßenbauplan gibt auf zehn Jahre — ich weiß schon, mag vielleicht einfacher sein —, so muß es doch auch einen Spitalsplan geben, in dem man mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten und nach einer objektiven Reihung die Dinge eben regelt. Ich will hier gar nicht auf einzelne Dinge dieses Kataloges eingehen, wie etwa Bevölkerung, bisherige Ausstattung und was es sonst noch gibt.

Ich richte daher schon jetzt an den zukünftigen Krankenhausreferenten, wenn er ein nicht sehr publikumswirksames Referat übernehmen wird — (Abg. Dr. Heidinger: „Publikumsunwirksames!“) so wie man es gehört hat —, die dringendste Anforderung, diesen Prioritätenkatalog zu erstellen. Denn sonst können wir in den nächsten zehn Jahren, bei jeder Budgetdebatte für jede Region alle diese Dinge aufzählen, die die Kollegin Bischof für Bruck als Begründung angeführt hat und in zweieinhalbstündiger Diskussion dem Herrn Landeshauptmann abgerungen hat. Ja bitte, das schaut ja gerade so aus, als ob er nicht hätte wollen, ob er sich erst hätte müssen überreden lassen (Abg. Ing. Turek: „Zwingen!“) und da muß ich ja doch fragen, wer ist zuständig dafür, ist es der Landeshauptmann, der zuständig ist dafür, ob Krankenhäuser gebaut werden, oder haben wir auch bisher seit 16 Jahren einen Krankenhausreferenten dafür gehabt, der nicht unserer Fraktion angehört. Das so weit zu dem.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Gruppe 5 und 6 — und ich darf hier 6 vorziehen, weil bei der Gruppe 5 das Kapitel Umweltschutz enthalten ist — sind auch bedeutende Mittel für Umweltschutzmaßnahmen vorgesehen. Es sind im ordentlichen Haushalt im Jahre 1977 Mittel von rund 56,6 Millionen, im außerordentlichen Haushalt von 67,3 Millionen Schilling. Insgesamt erge-

ben sich Steigerungen im ordentlichen Haushalt, und das finde ich sehr beachtlich, von 37,5 Prozent, gegenüber dem Budget des Vorjahres. Rechnet man den außerordentlichen Haushalt dazu, ist die Aufstockung noch immer mit 18,3 Prozent mehr Mittel für Umweltschutzmaßnahmen, die vom Land ausgegeben werden, sehr beachtlich und verdient Anerkennung. Ich möchte zu einzelnen Schwerpunkten der Umweltschutzpolitik der Steiermark kurz Anmerkungen machen.

Die Abfallbeseitigung, meine Damen und Herren, stand ja in den letzten Monaten und im letzten Jahr wiederholt in Diskussion. Ich verweise auf die Anfrage an den Herrn Landeshauptmann vom 20. Oktober. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß wir im Abfallbeseitigungsgesetz von 1974 die Abfuhr- und Beseitigungspflicht eindeutig als Kompetenz der Gemeinde festgelegt haben. Was hier das Land tut und machen kann, ist, daß es fördert und berätet.

Derzeit ist eben die Festlegung der Standorte für die zwölf regionalen Müllbeseitigungsanlagen in Diskussion. Es sind zwölf Regionen vorgesehen. In sechs Regionen sind die Vorarbeiten sehr weit gediehen. Ich bin stolz darauf und freue mich, daß es gerade der Bezirk Liezen ist, wo im Oberen Ennstal die erste steirische Müllhygienisierungsanlage mit einem Kostenaufwand von 25 Millionen errichtet wird. Vielleicht gelingt es gerade durch diese Beispielsmaßnahme, die hier gesetzt wird, gewissermaßen die Schallmauer der Vorurteile zu durchbrechen, die doch vielfach darin besteht, daß man glaubt, eine Müllbeseitigungsanlage sei ein stinkender Misthaufen, die möglichst weit irgendwo weg von jeder menschlichen Siedlung hingehört — bitte wo es möglich ist, kann man das sicher anstreben —, mit dem niemand etwas zu tun haben möchte.

Dabei ist es doch so, daß mit einer Müllhygienisierungsanlage, wie sie etwa für das Ennstal vorgesehen ist und auch woanders in Betracht kommen könnte, die Dinge ja nur besser werden können. Das, was jetzt ist, ist wesentlich schlechter.

Aber trotzdem, meine Damen und Herren, daß über die Standorte diskutiert wird und daß das Land von seiner Verordnungsmöglichkeit nach § 15 des Müllbeseitigungsgesetzes nicht vor Ende der Diskussion Gebrauch macht, scheint vernünftig und sinnvoll zu sein, weil es ja nicht sinnvoll wäre und auch nicht zielstrebig, wenn das Land in die Kompetenz der Gemeinden in dieser Weise eingreifen würde.

Es verdient auch Anerkennung, daß seitens des Landeshygienikers durch eine Ton-Dia-Serie die Aufklärung in der Bevölkerung, vor allem dort, wo also diese Anlagen errichtet werden sollen, wesentlich unterstützt wird.

Besonders möchte ich auch erwähnen, daß die Förderung der Beseitigung des anfallenden Sondermülls wie Giftstoffe, Chemikalien, Altöle usw. zum erstenmal im Budget aufgenommen wurde.

Nun zum zweiten Problem, Abwasserbeseitigung. Auch dazu einige kurze Anmerkungen. Wir haben derzeit in der Steiermark zirka 60 zentrale, kom-

munale Anlagen, entweder im Betrieb oder im Bau, so daß wir sagen können, für rund die Hälfte der steirischen Bevölkerung, für rund 500.000 Einwohner, ist das Problem gelöst, oder in Lösung befindlich. Hier wird es keine Schwierigkeiten mehr geben. Es sind auch sehr viele andere Projekte in Planung, konnten aber bis jetzt nicht finanziert werden, konnten deshalb nicht finanziert werden, weil vor allem auch die Bewilligung seitens des Wasserwirtschaftsfonds nicht erfolgen konnte. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß derzeit rund 34 Abwasseranlagen mit rund 659,5 Millionen beim Wasserwirtschaftsfonds beantragt und nicht erledigt sind. Weitere 37 Wasserversorgungsanlagen, das möchte ich auch dazu erwähnen, mit 250,9 Millionen kommen noch dazu, so daß derzeit vom Bundesland Steiermark eine nicht erledigte Anforderung an den Wasserwirtschaftsfonds von 910,4 Millionen vorliegt.

Besonders möchte ich auch darauf hinweisen, daß die Konditionen des Wasserwirtschaftsfonds, in den letzten Jahren leider Gottes wesentlich verschlechtert wurden. Ich darf zum Beispiel anführen, daß für den Abwasserverband des Ausseerlandes — ein sehr schwieriges Gebiet, weil dort ja weite Ringleitungen um die Seen gebaut werden sollen — seinerzeit die Finanzierung erstellt wurde bei Annahme und Inaussichtstellung einer einprozentigen Förderung durch den Fonds mit einer Laufzeit von 60 Jahren. Nun, als das Projekt bereits in Ausführung befindlich war, mußte man erfahren, daß der Kredit des Wasserwirtschaftsfonds auf zwei bis drei Prozent Zinsen mit 20jähriger Laufzeit verschlechtert wurde. Wir müssen daher, um den Gemeinden und Gemeindeverbänden, die Abwasseranlagen bauen und im Bau haben, finanziell überhaupt die Möglichkeit zu geben, das Problem zu bewältigen, unbedingt die Kondition des Wasserwirtschaftsfonds wieder auf ein Prozent Zinsen und eine Laufzeit von mindestens 40 Jahren erhöhen.

Meine Damen und Herren, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat durch Verordnung vom Jahre 1973 festgelegt, daß die Mür bis zum 31. Dezember 1978 wieder um einige Klassen, so heißt es in der Verordnung, in der Güte verbessert werden soll. Ich darf hier feststellen, daß gerade für diese Ankündigung der Mürverbesserung wesentliche Voraussetzungen solange nicht gegeben sind, solange im Wasserwirtschaftsfonds die Bewilligung nicht erfolgt. So liegen dort beispielsweise Anträge für Abwasserreinigungsanlagen von Leoben mit 75 Millionen, Knittelfeld mit 110 Millionen, VOEST-Alpine Donawitz für den zweiten Kühlturm mit 15,5 Millionen, dann für die Betriebswasserreinigung ebenfalls VOEST-Alpine mit 120 Millionen, Gösser Brauerei Leoben mit 14 Millionen, Steirische Gußstahlwerke mit 18 Millionen usw. Seinerzeit wurde mit großer, na ja, sagen wir mit großer Publikumswirksamkeit die Ankündigung, daß die Mür bis 1978 sauber sein wird, verkündet. Hier wird es also wirklich höchste Zeit, daß die Mittel bewilligt werden, denn wir schreiben bald das Jahr 1977. Ob man das in zwei Jahren

noch zustandebringt, ist eine sehr fragliche Angelegenheit. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Nicht sauber, sondern eine Qualitätsverbesserung!“) Einige Klassen, Herr Landeshauptmann. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Es gibt ja nur vier!“ — Landesrat Bammer: „Seit 50 Jahren bekämpft man die Wohnungsnot!“) Nein, ich stelle das hier fest. In der Verordnung — ich kann es Ihnen hier vorlesen, wenn Sie wünschen — steht „soll um einige Klassen angehoben werden“. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Es gibt ja nur vier!“) Ja gut, und jetzt ist die Mur zwischen vier und fünf, also bitte. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Wenn es nur vier gibt!“), Es gibt insgesamt sechs Güteklassen bei der Mur. Ja, meiner Auffassung nach schon. (Landesrat Bammer: „Da haben Sie eine eigene Tabelle!“) Ja freilich.

Meine Damen und Herren, auch die Finanzierung der Müllbeseitigung ist eine Angelegenheit, die über den Wasserwirtschaftsfonds mit unterstützt werden sollte, eine Forderung, die leider auch bis jetzt nicht erfüllt werden konnte.

Vom Wasser und vom Müll zur Luft. Der Steirische Landtag hat vor einigen Jahren ein Luftreinhaltegesetz beschlossen, man könnte die Frage stellen, ob die Luft in der Zwischenzeit besser geworden ist oder nicht. Nun, man muß ja zugeben, daß dieses Luftreinhaltegesetz vor allem nicht in gewerblichen Betriebsanlagen wirksam werden kann, weil hier die Landeskompentenz fehlt, man muß aber auch sagen, daß auch in Gewerbebetrieben und in Industriebetrieben in der Zwischenzeit sehr viel Verbesserungen zur Luftreinigung eingebaut wurden, Luftreinigungsanlagen. Trotzdem wäre die Überwachung der Luftgüte durch ein Gesamtsystem noch eine notwendige Einrichtung, die vor allem auch mit entsprechenden finanziellen Förderungen seitens des Bundes und entsprechenden gesetzlichen Grundlagen, eben für die gewerblichen Betriebe, unterstützt werden müßte. Sie haben gestern oder vorgestern in der Tagespresse lesen können, daß für das Grazer Becken zwölf Smoke-Alarm-Stationen eingerichtet wurden. Es ist das eine Arbeit der Technischen Universität, die vor allem für die Erprobung von neuen Meßtechniken eingerichtet wurde, im Rahmen eines Forschungsauftrages. Es ist sehr verdientvoll, daß man in Verbindung mit diesem Forschungsauftrag jetzt auch die Luftgüte in Graz durch diese zwölf Kontrollstationen sofort abrufbar überprüfen kann. Das scheint auch ein Anfang dafür zu sein, daß man in Zukunft etwa in Industriezentren wie in der Weststeiermark, in Aichfeld-Murboden, Leobendonawitz, Bruck-Kapfenberg ähnliche Einrichtungen schaffen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Mit der ganzen Politik des Umweltschutzes und mit allen Maßnahmen sind natürlich auch politische Fragen verbunden. Die sozialistische Regierung hat schon vor Jahren große Ankündigungen gemacht. Sie hat den Kampf gegen die Armut versprochen, den Kampf gegen das Sterben vor der Zeit. Sie hat gesagt, wir werden die Bevölkerung

fragen, was ihr die Gesundheit wert ist. Es wird von der Einführung eines Gesundheitsschillings gesprochen, seit Jahren, inzwischen sind die Zigarettenpreise mit gestrigem Tag ja bereits fünfmal erhöht worden. (Abg. Ing. Turek: „Das ist ja auch ein Gesundheitsschilling. Da rauchen die Leute weniger!“) Es ist ein Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz gegründet worden, man spricht vom Wasserschilling, es werden eine Autowracksteuer und ähnliche Dinge angekündigt. Es muß zugegeben werden, meine Damen und Herren, daß die Begriffe Umweltschutz, Arbeitsplatzsicherung und Gesundheit sehr publikumswirksame Begründungen sind, um neue Steuern, Tarife und Abgaben einzuführen. Und es ist eigentlich erstaunlich, wie oft man in Wiederholung desselben Vorwandes die Bevölkerung zur Kasse gebeten hat und sie noch zur Kasse fordert.

Ich möchte hier aber feststellen, daß der Nachweis, ob diese Ankündigungen verwirklicht sind, oder ob das Kassierte tatsächlich zweckentsprechend verwendet wurde, bis heute ausständig ist. Wir hoffen und erwarten, daß sich hier in Zukunft doch auch die entsprechenden Erfolge dieser Ankündigungspolitik noch einstellen werden. Jedenfalls werden wir die Frage immer wieder aufs neue stellen, nicht nur was der Bevölkerung die Gesundheit wert ist, sondern was dazu wirklich getan wurde, vor allem auch auf dem Sektor des Umweltschutzes.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, möchte ich noch auf folgendes hinweisen:

Es hat im Jahre 1972 eine UNO-Umweltschutzkonferenz, eine Weltkonferenz, stattgefunden und dazu wurde eine Dokumentation ausgearbeitet, an der 152 international führende Experten aus 58 Ländern teilgenommen haben. In dieser Dokumentation wird festgestellt, daß auch Wissenschaftler, Gelehrte, Nobelpreisträger von höchstem Rang völlig entgegengesetzte Auffassungen vertreten. Man hat diese verschiedenen Auffassungen auch bei dieser UNO-Weltkonferenz bezüglich des Umweltschutzes nicht beseitigen können. Die einen sprechen vom Untergang, der unausweichlich ist für die menschliche Rasse oder für das menschliche Leben, die anderen sprechen von Hoffnung. Jedenfalls wird in diesem sehr lesenswerten Bericht festgestellt, daß es eben heute so weit ist, daß die ererbte Biosphäre und die geschaffene Technosphäre, also das was von der Natur kommt und was der Mensch daraus gemacht hat, aus dem Gleichgewicht geraten sind.

Hohes Haus, welche Möglichkeiten haben wir hier? Nun, es gibt viele. Eine der wesentlichen Möglichkeiten, diese Probleme zu bewältigen, scheint mir darin zu liegen, daß alle politisch und öffentlich tätigen Massenmedien, Körperschaften und Vereine und was es immer hier gibt, Schulen, das Bildungswesen, darauf Einfluß nehmen, um das Bewußtsein zu fördern, über die unausweichliche Dringlichkeit und Notwendigkeit, diese Probleme zu lösen, weil nur durch eine entsprechende Bewußtseinsbildung die politische und ökonomische Bewältigung möglich sein wird. Und bitte, ohne hier ein Eigenlob zu sagen, im eigenen Bereich

darf ich doch feststellen, daß beispielsweise alle landwirtschaftlichen Fachschulen der Steiermark in ihren neuen Lehrplänen einen Gegenstand „Umweltschutz“ aufgenommen haben, in Erkenntnis der Notwendigkeit, daß auf breiter Basis diese Bewußtseinsbildung, diese Aufklärung erfolgen muß.

Ich möchte schließen auch mit einem Zitat aus dieser UNO-Dokumentation, das vielleicht das ganze Problem, vor dem wir stehen und das wir in unserer Generation, in den nächsten Jahrzehnten lösen müssen, am besten umschreibt. In dieser UNO-Dokumentation, ich darf zitieren, heißt es: „Das ist der Wendepunkt der Geschichte, an dem wir stehen. Wir öffnen die Tür für eine Zukunft; in der Krisen unvorhergesehener, globaler, unvermeidbarer und verheerender sind, als die Menschheit jemals erlebt hat und sie werden die Lebenserwartung unserer Kinder beeinflussen.“ Ich hoffe, daß auch wir im Steirischen Landtag im Rahmen unserer relativ bescheidenen Möglichkeiten in der Lage sind, für die Lebenserwartungen unserer Kinder etwas Gutes zu tun. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Loidl: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

So wie im vergangenen Jahr diskutieren wir auch heuer wieder, wie wir mit der Kostenexplosion auf dem Gebiete des Gesundheitswesens fertig werden können. Tatsache ist, daß die schon langē erkannte Entwicklung weitergegangen ist und die zu bewältigenden Probleme heute noch größer sind als vor einem Jahr. Aber einiges hat sich doch zum Besseren, wie ich glaube, geändert:

Erstens dürften nun im Grunde genommen inzwischen alle einsehen, daß mit kleinlichen Sticheleien gegen den Spitalsreferenten und mit der lapidaren Forderung, (Abg. Ing. Turek: „Das ist noch nicht passiert. Du nimmst es vorweg!“) — ich sage einsehen, oder eingesehen haben, ich danke für die Berichtigung — (Abg. Nigl: „Du hättest später drankommen sollen!“) — bisher, der Herr Präsident Piaty hat ja noch nicht gesprochen (Heiterkeit) —, daß der Bund oder die Krankenkasse mehr zahlen soll, keine Lösung gefunden werden kann. (Abg. Ing. Turek: „Richtig!“)

Zweitens, daß diese Frage zu einem Schwerpunkt der Diskussion geworden ist. Wenn man bisher von einer gewissen Ratlosigkeit sprechen konnte, (Abg. Pölzl: „Bei wem?“) so gibt es überall in der ganzen Welt, lieber Kollege Pölzl, und nahezu jeden Tag einen neuen Vor- oder Rückschlag, auch von allen Seiten.

Mir ist es daher unverständlich, warum in der OVP-Zeitung aus der Tatsache, daß der Finanzreferent unseres Landes in seiner Budgeteinbegleitungsrede auch eine Meinung äußerte, eine Schlagzeile gemacht wurde „Verwirrung in der SPÖ über Spitalsfinanzierung“. Meine Herren von der OVP: Ungefähr zur gleichen Zeit hat der sozialpolitische Referent der steirischen Handelskammer — das ist

keine unbedeutende Organisation, wie ich als Gewerkschafter ganz genau weiß — gemeint, man sollte die Krankenkassen reprivatilisieren. Es soll sich jeder die ersten 14 Tage des Spitalsaufenthaltes selbst bezahlen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Da haben Sie schlecht zugehört, das war ganz anders gesagt!“) Das hat er gesagt. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das war ganz anders. Macht aber nichts!“) So ist es in der Zeitung gestanden. Keine Frage, meine Damen und Herren, daß mit einem solchen Rückfall in das vorige Jahrhundert das Finanzierungsproblem für die öffentliche Hand mit einem Schlag gelöst wäre. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Schlecht zugehört oder die Zuträger haben nicht funktioniert!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Das steht in der ‚Tagespost‘!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Lesen muß man können!“)

Meine Damen und Herren, bei jeder Gelegenheit wird davon gesprochen, daß die Gesundheit das höchste Gut des Menschen ist und das stimmt ohne Zweifel. Aber diese Gesundheit ist schließlich das wertvollste Gut jedes Menschen und man könnte wohl verlangen, daß dieser jeder einzelne darauf auch entsprechend acht gibt. Tatsache ist, würden nur jene Arbeits-, Verkehrs- und Sportunfälle, welche erwiesenermaßen durch oft bodenlosen Leichtsinn verschuldet werden, vermieden, so würden Kosten eingespart, die weit über den derzeitigen Abgängen des gesamten Gesundheitswesens liegen. Gar nicht zu reden von den Schäden durch übermäßigen Alkohol-, Nikotingenuß, der Fettleibigkeit auch unter den Kindern und vielen anderen Einflüssen unserer Zeit.

Ich glaube, man sollte auch von diesen Belastungen im umgekehrten Sinne reden, nicht immer nur von den Belastungen, die der Staat den Staatsbürgern, sondern die die Staatsbürger auch dem Staat, in dem wir schließlich alle sind, auferlegen. (Abg. Ing. Turek: „Die Gewerkschafter sind alle mager!“) Aber wir müssen uns vorerst abfinden, daß Behandlung und Heilung immer noch Vorrang vor Verhütung und Vorbeugung haben. Leider, aber es ist so.

Meine Damen und Herren, die Träger des Spitalswesens sind die Länder und Gemeinden, durch die bei uns getroffenen Regelungen ist es das Land. Das Spitalswesen zählt zu den wichtigsten und ohne Zweifel auch zu den bedeutendsten Bereichen unserer föderalistischen Eigenverantwortlichkeit. Im Bewußtsein dieser Verantwortung wurde während der vergangenen Jahrzehnte für die Bevölkerung unseres Landes ein Spitalswesen auf- und auch ausgebaut, auf das wir trotz aller Mängel und der noch vielen offenen Wünsche mit Recht stolz sein können. Angefangen von der Bettenzahl, die schon weit über dem internationalen Maß liegt, über die Qualität der Ausstattung, auch bis hin zur Wirtschaftlichkeit, ich weiß, daß alles relativ ist. In diesem Zusammenhang können wir zur Zeit jeden Vergleich mit anderen Bundesländern und wahrscheinlich auch mit anderen Ländern in der Umwelt standhalten.

Meine Damen und Herren, da sehr viel vom Sprenen die Rede ist und noch sein wird, möchte

ich doch darauf hinweisen, daß wir seit Jahren von allen Bundesländern den niedrigsten Aufwand je Verpflegstag in unseren Spitälern tatsächlich haben. (Abg. Ing. Turek: „Dafür den höchsten Verwaltungsaufwand!“) Das ändert aber nichts daran, daß auch unsere Spitäler voll von dieser Kostenexplosion erfaßt wurden, damit müssen wir fertig werden, das sind unsere Kompetenzen im Land in erster Linie. (Abg. Jamnegg: „Den Bund geht das gar nichts an!“) Man würde dem Föderalismus keinen guten Dienst erwiesen, Kompetenzen nur dann eifrigst zu verteidigen, wenn es einem paßt, und ich erinnere da an die Verteidigung der Kompetenzen zum Beispiel beim Landarbeitsrecht.

Aber, meine Damen und Herren, inzwischen hat man schon begonnen, sachlich und nüchtern die wahren Ursachen der Kostenexplosion zu untersuchen. Wenn es da noch eines Beweises bedarf, dann war es die Rede vom Herrn Primarius Doktor Stepantschitz, dem wir, glaube ich, mit echter Überzeugung Applaus gezollt haben. Die Illusion nämlich, daß man mit Sparmaßnahmen auskommen könne, wurde sehr rasch zerstört. Wenn man bedenkt, daß 60 bis 70 Prozent der Aufwendungen Ausgaben des Personals sind, das ist in der Gruppe 0 schon besprochen worden. Die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters hatten gezeigt, daß hier nicht allzuviel — einiges vielleicht — einzusparen ist. Die verbleibenden 30 bis 40 Prozent stecken die immer teurer und komplizierter werdenden medizinischen Geräte und Apparaturen ein. Will man sich eben die Ergebnisse und Fortschritte von Wissenschaft und Fortschritt zunutze machen, so muß man sie anwenden und muß sie natürlich auch bezahlen. Aber trotz dieser Hinweise wäre es vollkommen falsch zu glauben, daß es keine Einsparungsmöglichkeiten gäbe. Der Primarius Dr. Stepantschitz hat vieles angebracht, dem man nur zustimmen kann, der mehr weiß und mehr Erfahrung hat als zum Beispiel ich in dieser Frage, aber das allein, was er angeführt hat, ist sicherlich wert, daß man es mit allem Nachdruck verfolgt.

Meine Damen und Herren, eine vorliegende Überprüfung des Sachaufwandes für ärztliche Erfordernisse in den Landeskrankenanstalten muß schon zu denken geben, wenn es etwa zwischen vergleichbaren Anstalten in der Steiermark ungewein starke Unterschiede, zum Beispiel hinsichtlich der Medikamentenkosten, und riesige Schwankungen in anderen Bereichen gibt, wie im Spitalsbelag, in der Verweildauer, in den Einnahmen aus Ambulanzgebühren und anderem mehr. Meine Damen und Herren, wie schwierig das ist, geht daraus hervor, daß jenes Krankenhaus, welches eigentlich Vorbild sein sollte, nämlich Fürstenfeld (ÖVP: „Das haben wir uns gedacht!“), Herr Primarius, bei dieser Überprüfung und bei den angestellten Vergleichen gar nicht gut wegkommt. (Abg. Ing. Turek: „Das wird ja von einem Politiker geführt!“) Sehr, sehr schlecht, Herr Primarius. (Abg. Ing. Turek: „Er hat zu wenig Zeit!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Er ist nicht dort!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „So oft wie Sie in der Gemeinde!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Sie können mich in der Gemeinde besuchen!“) Wenn

ich das so vergleiche mit Ihren sicherlich sehr fachkundigen Ausführungen vor der Industriellenvereinigung, wo Sie nach unserer Überzeugung völlig richtig davon reden, daß man die Ambulanzen ausbauen sollte, daß man mehr von der Ambulanz Gebrauch machen sollte — ich nenne nur ein Beispiel, Sie stehen überall sehr schlecht da, muß ich sagen — (Abg. Pölzl: „Das ist so wie beim Sebastian und Bammer!“), dann fällt also auf, daß Sie gerade bei dem, was Sie so richtig in einer sicherlich auch mit Beifall aufgenommenen Rede vor den Industriellen gesagt haben, in Ihrem eigenen Krankenhaus sehr arg vernachlässigt haben. Das ist eine Feststellung, ich weiß nicht warum, Sie werden es ja sicher dann verstehen, das zu erklären und zu entkräften.

Ich stelle das nur fest, als ein Beweis, wie schwierig das ist, daß selbst dort, wo ein Mann die Verantwortung trägt, der die Dinge weiß, wie man sie machen sollte und machen könnte, aus irgendwelchen Gründen, die ich nicht kenne, seine eigenen Vorstellungen trotz der Macht eines Primarius eines Krankenhauses nicht verwirklichen kann, ich sage nicht verwirklichen will, sondern nicht verwirklichen kann. Ich möchte nur dadurch die Schwierigkeiten untermauern. (Abg. Dr. Piaty: „Wo bleiben die Zahlen?“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich werde sie schon bringen!“) Herr Primarius, ich habe diese Zahlen. Ich habe sie, ich kann nur meine Redezeit nicht so lange ausdehnen, darauf wird der Herr Landeshauptmannstellvertreter zurückkommen. (Abg. Dr. Piaty: „Sie brauchen nur sagen, wie lange die Verweildauer ist, wie hoch die Medikamentenkosten sind. Heraus damit!“) Ich sage Ihnen jetzt eine Zahl, einen Fall, den ich aus dem Kopf weiß. Sie liegen bei den vergleichbaren Krankenhäusern an 6. Stelle mit der Anzahl der Verpflegstage, und Sie liegen mit den Einnahmen aus der Ambulanzgebühr an 12. Stelle. Das Krankenhaus in Wagna hat mehr als doppelt so viele Einnahmen aus den Ambulanzgebühren als Sie. Das ist also eine Zahl, weil Sie das wissen wollten, ein konkreter Hinweis. (Abg. Dr. Piaty: „Das ist ein Bezirk mit 22.000 Einwohnern. Wir sind der kleinste Bezirk!“) Sie haben einen Belag von 108 Prozent, wenn Sie von der Spitalshäufigkeit reden. Wie man das macht, ist mir schleierhaft. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Da gibt es keine Beschuldigungen! Wen beschuldigen Sie, den Primarius oder den Abgeordneten! Das ist eine persönliche Attacke gegen einen Abgeordneten dieses Hauses!“ — SPO: „Das ist nicht wahr!“ — Landesrat Dr. Klausner: „Aber, Herr Landeshauptmann, er hat nicht beschuldigt. Er hat gesagt: ‚Wie schwer es ist!‘“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das kann er zu einem anderen Zeitpunkt, aber nicht bei der Budgetdebatte!“) Herr Landeshauptmann, dazu muß ich folgendes sagen (Abg. Schrammel: „Man soll den Ruf des Fürstenfelder Krankenhauses nicht schädigen!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) Ich darf dazu folgendes erklären (Landesrat Klausner: „Er hat nicht beschuldigt!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Was war denn das?“ — Abg. Brandl: „Verstehen Sie das nicht, Herr Lan-

deshauptmann?" — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Präsident: „Meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Loidl hat erklärt, er möchte etwas zur Sache sagen, um die Sache zu klären. Herr Abgeordneter Loidl, ich bitte fortzufahren!“ Herr Landeshauptmann, ich möchte dazu folgendes sagen: Ich habe erklärt, wie schwierig die Verwirklichung von an sich theoretisch richtigen Auffassungen in der Praxis ist. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Gibt es das nur in Fürstenfeld und sonst nirgends?“) Nach diesem Bericht, Herr Landeshauptmann, gibt es zwei Krankenhäuser, die extra herausgehoben sind. Das ist auf der einen Seite Knittelfeld, eher im positiven Sinne, und Fürstenfeld leider im negativen Sinne. (Abg. Dr. Eichinger: Weil es an der 6. Stelle steht!) Konkret bin ich erst eingegangen, Herr Landeshauptmann, als der Herr Primarius Piaty mich durch einen Zwischenruf aufgefordert hat. Ich wäre in meiner Rede fortgefahren, ohne auf diese Frage einzugehen. Ich wollte nur auf diese Schwierigkeiten hinweisen. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das ist ja ein Kontrollbericht des Landes!“)

Ich möchte jetzt nicht näher auch auf mir bekannte Möglichkeiten, wo man einsparen könnte, eingehen. Meine Damen und Herren! Grundsätzlich möchte ich nur zur Frage eines größeren Kostenbewußtseins und einer wirtschaftlichen Führung von Krankenanstalten etwas sagen.

Meine Damen und Herren! Wenn der Vorstand einer Klinik oder einer Abteilung, der Primarius eines Krankenhauses und vielleicht darf ich jetzt sagen, auch der Herr Primarius Piaty, so wie das der Fall ist, voll in seiner medizinischen und wissenschaftlichen Tätigkeit aufgeht, sich Tag und Nacht um schwer- und todkranke Menschen kümmert, mit äußerster Konzentration operiert, stundenlang und nächtelang, wenn er mit einem Wort ein Arzt mit großer Verantwortung und aus Berufung ist, scheint es mir zumindest unzumutbar, daß sich dieser Mann noch um unzählige, oft kleine, aber in ihrer Bedeutung wichtige betriebswirtschaftliche Entscheidungen kümmern soll. Ich persönlich möchte solche Ärzte eher mit Künstlern vergleichen, denen oft einfach die Beziehung zu solchen Dingen, die aber trotzdem notwendig sind, fehlt. Ich denke, je hervorragender jemand auf seinem Gebiet ist, desto distanzierter ist er auf diesem Gebiet. Man sollte überlegen, das hat ja auch der Herr Primarius schon gesagt, ich möchte das nur unterstreichen, ob man nicht diesen wertvollsten Kräften jemanden beistellt, der sich um diese anderen Dinge kümmert. (Abg. Dr. Stepantschitz: „Das ist dann der Verwaltungskörper!“) Eben das ist genau das, mit anderen Worten gesagt, Herr Primarius, was Sie schon verlangt haben. (Landesrat Peltzmann: „Wir haben doch den selbständigen Wirtschaftskörper vorgeschlagen!“)

Meine Damen und Herren, selbst wenn es gelingt, alle nur möglichen Einsparungen zu realisieren, ist, vorausgesetzt, daß man das Spitalwesen im derzeitigen Umfang aufrecht erhalten will, sich die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik zunutze machen will, die Schlacht

noch lange nicht gewonnen. Damit wäre lediglich, und ich glaube, das hat auch der Herr Primarius sehr deutlich vorhin zum Ausdruck gebracht, die moralische Voraussetzung gegeben, den Bürgern unseres Landes in aller Offenheit zu sagen, daß eben das wertvollste Gut, nämlich die Gesundheit, etwas kostet und auch wieviel.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir schon bei der Kernfrage, wer soll das bezahlen? Die Krankenkassen, schallt es vielfach aus Ihren Reihen. Nun, meine Damen und Herren, die Krankenkassen zahlen schon, und sie zahlen von Jahr zu Jahr mehr. Im vergangenen Jahr hat allein die Steiermärkische Gebietskrankenkasse für Krankenpflege rund 537 Millionen Schilling aufgewendet. Das sind um 24,5 Prozent mehr als im Jahre 1974. (Landesrat Peltzmann: „Aber dafür ist sie doch da!“) Herr Landesrat, ein paar Minuten Geduld, und Sie werden vielleicht diesen Zwischenruf nicht mehr machen. (Landesrat Peltzmann: „Wer den sonst? Der Sportverein?“)

Meine Damen und Herren, ich lege größten Wert darauf, wenn Sie schon die Aufmerksamkeit nicht mir ganz zuwenden, daß Sie, was ich jetzt sage, doch mit einiger Aufmerksamkeit verfolgen. Wenn man bedenkt, daß im vorigen Jahr von den 2,273.000 Fällen, wo auf Kosten der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse ärztliche Hilfe in Anspruch genommen wurde, nicht einmal fünf Prozent Spitalpflegefälle waren, dafür aber 27 Prozent der Summe, welche für alle Versicherungsleistungen zur Verfügung gestanden sind, aufgewendet wurden, muß doch jedem erkennbar sein, daß damit die Grenze der Leistungsfähigkeit absolut erreicht ist. Herr Landesrat, das wollte ich sagen. (Abg. Pözl: „Da stimmt doch etwas nicht zusammen. Entweder sollen die Leute weniger krank sein, oder es wird zuwenig bezahlt von den Versicherten!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Wenn das nicht verstanden wurde, dann wiederhole ich es. (Abg. Jamnegg: „Die Versicherten haben Anspruch, daß sie in das Krankenhaus kommen können. Es wäre doch ein Rückschritt, wenn es anders wäre!“) Frau Kollegin, es geht ja hier nicht darum, ob sie Anspruch haben oder nicht, sondern es geht um die Frage, wieweit man das noch finanziell verkraften kann. (Abg. Jamnegg: „Das ist die Tendenz!“)

Von den 2,237.000 Fällen sind nur fünf Prozent ins Krankenhaus gekommen, die anderen sind zum Arzt gegangen, ins Ambulatorium und sonstwohin, und dafür wurden 27 Prozent unseres gesamten Budgets, das der Krankenkasse zur Verfügung steht, aufgewendet. Das ist die Grenze der Leistungsfähigkeit. Wer von der Krankenkasse mehr Geld verlangt, der müßte erst sagen, wo es hergenommen wird, von welchen bisherigen anderen Leistungen, wie Mutterschaft, die ärztliche Betreuung, die 22 Prozent ausmacht und noch immer zu wenig ist, nach Meinung der Ärztekammer, wo man das hernehmen kann. (Abg. Ing. Stoisser: „Der Selbstkostenanteil! Das wäre eine Idee für sich, die Einnahmen erhöhen!“) Darauf komme ich schon zu sprechen. (Landesrat Peltzmann: „Die Bundesregierung redet seit 1970 vom Sparen!“) Es ist ja

nicht unbekannt, meine Damen und Herren, daß auch die Krankenkasse von dieser geschilderten Explosion im Gesundheitswesen erfaßt wurde und der Haushalt ernstlich bedroht ist.

Ich scheue mich nicht zu sagen, daß es einen Posten allerdings gibt, der meiner Meinung nach beeinflussbar ist und dessen Aufwärtsentwicklung gestoppt werden kann und stabilisiert werden muß, das sind die Ausgaben für die Medikamente. Meine Damen und Herren, nach einer jahrelangen überdurchschnittlich großen Aufwärtsentwicklung hat allein die Steiermärkische Gebietskrankenkasse 1975 nicht weniger als 371 Millionen Schilling für Arznei- und Heilmittel ausgegeben, das sind 18,6 Prozent aller Versicherungsleistungen. Für dieses Jahr zeichnet sich wieder eine erhebliche Aufwärtsentwicklung ab. Bei den anderen Versicherungsträgern und in den Spitälern, wie wir gehört haben, ist das keineswegs anders. (Abg. Pözl: „Das ganze System ist krank!“)

Niemand verlangt, meine Damen und Herren, daß die medikamentöse Versorgung der Bevölkerung wieder auf jenen Stand zum Beispiel meiner Kindheit zurückgeführt wird, wo man im wesentlichen mit der Verschreibung von Aspirin, Hustentee, Kohletabletten und Rizinusöl ausgekommen ist. Selbstverständlich sollen auch bei den Medikamenten die atemberaubenden Fortschritte der Chemie in der Medizin für die wirklich Kranken und Leidenden voll angewendet werden. (Abg. Lackner: „Da gibt es nur ein Mittel wie bei den Bauern: 20 Prozent Selbstbehalt, und du brauchst dich nicht mehr ärgern!“) So weit wollen wir nicht gehen, Karl. Ich wage aber zu behaupten, daß, abgesehen von dem notwendigen und wirklich kontrollierten Medikamentenverbrauch so ungeheure Mengen von Pulvern und Tabletten geschluckt werden, daß die Gesundheit vieler dadurch eher gefährdet denn geschützt wird. (Abg. Ing. Turek: Das ist ja eure Nulltarifmentalität, ihr habt sie ja gezüchtet!“)

Meine Damen und Herren, das Medikamentenverzeichnis zeichnet 6200 Präparate auf. In Schweden kommt man mit 500 aus. Jeder Arzt gibt zu, daß er höchstens über 200 bis 250 Medikamente wirklich Bescheid weiß. Eine überaus wirkungsvolle Werbung — auch das hat der Herr Primarius schon gesagt — der pharmazeutischen Industrie versteht es, mit psychologischem und großem finanziellen Aufwand, vor allem bei den Ärzten, aber auch bei der Bevölkerung, diese zu beeinflussen. Unsere Apotheken haben — wie mir gesagt wurde — die höchsten Handelsspannen in Europa. (Abg. Turek: „Aber die staatlichen sind trotzdem in Wien eingegangen. Das ist eine besondere Kunst!“)

Meine Damen und Herren, auf diesem Gebiet würde es sich jedenfalls lohnen, nach dem Rechten zu sehen (Abg. Nigl: „Nennen Sie die Apotheken, die in einem Verwandtschaftsverhältnis zur Gebietskrankenkasse stehen!“), auf die Ärzte einzuwirken und auch den Versicherten klarzumachen, daß die Verschwendung letzten Endes ihr Geld ist. (Abg. Lackner: „Das einzige Vernünftige!“) Und jetzt komme ich auf das. Es scheint mir persönlich

die Grundsätze der sozialen Krankenversicherten in keiner Weise zu verletzen, wenn man angesichts der Situation und der Tatsachen verlangt, daß sich jeder, abgesehen von den wirklich Bedürftigen, die sogenannten Bagatellmedikamente selbst bezahlt. (Abg. Lackner: „Ein mutiges Wort!“ — Abg. Doktor Piaty: „Das ist doch reaktionär!“ — Abg. Ing. Turek: „So gehen die Reformen in die Binsen, eine nach der anderen!“ — Abg. Dr. Eichinger: „20 Jahre zu spät!“) Aber, meine Damen und Herren, die Eindämmung der Ausgaben für Medikamente ist vor allem deswegen notwendig, damit die anderen ohne großen Schaden für die Versicherten unkürzbaren Leistungen der sozialen Krankenversicherung aufrechterhalten werden können. (Abg. Pözl: „Das ist die Bankrotterklärung für ein krankes System!“)

Meine Damen und Herren, ich will damit nur zum Ausdruck gebracht haben, daß der Spielraum bei den gegenwärtigen Einnahmemöglichkeiten und bei den Ausgabeverpflichtungen für eine weitere Belastung bei den Krankenkassen nicht mehr vorhanden ist. Eine weitere Beitragserhöhung für diese Zwecke, nämlich für die Spitalsfinanzierung, schiene uns im Hinblick auf eine gerechte Verteilung der Spitalskosten auf alle Bevölkerungskreise in hohem Maße unsozial und ungerecht.

Im Gegenteil, meine Damen und Herren, wenn man nicht bereit ist, anzuerkennen, daß die Krankenversicherungsträger mit ihrem Beitrag von mehr als einem Viertel der gesamten Versicherungsleistungen allein für die Spitsalkosten an der Grenze des Möglichen angelangt sind, so könnte ich mir persönlich vorstellen, daß die Spitalspflege überhaupt aus der Krankenversicherung herausgenommen wird, etwas, was der Herr Primarius auch schon angedeutet hat. Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer würden bei den Beiträgen entsprechend entlastet. Der Aufgabenbereich und die Bedeutung der sozialen Krankenversicherung würde nach meiner Meinung für das Gesundheitswesen dadurch keineswegs eingeschränkt, weil ja, wie schon gesagt, nur genau 4,62 Prozent der Krankheitsfälle die Spitalspflege betreffen und diese für die Krankenversicherung praktisch mehr oder weniger finanzielle Durchlaufposten sind. Das Land als Spitals-erhalter bräuchte in einem solchen Falle vom Bund eine Ermächtigung, um alle Steirer in föderalistischer Gesinnung zu einer eigenständigen umfassenden Riskengemeinschaft zusammenzuschließen (Abg. Ing. Turek: „Solidarische Gesinnung!“), wo jeder sozialgerecht, das heißt gestaffelt nach Einkommen, für die Erhaltung und Führung unserer Spitäler seinen Beitrag leistet. (Abg. Dr. Schilcher: „Das ist eine neue Definition des Föderalismus! Das ist SPO-Föderalismus: Alle sollen zahlen!“) Der Einwand vom Herrn Primarius scheint mir, daß es hier ungerecht wäre, zwischen den einzelnen Bundesländern zu unterscheiden (Abg. Pözl: „Viribus unitis!“ — Abg. Dr. Piaty: „Ihr macht Pleite, und die anderen sollen zahlen!“) weil ja auch jetzt schon sehr beträchtliche Unterschiede in der Spitalsversorgung in den einzelnen Bundesländern sind. Wir haben zum Beispiel Universitätskliniken, die sie woanders nicht haben, wir haben ein besser aus-

gebautes Spitalswesen als in anderen Bundesländern, also wir haben uns eben das föderalistisch selbst gerichtet.

Nachdem niemand buchstäblich niemand, von der ersten bis zur letzten Stunde seines Lebens davor gefeilt ist, mehr oder weniger oft Spitalpflege in Anspruch zu nehmen, kann großes Verständnis, glaube ich, vorausgesetzt werden, und die Anteilnahme der Bevölkerung bei dieser freiwilligen Solidaritätsaktion im Kampf gegen den Krebs ist ja ein Hinweis dafür. (Abg. Ing. Turek: „Ist eigentlich auch ein Versager!“) Ich glaube auch, was der Herr Primarius gesagt hat, daß das eine saubere und überschaubare Lösung wäre, weil der Steuerzahler ja doch und wenn es über fünf Ecken ist, für alle Abgänge aufkommen muß.

Meine Damen und Herren, wir sind trotz dieses Gedankens dafür, daß der Bund im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Entlastung Zweckzuschüsse leistet. Das Verlangen aber — und da stimmen wir auch überein —, daß der Bund verpflichtet wird, einen möglichst hohen Prozentsatz des Abganges zu übernehmen, ist außerordentlich problematisch. Es liegt halt in der menschlichen Natur, daß eine solche Regelung keineswegs dazu angeht, Anstrengungen zur Minderung und zur Vermeidung von Abgängen zu fördern, jene, die sich am wenigsten bemühen, bekommen am meisten.

Abschließend möchte ich noch einmal sagen, daß es gut ist, daß diese Diskussion über die finanziellen Probleme der Spitäler und darüber hinaus über das gesamte Gesundheitswesen in Fluß gekommen ist. Wir haben im Lande eine Fülle von ausgezeichneten Einrichtungen der verschiedenen Sozialversicherungsträger, wir haben, was die Zahl der Ärzte betrifft, abgesehen von den regionalen und punktuellen teilweise sehr bedeutenden Schwierigkeiten, eine gute Versorgung. Wir haben alles in allem ein Spitalswesen, das man seinesgleichen nicht so leicht woanders findet. Das alles, meine Damen und Herren, rechtfertigt und berechtigt, den Menschen offen zu sagen, daß nicht ausgerechnet das wertvollste Gut, die Gesundheit, umsonst geschützt oder wiederhergestellt werden kann. (Abg. Pözl: „Das ist aber jetzt eine politische Phrase im Zusammenhang mit dieser Rede!“) Wie überall im Leben, müssen auch da, meine Damen und Herren, wenn der alte Weg nicht zum Ziel führt, neue Wege gefunden werden. (Abg. Jamnegg: „Vor sechs Jahren hätten Sie das sagen müssen!“) Zu irgendeinem der Vorschläge — es sind viele, und sie werden noch ergänzt werden — werden wir uns im Interesse der Sache sehr bald und sehr entschieden entschließen müssen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Aichhofer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Aichhofer: Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren!

Ich möchte gleich dem Herrn Kollegen Loidl antworten und möchte sagen, daß ich die Sorgen nicht

habe, ob das Spital in Deutschlandsberg gut oder schlecht geführt wird, wir sind noch immer, leider noch immer, der einzige Bezirk, der nicht einmal ein Standardkrankenhaus besitzt. Und, liebe Frau Kollegin Bischof, wir haben sicherlich keinen Neidkomplex, wenn in Leoben und in Bruck Schwerpunktkrankenhäuser errichtet werden, aber wir würden es nicht verstehen, daß innerhalb einer Entfernung von 18 Kilometern zwei Schwerpunktkrankenhäuser vordringlich errichtet werden, bevor wir im Bezirk Deutschlandsberg ein Standardkrankenhaus besitzen. Die 60.000 Menschen in diesem Bezirk haben ein Anrecht darauf, und ich möchte hier nicht als Bittsteller für ein Krankenhaus auftreten, ich möchte hier als Abgeordneter des Steiermärkischen Landtages die Forderung aufstellen, daß es endlich an der Zeit ist, im Bezirk Deutschlandsberg ein Standardkrankenhaus zu errichten. (Allgemeiner Beifall.)

Verehrte Damen und Herren, ich habe voriges Jahr hier dem Herrn Spitalsreferenten eine Resolution überreicht. Es ist inzwischen ein Jahr vergangen, aber die Entfernung zu den Patienten und ins Spital ist noch immer dieselbe. Es müssen die Rettungswagen noch immer etwa 40 Kilometer Weg zurücklegen, bis sie den Patienten erreichen, und es sind noch immer 80 und in Extremfällen sogar bis zu 100 Kilometer, bis man Wagna, Graz oder Voitsberg erreicht. Verehrte Damen und Herren, auch bestehen noch die Schwierigkeiten, wenn Familienangehörige den Patienten irgendwo im Krankenhaus besuchen wollen. Wir haben in diesem Hohen Hause, in diesen Stunden und in diesen zwei Tagen sehr oft von Chancengleichheit, Arbeitsplatzsicherung, Grenzlandförderung usw. gehört. Alle diese drei Schlagworte müßten **schnellstens** im Bezirk Deutschlandsberg angewendet werden. Denn der Bezirk Deutschlandsberg ist auch jener Bezirk, der arbeitsmarktmäßig am schlechtesten in der Steiermark dasteht.

Verehrte Damen und Herren, wir haben in den letzten zwei Jahren 900 beitragszahlende Unselbstständige im Bezirk verloren. Sie wissen ja, daß im Bezirk einige kompetente Betriebe errichtet worden sind. Ich nenne die Firma Siemens. Sie wurde ausgerichtet mit einem Arbeitsplatzvolumen von 2500 Beschäftigten. Es waren im Jahre 1973 etwa 1300 Menschen dort beschäftigt. Jetzt sind es kaum 900, und 90 warten jetzt auf ihren letzten Lohn, denn die provisorische Arbeitszeit läuft mit 31. Dezember ab.

Verehrte Damen und Herren, es ist ein sehr ernstes Problem im Bezirk Deutschlandsberg. Sie wissen, und der Herr Landesrat Professor Jungwirth hat es angeschnitten, daß im Grenzraum etwa elf Bergschulen vor dem Schließen stehen. Genauso viele Pfarrhöfe stehen im Grenzraum leer, und Sie können es sich genau ausrechnen, wenn der Lehrer den Raum dort verläßt, wann der letzte Grenzlandbewohner sein Pinkerl packen wird. Es gibt nur mehr fast alte Leute in diesem Grenzraum, die Jungen haben leider schon längst irgendwo einen anderen Arbeitsplatz gesucht, verehrte Damen und Herren. Es ist ein sehr, sehr ernstes Problem im Bezirk Deutschlandsberg. Ich möchte das mit allem Nachdruck hier vermerken.

Verehrte Damen und Herren, ich möchte nicht so lange herumreden, Sie wissen, um was es geht. Die 60.000 Menschen im Bezirk Deutschlandsberg werden nicht ruhen, bevor nicht konkret etwas daliegt, damit mit dem Bau in Deutschlandsberg begonnen wird. Priorität, der Name sagt mir nichts. Ein Datum möchten wir endlich hören, verehrter Herr Spitalsreferent. Ich möchte nur bitten, daß das, was bei der Aussprache mit Herrn Landeshauptmann, Landeshauptmannstellvertreter und Landesrat Dr. Krainer mit den elf Bürgermeistern am Montag ausgesprochen wird, daß das baldigst realisiert wird. (Abg. Pözl: „Mit dem Bammer mußt du reden!“ — Abg. Lackner: „Mit dem alten und dem neuen mußt du reden!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Herr Kollege, der Landtag braucht ja nur 50 Millionen zu beschließen! In sechs Monaten ist die Planung fertig!“) Verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich wüßte eine Finanzierung: Der Herr Finanzminister müßte uns nur den Zinsendienst der Staatsschulden für eine Woche zur Verfügung stellen, und wir hätten 250 Millionen, und Deutschlandsberg hätte ein Spital. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Turek: „Ein Tag wäre zuwenig, aber zwei reichen schon!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Aber mit den Landesschulden könnte man es auch bauen!“) So viele Landesschulden hätten wir nicht, daß man mit dem Zinsendienst von 8 Tagen ein Spital in Deutschlandsberg errichten könnte. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „600 Millionen Schilling!“)

Verehrte Damen und Herren, ich bin schon am Ende, ich will euch ja nicht länger strapazieren. Ich bin überzeugt, daß Sie alle wollen, daß die Grenze lebendig bleibt und vor allem steirisch bleibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Abgeordnete Brandl. (Abg. Ing. Turek: „Jetzt brandelt es wieder!“ — Abg. Brandl: „Nein, sehr friedlich!“)

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Ein besonderes Problem im Bereich des gesamten Umweltschutzes ist bekanntlich (Abg. Ing. Turek: „Der Erlaufsee!“) in der ganzen Steiermark die Müllbeseitigung. Es haben bereits im Landtag breite Diskussionen darüber stattgefunden, Beratungen werden in den Gemeinden und auch in der Öffentlichkeit darüber geführt. Die Steiermark hat ein sehr modernes Abfallbeseitigungsgesetz. Es fehlt daher nicht an den rechtlichen Voraussetzungen, allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren, die praktische Durchführung ist bedeutend schwieriger.

Der einzig mögliche Ausweg, so scheint es sich zumindest derzeit anzubahnen, sind regionale Lösungen von Müllbeseitigungsanlagen. Die zentrale Lösung für die gesamte Steiermark hat bekanntlich Schiffbruch erlitten, und ebenso ist das andere Extrem, daß die Gemeinden selbst ihre eigenen Abfallbeseitigungsanlagen errichten, im gesamten nicht durchführbar. Der derzeitige Stand ist so, daß in der Steiermark insgesamt zwölf regionale Anlagen errichtet werden sollen. Die sozialistische Fraktion hat vor kurzem einen Antrag eingebracht. Dieser

Antrag ist auch im Hohen Haus beraten worden. Es ging uns vor allem darum, daß eine entsprechende Hilfestellung des Landes erfolgt. Diese Hilfestellung besteht darin, daß vor allem getrachtet wird, entsprechende Müllschwerpunkte in diesen zwölf Regionen zu finden und durch die Beamten und durch die Fachabteilungen des Landes mitzuwirken, daß den Bürgermeistern bei dieser bestimmten schweren Arbeit entsprechend geholfen wird.

Das Hauptproblem ist nun einmal bei einer Müllbeseitigungsanlage die Festlegung des Standortes, und hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind zwei Fragen besonders aktuell:

Die erste Frage, diesen Standort zu finden. Ich brauche hier keine ausführlichen Begründungen geben. Hier gilt nun einmal sehr stark das Floriani-Prinzip für jeden Standort, gleichgültig wo er ist, glaubt immer derjenige, der betroffen ist, daß bei ihm das nicht geht, aber in der Nachbargemeinde das ohne weiteres möglich ist.

Das zweite aktuelle Problem, so sehe ich zumindest die Dinge, besteht derzeit darin, daß auch bei den entsprechenden Kommissionierungen, die für solche Müllbeseitigungsanlagen selbstverständlich notwendig sind, entsprechendes Verständnis bestehen soll, daß nicht nur durch übertriebene Auflagen von vornherein unnötige Schwierigkeiten entstehen und das ohnehin bestehende Problem dadurch noch erschweren.

Es ist wiederholt hier im Haus und auch vom Kollegen Dr. Eberdorfer festgestellt worden, daß wir zur Bewältigung dieses gesamten Problems ein verstärktes Umweltbewußtsein in der gesamten Bevölkerung brauchen, daß hier noch sehr viel Erziehungsarbeit notwendig wird und daß natürlich auch gewisse finanzielle Belastungen damit verbunden sind, wenn wir diese angestrebten regionalen Lösungen durchziehen wollen.

Wir können aus einer Studie feststellen, daß der Müllanfall in Österreich — und diese Zahlen gelten im großen und ganzen auch für die Steiermark — 1973 bei 179 kg pro Kopf der Bevölkerung gelegen ist, 1975 bereits auf 240 kg angestiegen ist und vorausgesagt wird, daß 1985, also in neun Jahren, dieser Müllanfall über 300 kg pro Kopf der Bevölkerung hinausgeht.

Ein besonderes Problem bei der Beseitigung des Mülls wird auch aller Voraussicht nach die Wiederverwertung sein. Aus einer Studie können wir ebenfalls entnehmen, daß bei der Zusammensetzung des Hausmülls — und ich rede nur von dem, weil das andere ja mehr oder weniger uninteressant ist — Papier mit 40 Prozent im Hausmüll vertreten ist, Textilien mit acht Prozent, Kunststoffe mit 18 Prozent, Glas mit fünf Prozent, das andere ist auf verschiedene andere Dinge aufgeteilt.

Es ergibt sich hier im gesamten für unsere Gesellschaft wiederum die Frage, ob wir uns es leisten können, wertvolle Rohstoffe zu verschwenden, oder ob wir nicht doch einen geeigneten Weg finden sollten, einen Teil dieser anfallenden oder wertvollen Rohstoffe entsprechend zu verwenden. Technisch wird dieses Problem zu lösen sein, aber die entscheidende Frage ist wieder, daß auch hier gewisse finanzielle Überlegungen anzustellen sein

werden, wenn wir mit diesem Problem fertig werden wollen.

Mein Ersuchen, sehr geehrte Damen und Herren, an den Landtag ist, daß von allen Stellen des Landes 1977 alles getan wird, daß wir auch beim Problem der Müllbeseitigung auf dem Weg zu einer verbesserten Umwelt wieder einen beachtlichen Schritt vorwärtskommen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Primarius Dr. Piaty.

Abg. Dr. Piaty: Hohes Haus! Meine sehr geehrten beiden Spitalsreferenten!

Wenn ich mir die Sprachregelung und die Lesart der beiden Referenten zu eigen machen würde, sowohl des resignierenden wie des designierten, dann dürfte ich eigentlich zum Kapitel Gesundheitswesen nicht sprechen, weil dieses Kapitel ja unpopulär und nicht publikumswirksam ist. Wenn ich es trotzdem tue (Abg. Brandl: „Sie können es nicht lassen!“), dann in Erfüllung einer Verpflichtung, die zum Teil beruflich bedingt ist. Sie verzeihen mir, ich liebe meinen Beruf, und ich glaube, daß dieser Beruf doch eine gewisse Aufgabe hat in der Öffentlichkeit und daher doch publikumswirksam ist.

Aber bevor ich auf die Themen selbst eingehe — weil ich hoffe, mit einigen Fakten zur Diskussion beizutragen —, möchte ich doch mit allem Nachdruck und aller Entschiedenheit diesen primitiven Diffamierungsversuchen des Herrn Abgeordneten Loidl entgegentreten. (Abg. Dr. Strenitz: „Unerhört!“) Denn, meine sehr Verehrten, wenn ich hier an das Rednerpult gehe und wenn ich hier Behauptungen allgemeiner Natur aufstelle, so würde ich empfehlen, da das Lesenkönnen zu den Grundeigenschaften auch eines Abgeordneten gehört, die Erläuterungen von Seite 286 zu lesen, denn dort könnten Sie folgendes entnehmen: Das Krankenhaus Fürstenfeld steht in der Verweildauer, nicht wie Sie behauptet haben — Sie haben schlechte Informanten und Einflüsterer — an sechster Stelle, sondern an siebenter Stelle von 16 Krankenanstalten. (Abg. Loidl: „Bei den Ambulanzeinnahmen habe ich gesagt, nicht bei der Verweildauer!“) Sie sprachen von der Verweildauer. (Abg. Brandl: „Da haben Sie schlecht zugehört!“) Herr Abgeordneter Loidl, zum Unterschied von anderen keine ich die Termini sehr genau, Sie sprachen von der Verweildauer. Und hier ist sie an der siebenten Stelle von 16 Anstalten, sogar besser als das Großkrankenhaus Graz und sogar besser als das Nachbarkrankenhaus Feldbach. Im weiteren kann ich Ihnen mitteilen, daß es Ihnen bekannt sein müßte, daß der Bezirk Fürstenfeld 22.000 Einwohner hat, und es wäre ein Wunder, wenn wir eine große Ambulanz führen würden. Ich selbst als Vorstand der medizinischen Abteilung führe absichtlich keine große Ambulanz, denn die ambulante Betreuung, das ist meine Auffassung, ist primär Aufgabe der niedergelassenen Ärzte und nicht des Krankenhauses.

Im weiteren, wenn der Herr Referent geneigt ist, was ich auch als merkwürdig empfinde, mir ad personam den Medikamentenverbrauch vorzurechnen, so muß ich sagen: „Jawohl, Herr Referent, als

Arzt verantworte ich den Medikamentenverbrauch in meinem Krankenhaus im Sinne einer modernen Behandlung, meine Patienten wünschen das, und ich biete ihnen das auch.“ (Beifall bei der OVP.)

Ich weise namens meiner Ärzte und meiner Krankenschwestern, des gesamten Krankenhauspersonals, auch der chirurgischen Abteilungen des Krankenhauses Fürstenfeld diese Pauschaldiffamierungen mit Entschiedenheit zurück. Sie werden mich mit dieser Methode sicher nicht mundtot machen, da können Sie sicher sein. (Beifall bei der OVP. — Abg. Brandl: „Unnötige Aufregung, niemand diffamiert!“ — Abg. Prantch: „Man behauptet nur frischweg!“) Denn, meine sehr Geehrten, wenn wir mit dieser Methode beginnen, dann könnten wir diese Methode bei anderen fortsetzen und nach ihrer fachlichen Qualifikation fragen oder nach der Relation von Qualifikation und Einkommen, und das könnte für manche sehr, sehr unangenehm werden.

Nun gehe ich also auf die eigentliche Thematik ein. Die Diskussion derzeit krankt meiner Auffassung nach an einem entscheidenden Fehler. Wir sprechen für das Krankenhaus und sprechen nur um das Krankenhaus. Wenn die Diskussion einen Zweck haben soll, dann muß man das gesamte Gesundheitswesen betrachten, global. Denn wir haben drei Versorgungsstufen. Die erste Stufe ist der praktische Arzt, die zweite Stufe ist der spezialisierte Facharzt, und die dritte Stufe ist das Krankenhaus als die hochwertigste und die teuerste Form ärztlicher Versorgung. Hochentwickelt deshalb, weil der gesamte Bettenraum auf die Akutversorgung mit Maximalbedarf in apparativer und personeller Hinsicht organisiert ist, und teuer, weil — wie schon hier gesagt wurde, 90 Prozent der Erkrankungsfälle in der freien Praxis und nur zehn Prozent stationär behandelt werden. Die Kosten selbst aber teilen sich 50 zu 50.

Der Bettenraum selbst ist ausreichend vorhanden. In Österreich gibt es auf etwa 1000 Einwohner zehn Betten, die Steiermark liegt sogar etwas darüber, während hochindustrialisierte Länder mit 1000 Einwohnern mit vier Betten oder sechs Betten ihr Auslagen finden. Wenn es trotzdem Klage gibt über Mangel an Krankenbetten, so ist das regional bedingt und ist zum Teil auch indikationsmäßig bedingt. Denn zum Beispiel etwa bei den internen Abteilungen sind 60 Prozent des Bettenraumes durch Akutfälle belegt, aber 40 Prozent, die nicht Akutfälle sind, das sind Durchuntersuchungen, Nachbehandlung und Pflegefälle.

Es erhebt sich hier wirklich die Frage, warum in Kenntnis dieser Ziffern, die ja international bekannt sind, noch immer keine Trennung von Akutbereich und Nachbehandlungsbereich durchgeführt wurde, obwohl jedermann weiß, daß etwa 25 Prozent Kostenersparnis im Bereich der Nachbehandlung drinnen liegen. Warum keine Koordination von den Spitälern und den Fürsorgeheimen stattfindet, obwohl die auch Pflegestationen haben. Warum man vom Gesetzgeber aus sowohl vom Bund wie auch vielleicht in der 4. Novelle zum Krankenanstaltengesetz — nun ist es im Entwurf — das Krankenhaus mit zusätzlichen Aufgaben belastet und warum man in falscher Verfolgung einer quantitativen Problem-

lösung die Betten vermehrt hat, statt die regionale und die indikative organisatorische Gliederung vorzunehmen. Und warum letztlich ist bisher mit Ausnahme der Ansätze im steirischen Landesbudget nichts für eine Niederlassungsförderung getan worden, etwa durch den Bund?

Man spricht und hat auch hier gesprochen, der Abgeordnete Loidl hat das Wort in den Mund genommen, von Kostenexplosion, so als ob das ein Naturereignis wäre, das uns eruptiv von heute auf morgen überfallen hätte. Aber jeder, der prospektiv die Entwicklung gesehen hat, wußte es, daß es zu dieser Entwicklung durch eine dauernde Kostenexpansion zwangsläufig kommen muß.

Die Ursachen liegen in der medizinischen Entwicklung, die Ursachen liegen in der Altersstruktur, und die Ursachen liegen vor allem in einer politisch determinierten, soziologischen und psychologischen Bewußtseinsveränderung. Eine Bewußtseinsveränderung, zu der Sie, meine sehr Geehrten, ganz wesentlich beigetragen haben, und ich möchte mich gar nicht hier an eine Richtung oder eine Partei wenden, ein Prozeß, der nicht seit gestern stattgefunden hat, sondern der durch Jahrzehnte dieses Bewußtsein verändert hat.

Der Mensch hat naturgemäß das Bedürfnis nach grenzenloser Deckung seiner Gesundheit und seiner Gesundheitssicherung. Es war vielleicht ein Fehler der politischen Kräfte, daß man diesem menschlichen Bedürfnis mit der Illusion grenzenloser Bedürfnisdeckung entgegengetreten ist. Man hat schrittweise den Gedanken der Krankenversicherung zerstört. Man hat die Solidargesinnung dieser Gemeinschaft zerstört, und man hat das Versicherungsprinzip zerstört. Man hat eine Nulltarifmentalität gezüchtet und hat die Metamorphose dieser Gesellschaft zu einer Hol- und Nimmgesellschaft vollzogen. (Abg. Prantkh: „Jawohl!“)

Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Loidl — ich bin nicht schadenfroh, ich bin nicht unfair —, sie sind der Schwanengesang einer Entwicklung gewesen, die heute in der Sackgasse steckt und keinen Ausweg mehr weiß, denn in der Deckung der Minimalrisiken hat die Krankenversicherung ihre Finanzkraft völlig erschöpft. 80 Prozent der Erkrankungsfälle sind weniger als 14 Tage lang. Ein Drittel des Medikamentenbudgets geht für Medikamente auf, die billiger sind als 15 Schilling.

Was ist die Konsequenz, meine sehr Geehrten? Die Konsequenz ist, daß finanziell der Rahmen immer enger wird, die Möglichkeiten immer geringer werden mit der Entwicklung der modernen Medizin und dem, was diese Medizin zu bieten in der Lage ist, mitgehen zu können.

Sie haben heute vielleicht in der „Kleinen Zeitung“ gelesen, daß ein Versicherter der Gebietskrankenkasse wegen der Heimdialyse mit dieser einen Prozeß führt. Das ist ein Beispiel dafür. Oder, so verdienstvoll die Privatinitiative der Krebsaktion ist, so verdienstvoll das Engagement der Zeitungen und der Medien ist, ist diese Aktion für mich prototypisch für eine Fehlentwicklung in unserem System.

Denn, meine sehr Geehrten, wenn ungeheure Kräfte mobilisiert werden müssen, damit man 80 Millionen zusammenkratzen kann, um vier Ganzkörperscanner in Österreich erwerben zu können und das zu einem Zeitpunkt, wo die Krankenversicherung 1975 18 Milliarden Beitragseinnahmen ausweisen kann, so muß man sagen, irgend etwas stimmt an diesem System nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Man hätte vielleicht nicht Ambulatorien, Zahnambulatorien erbauen sollen. Der Herr Präsident Weißenberg hat noch im Jahresbericht 1975 stolz verkündet, daß das Bauvolumen 3 Milliarden Schilling beträgt und daß man 1 Milliarde Schilling bereits verbaut hätte. Bevor man Einrichtungen errichtet, die nichts anderes können, als Hunderte oder Tausende niedergelassene Ärzte, denn auch ein Ambulatorium kann nur durch einen Arzt betrieben werden, wäre es vernünftiger gewesen, etwa eine Schwerpunktbildung, eine finanzielle, in der Schaffung solcher Einrichtungen zum Wohle der Versicherten zu schaffen. (Abg. Loidl: „Fragen Sie den Kollegen Lind von Hartberg! Fragen Sie den Bürgermeister von Hartberg!“) Ich wußte nicht, daß der Abgeordnete Lind ein verantwortlicher Funktionär der Sozialversicherung ist. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich habe Briefe von ihm, daß er es haben wollte!“) Ich wußte es auch nicht, daß es der Herr Bürgermeister haben wollte. Ich höre das zum ersten Mal.

Was tun jetzt jene Institutionen, die heute 96,4 Prozent der Bevölkerung vertreten, die Krankenkassen? Sie flüchten sich in dieser Problematik in eine statische Defensive. Bei der Krankenhausfinanzierung igeln sie sich ein in 27 Prozent der Beitragseinnahmen. Bei den Arzthonoraren will man sich einzementieren auf Globalsummen, dafür verbaut man mehr und mehr Milliarden. Meine sehr Geehrten, ich glaube, auch das wird keine Lösung sein. So wird vielleicht eine Atemholpause von ein oder zwei Jahren reichen.

Sie werden es aber schwer verantworten können, daß Sie die finanzielle Last auf den Bund oder auf die Länder überwälzen werden, weil ich nicht weiß, ob der Bund mitmachen wird können. Ein Bund, der 22 Millionen Schilling täglich nur Zinsendienst an Schulden leisten muß, der also in 14 Tagen mit diesen Zinsen etwa ein Standardkrankenhaus aus dem Boden stampfen könnte (Abg. Ing. Stoisser: „Das sind Zahlen!“), ist heute nicht mehr in der Lage, diese Aufgaben zu übernehmen, und ich glaube auch, die Länder werden sich hoffentlich nicht in eine Situation hineintreiben lassen, daß sie für dieses Pleiteunternehmen, für das Sie politisch verantwortlich zeichnen, meine sehr Geehrten, den Schwarzen Peter im wahrsten Sinne des Wortes übernehmen werden. (Landesrat Peltzmann: „Das ist der Schinderhannes!“ — Abg. Ileschitz: „Das ist ein Beitrag!“)

In dieser Situation der Ausweglosigkeit (Abg. Dr. Strenitz: „Der ÖVP!“) sind Sie auf der Suche nach echten oder vermeintlichen Verursachern dieser Situation, und es gibt Leute unter Ihnen, die meinen, schuld sind die Anbieter, da meinen die Nationalökonomien die Ärzte, weil die die Gesund-

heit anbieten. Meine sehr Geehrten, diese Argumentation geht völlig daneben. Denn verantwortlich für die Entwicklung dieses Systems ist in erster Linie der Gesetzgeber. Der Gesetzgeber hat gesetzlich die Möglichkeit der Leistungsanspruchnahme eingeräumt. Die Krankenkassen ermöglichen mit oder ohne Kontrolle dem Versicherten, diese Leistungen in Anspruch zu nehmen, ja sie animieren ihn dazu. Und der Arzt kann einfach nichts anderes als diese Leistungen anbieten.

Ich kann Ihnen nur als Beispiel (Abg. Preamsberger: „Das ist ein starkes Stück!“) — hören Sie doch zu — einige Ziffern nennen (Abg. Preamsberger: „Man kann nicht die ganze Zeit alles kritisieren!“), Ziffern kann man nicht hinwegdiskutieren: Ich nehme seit 1960 alles, was Beiträge der Kassen, was Arzthonorare, was Spitäler, was Medikamente gekostet haben, mit der Maßzahl 100, damit das deutlich ist, also 1960. Das bedeutet, 1974 für die Beiträge für die Einnahmen der Krankenkassen die Maßzahl 493, für die Arzthonorare 491, für die Medikamente 558 und für die Spitäler 683. Sie sehen also deutlich wo die Schwerpunktbildung bei den Ausgaben ist.

Und beim Krankenhaus. Auch hier hat sich jetzt Ihr großer Vorsitzender sozusagen als letzte Reserve in die Krankenhausrisikose geworfen. Denn Sie wissen ja: Zuerst wurde die Frau Minister mit dem Krankenhaus nicht fertig, sie wurde beiseite geschoben. Dann wurde Ihr mächtiger Boß Sekanina berufen, einer Spitalskommission vorzusitzen, auch er wurde beiseite geschoben. Jetzt ist der große Vorsitzende persönlich in die Bresche gesprungen und wird versuchen, hier ein Konzept zu erstellen. Schon seine erste Bemerkung in der Öffentlichkeit, daß man die Führung der Spitäler Managern übertragen müßte, zeigt, daß er eigentlich von der ganzen Problematik nicht sehr berührt sein dürfte, denn er sollte ja längst wissen, daß etwa seit den sechziger Jahren die Führung, die Verwaltung der Krankenhäuser auf Grund der gesetzlichen Situation den Ärzten entzogen ist, und wie Sie ja wissen, haben wir überall Verwalter, die die Verwaltung der Krankenhäuser betreiben.

Nun, wie weit ist es mit der ärztlichen Verantwortung im Krankenhaus? Wir haben 65 Prozent Personalkosten, und ich darf mir hier erlauben, zu bemerken, 65 Prozent Personalkosten bei den steirischen Krankenanstalten sind ein ungemein günstiger Faktor, weil in Krankenanstalten anderer Bundesländer der Prozentsatz bei 70 bis 75, vereinzelt sogar bei 80 Prozent liegt. Von diesen 65 Prozent der Personalkosten entfallen ein Sechstel der Personalkosten auf den Arztbereich. Wenn jemand jetzt meint, man könnte, was ja vielleicht diesem und jenem einfallen könnte, die Primärarzthonorare zur Deckung des Defizits heranziehen, muß ich Sie enttäuschen, Sie werden damit das Defizit nicht beseitigen, denn nur 8,98 Prozent des Gebärungsabgangs könnte man damit decken. (Abg. Ileschitz: „Sie selbst waren der Fahnenträger für die Bekämpfung der Primari!“) Wenn ich ein Fahnenträger war, dann war ich ein Fahnenträger der Gerechtigkeit, aber nicht der Enteignung. (Abg. Ileschitz:

„Das gehört ja dazu!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Wie weit reicht der ärztliche Einfluß auf die Kostengestaltung des Krankenhauses? Ich habe mir die Mühe gemacht, jene Budgetposten zu berechnen — aus eigener Erfahrung —, auf die der Arzt selbst einen Einfluß hat: das ist der Medikamentensektor, der operative Sektor, das sind insgesamt 14,85 Prozent der Gesamtausgaben. Was darüber hinausgeht, entzieht sich völlig dem ärztlichen Einfluß. Also auch auf diesem Weg wird man kaum eine echte Einsparung im Krankenhaus bewirken können.

Nun, meine sehr Geehrten, was wäre eigentlich der Weg? Ich glaube, der erste Weg, den wir hier in der Steiermark treffen müßten, wäre, daß wir überholte Entscheidungs- und Organisationsstrukturen abbauen. Die steirischen Spitäler sind bis heute noch Teil der Hoheitsverwaltung, obwohl sie insgesamt ja ein Wirtschaftskörper sind. Vier Referate teilen sich im Krankenhaus, das ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian für den Sachbereich (Abg. Pözl: „Nicht mehr lang!“), der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart für den Personalbereich, der Herr Landesrat Dr. Krainer für den Baubereich und der Herr Landesrat Prof. Jungwirth für die fachliche Überwachung. (Landesrat Dr. Krainer: „Bei mir ist das ein Irrtum!“) Das Land Steiermark ist außerdem nicht nur Krankenhausträger, sondern zugleich Aufsichtsorgan, was sicherlich inkompatibel ist.

Es ergibt sich daher von selbst die Forderung, die ja auch im Modell Steiermark erhoben wurde, einen eigenen Wirtschaftskörper zu bilden. Wiewohl auch dies sicher kein Wundermittel par excellence ist. Es gab vor einiger Zeit eine Enquete in Deutschlandsberg, die manche neue Überlegungen geboten hat und manchem, was vielleicht bekannt war, mehr Gewicht verliehen hat, weil es aus ausländischem Mund gesprochen wurde.

Das Wichtigste erscheint mir hier, daß das Bauprogramm nicht von heute auf morgen, sondern über einen Zeitraum von 20 Jahren geplant werden soll. Daß Abteilungsgrößen den Normbereich von 120 Betten nicht überschreiten sollten, das zu wiederholen halte ich für besonders wichtig. Wenn also hier die Verkehrssituation als Argument angeführt würde, glaube ich, hier doch bemerken zu dürfen: Bei manchem Krankenhaus sollte man sich überlegen, ob der bessere Straßenbau nicht so manchen Krankenhausbau einsparen würde. Denn eine Fehlplanung in einer Krankenhauserrichtung — auch ich zitiere hier nochmal Deutschlandsberg — ist die teuerste Form der Krankenhausfinanzierung, weil ein Fehlbau, ein unnötiger Bau eine irreparable auf Jahrzehnte wirkende finanzielle Konsequenz auslöst. (Abg. Preamsberger: „Da werden die Deutschlandsberger eine Freude haben!“ — Abg. Aichhofer: „Uns wird ja nicht wehgetan!“)

Die Finanzierung ist sicher notwendig, was heute dem Krankenhaus fehlt, ist ja die ausreichende Finanzierung, aber sie ist keine Lösung für sich allein, sie ist die Grundlage einer Lösung, denn erst, wenn eine Gesellschaft sich entschieden hat,

wieviel Geld sie auszugeben bereit ist für die Gesundheit, wenn diese politische Entscheidung gefallen ist — und das ist eine politische Entscheidung, das ist eine Prioritätensetzung, wenn Sie wollen — dann weiß man, wie groß der Rahmen ist, mit dem man einen objektiven Bedarf decken kann.

Ich glaube, daß wir um eine große Entscheidung nicht herumkommen. Der Herr Abgeordnete Loidl hat heute Positionen bezogen, die für ihn vielleicht neu sind, für uns waren sie bitte nie neu, nämlich die Position, daß man sich entscheiden muß, wo sind die Grenzen der Risiken, die die Gemeinschaft decken soll. Kann sie allen alle Risiken decken, ich glaube, die derzeitige Entwicklung lehrt es, das kann sie nicht. Man müßte also die Minimalrisiken, sozusagen als Pegel nach unten und die Luxusversorgung als Pegel nach oben der freien persönlichen Vorsorge und der privaten Verantwortung überlassen und nur jene Risiken echt und mit vollem Umfang decken, die echt existenzbedrohend sind.

Denn dort, wo die private Initiative noch einen Lebensraum hat, dort gibt es die optimalsten Lösungsmodelle, und, meine sehr Geehrten, wir brauchen nicht nach Deutschland, wir brauchen auch nicht in die Schweiz gehen, wir können hier in der Steiermark bleiben, es gibt Krankenhäuser, die mit den gleichen Verpflegungssätzen nicht passiv sind, sondern sogar aktiv. Ich könnte Ihnen den Besuch des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Eggenberg empfehlen, damit Sie sehen, was es heißt, erstklassig ausgestattete Zimmer zu haben, was es heißt, daß auch so ein Krankenhaus eine Isotopenstation hat, EEG-Untersuchung und andere moderne Möglichkeiten, und dieses Krankenhaus gebart bitte aktiv, nicht einen Schilling Zuschuß empfängt dieses Krankenhaus. (Landesrat Bammer: „Der neue Primarius mußte dort ein Antrittsgeschenk mitbringen!“) Nein, Sie verwechseln das mit der Annenstraße, ich spreche von Eggenberg. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich weise es ja an!“)

Wenn Sie bitte diese Krankenhäuser nehmen, die laut Budget Zuschüsse vom Land bekommen, so kann ich Ihnen auch sagen, pro Bett gibt das Land den Privatkrankeanstalten einen Zuschuß von 24.956 Schilling, während die landeseigenen Betten einen Zuschuß pro Bett von 29.541 Schilling aufweisen. Sie sehen, daß dort, wo noch eine gewisse private Lebens- und Initiativefähigkeit vorhanden ist, es zu Lösungen kommt, die nicht nur wirtschaftlich sind, sondern trotzdem einen notwendigen medizinischen Standard aufrechterhalten.

Meine sehr Verehrten, eine Ära von 16 Jahren geht zu Ende. Der Herr Referent hat sicherlich eine große Portion Engagement und guten Willen mitgebracht, die Entwicklungszeit hat aber gezeigt: Das allein genügt nicht, Probleme zu lösen, ja mitunter werden neue Probleme erzeugt und hinterlassen. Ich nenne hier als Musterbeispiel das Landeskrankenhaus Graz. Das ist ein Negativbeispiel wie ein Krankenhaus ja nicht sein soll, nämlich überdimensioniert, unrationell und unökonomisch. Es genügt eben nicht, meine sehr Geehrten, allen

alles sein zu wollen, denn eines ist sicher, die Zeit der fetten Jahre, wo man aus dem Vollen schöpfen kann, dürfte dank der erfolgreichen Regierungspolitik der vergangenen Jahre endgültig vorbei sein. Jetzt ist die Zeit, wo Politiker sein heißt, entscheiden zu müssen, die Fähigkeit zu haben, auch nein sagen zu können und Prioritäten zu setzen, Fähigkeiten zu haben zu diskutieren, sich auseinanderzusetzen, auch mit jenen, die vielleicht kontroversieller Auffassung sind, und nicht der Versuchung zu unterliegen, sich in Alibikommissionen eigene vorgefaßte Meinungen bestätigen zu lassen, auch nicht der Versuchung zu unterliegen, hinter jeder Meinung eine Autorität, auch bereits eine objektive Beratung zu sehen, denn objektive Entscheidungen werden, das ist ein menschlicher Zug, dort nicht ungetrübt fallen, wo Eigeninteresse oder gar Monopoltendenzen vorherrschend sind.

Es ist schon heute gesagt worden, 20,3 Tage Aufenthalt durchschnittlich in der Steiermark, wir liegen in Österreich an der Spitze im Vergleich Tirol und Kärnten mit 13,9 Tagen (Präsident Ileschitz: „Wer schickt den Patienten nach Hause, Herr Präsident?“) Einer der Gründe ist, Herr Präsident, wenn ich Ihnen das sagen darf, zum Beispiel Landeskrankenhaus Graz, die Zentralisierungstendenz des Röntgens, die man gefördert hat und die letztlich darauf hinausläuft, daß Patienten tagelang warten müssen, bis sie untersucht werden. Nur das ist ein Beispiel, es gäbe auch eine Reihe anderer Beispiele, die zeigen, daß es die Organisationsfehler sind und nicht die Ärzte. Sie werden doch nicht behaupten, daß die steirischen Ärzte vielleicht schlechter sind, als die anderen österreichischen Ärzte, es sind Organisationsfehler im System.

Aber, meine sehr Geehrten, ich hoffe, wir alle werden eine Lösung finden, Patentrezepte von heute auf morgen gibt es nicht. Es ist vielleicht ein System vieler kleiner Schritte, die erst in der Summation eine Änderung und Verbesserung des Systems geben werden. Aber, eine Lösung kann nur Bestand haben und für den Patienten — und um den geht es — von Vorteil sein, wenn es eine Lösung ist, die von der Gemeinsamkeit aller getragen wird, die konstruktiv denken und die gut gesinnt sind, eine Gemeinsamkeit aller, die im Gesundheitswesen tätig sind, auch der Ärzte. Sie brauchen auch das Ja der Ärzte, damit dieses System funktioniert, aber Sie brauchen auch die Gemeinsamkeit aller, die politisch die Verantwortung zu tragen haben. Wenn wir diesen Vorsatz in den nächsten Jahren realisieren, werden wir auch, so grau und düster das Problem derzeit zu sein scheint, sicher eine gemeinsame Lösung finden. (Lebhafter Beifall bei der OVP.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kohlhammer.

Abg. Kohlhammer: Hohes Haus, sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Sie werden verstehen, daß mir gar nichts anderes übrig bleibt, als ganz kurz zum Krankenhaus Deutschlandsberg ein paar Worte zu sagen. Allerdings nur deshalb, weil ich mit einiger Verwunde-

rung doch festgestellt habe, daß hier noch einiges unklar zu sein scheint. Für mich stellt sich die Situation etwas anders.

Ich möchte diese Gelegenheit, nachdem ich schon hier stehe, eigentlich dazu benützen, mich aufrichtig bei unserem Referenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, aber auch bei der Landesregierung dafür zu bedanken, daß es verbindliche Zusagen gibt, daß in Deutschlandsberg gebaut wird. Verbindlich in der Form, daß hier ein Landtagsbeschluß vorliegt, auf Grund eines SPO-Antrages, verbindlich in der Form, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter in Deutschlandsberg am 28. Oktober in aller Öffentlichkeit erklärt hat, es wird gebaut, verbindlich nicht zuletzt, weil sich Herr Landeshauptmann Niederl einen Tag später auch in diese Richtung eindeutig bekannt hat, zumindest stand es so in der Zeitung. Ich sehe also keinen Grund, hier noch darum zu bitten.

Das Bauvolumen ist auch in einer Größenordnung, die es angeblich zuläßt, hier an eine Sonderfinanzierung zu denken und diese Frage, meine Damen und Herren, die Frage der Sonderfinanzierung, diese Frage ist für mich und wieder für meine Person bei unserem Landesfinanzreferenten bestens aufgehoben.

Ich bin ganz zuversichtlich, daß hier der nächstmögliche Termin für uns in Frage kommt, nachdem ich weiß, daß es doch sehr gezielte Verhandlungen in dieser Form gibt. Ich verstehe, daß mein Kollege einen Termin hören möchte, ich möchte das auch sehr gerne, aber für mich genügt vorerst, würde ich sagen, daß kein anderes Krankenhaus vor uns gereiht ist und daß wir immer in der Prioritätenliste neben Bruck genannt werden. (Abg. Dr. Schilcher: „Wo haben Sie die Liste her? Das ist nur nach dem Alphabet!“)

Hier darf ich auch sagen, daß sich unser Landesrat Bammer, der ja das Referat übernehmen wird, auch eindeutig dazu bekennt, und ich danke auch ihm schon im voraus dafür. (Heiterkeit. — Abg. Doktor Schilcher: „Das ist die kollektive Schnur!“ — Abg. Pözl: „Ihr habt es alle gehört, der Bammer hat es zugesagt!“)

Ich darf also in aller Öffentlichkeit sagen, daß ich natürlich zugebe, daß sich alle Kräfte, alle politischen Lager, um das Krankenhaus Deutschlandsberg bemüht haben, ich darf aber doch in Anspruch nehmen, daß dies besonders die Stadtgemeinde Deutschlandsberg getan hat, nachdem hier schon ein Grundstück zur Verfügung steht und auch im Flächenwidmungsplan dafür ausgewiesen ist. (Abg. Aichhofer: „Wir wollen kein politisches Süppchen, wir wollen nur ein Krankenhaus!“)

Vielleicht ganz zum Schluß noch, ich kann es mir nicht verkneifen. Trotzdem wir doch befürchten müssen, aus Erfahrung heraus, daß dort 250 OAA-Bler arbeiten werden, haben wir alles versucht, um dieses Krankenhaus zu bekommen. (Abg. Aichhofer: „Haben wir wenigstens ein paar Arbeitslose weniger!“) Falls es nicht stimmen sollte, würde ich mich gerne an dieser Stelle für diese Unterstellung entschuldigen. Ich glaube, alle übrigen Begründungen für das Krankenhaus erübrigen sich. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Warum bedanken Sie sich nicht beim

Landeshauptmann Wegart dafür?“) Für die OAA-B-Einstellungen sicher nicht, Herr Abgeordneter.

Für mich als Abgeordneter des Bezirkes Deutschlandsberg ist diese Frage eine klare Sache. Für die Frage des Zeitpunktes würde ich dringend empfehlen — und so wurde es auch diskutiert —, diesen Zeitpunkt des Beginns vor allem auch damit abzustimmen, wie die Bauwirtschaft im Bezirk Deutschlandsberg zur Zeit dann ausgelastet sein wird. Danke schön. (Beifall bei der SPO. — Abg. Ing. Turek: „Es wird davon abhängen, ob der Steuerzahler das Geld bringen wird!“ — Abg. Aichhofer: „Ihr Glaube in Gottes Ohr!“)

Zweiter Präsident Gross: Meine Damen und Herren, ich unterbreche nunmehr die Beratungen des Landtages bis morgen 8.30 Uhr früh.

Unterbrechung der Sitzung: 21 Uhr

Wiederaufnahme der Sitzung: 3. Dezember, 8.30 Uhr

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich erteile dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Sebastian das Schlußwort zur Gruppe 5.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nur einen Satz, der nicht zu meinem Ressort gehört. Der Herr Abgeordnete Dorfer hat bei der Generalrede des Herrn Abgeordneten Gratsch gemeint, daß Singapur der Sozialistischen Internationale angehöre. (Heiterkeit.) Ich möchte nur eine tatsächliche Berichtigung abgeben. Hier sind die Mitglieder, die Beobachter und die Assoziierten. Sie finden Singapur nicht. (Landesrat Dr. Krainer: „Nur Indien!“) Weil es Ihnen so viel Heiterkeit bereitet hat, muß ich Ihnen das sagen. (Abg. Pözl: „Diese Richtigstellung war wichtig!“)

Meine Damen und Herren, aber nun zur Frage des Gesundheitswesens. Es ist, wie ich es in den letzten Jahren schon gesagt habe, im zunehmenden Maße so, daß die Frage der Gesundheitspolitik immer mehr in den Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung gerückt ist und rückt. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen. Jetzt noch mehr, weil es darum geht, wie die Mittel aufgefunden gemacht werden können, die erforderlich sind, um das moderne, den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechende Instrumentarium anzukaufen und den Patienten zugute kommen zu lassen.

Ich habe wiederholt hier von dieser Stelle aus, auch das letzte Jahr, darauf hingewiesen, daß die Experten der Weltgesundheitsorganisation vorausgesagt haben, wenn man alles das, was an Erkenntnissen herankommt und was notwendig wäre zu tun, tatsächlich berücksichtigt, man den Zuwachs des Nationalproduktes nur mehr für das Gesundheitswesen ausgeben müßte. Jetzt ist es also so,

daß man sagt, endlich hätte man den Zustand erreicht, wo man über die Frage reden könne, ohne daß ein Sakrileg gebrochen würde, ohne daß man gegen ein Tabu anrennt, ohne daß man gleich asozial genannt würde, wenn man über diese Dinge redet.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole mich, wenn ich sage, mit der Gesundheit geht es uns so wie mit der Freiheit, daß sie uns immer nur dann ins Bewußtsein rückt, wenn wir sie nicht besitzen. Die Einstellung zu dieser Frage — der Herr Abgeordnete Loidl hat schon vom höchsten Gut das wir besitzen, gesprochen — zeigt sich schon daran, daß man bei diesem Ressort vom Abgang, vom Defizit und so weiter spricht. Wir haben also ungefähr 500 Millionen Schilling Abgang. Das sind genau 5 Kilometer Autobahn. Niemand redet davon, wenn 5 Kilometer Autobahn gebaut werden oder nicht, aber bei dem höchsten Gut, über das wir verfügen, reden wir vom Abgang und vom Defizit. Das ist eine Frage der Einstellung zum Gesundheitswesen schlechthin.

Meine Damen und Herren, und trotzdem sage ich, daß es die Frage, was darf ein Menschenleben kosten, nicht geben kann und nicht geben darf, und daß es auch das nie mehr geben darf, daß es heißen muß: „Weil du arm bist, mußt du sterben. (Unverständliche Zwischenrufe.)“

Da komme ich gleich, meine Damen und Herren, zu der Problematik, die aus folgendem ersichtlich ist: Wenn ich von dem enormen Ansteigen der Kosten spreche — ich bringe nur ein paar Beispiele —, so nehme ich an, wird niemand bestreiten, daß man das machen sollte. Das ist es. Nicht die Dinge, die man dort und da sicherlich noch bessern und einsparen kann, sondern die explosionsartige Entwicklung in folgenden Dingen wird zu bewältigen sein:

Eine Herzoperation, meine Damen und Herren, kostet mit Herzklappe und Schrittmacher, ohne ein Operationsteam von 10 bis 12 Leuten, bei einer Operationszeit von 3 bis 6 Stunden, 50.000 bis 60.000 Schilling. Das ist nur das Zurverfügungstellen. Ich rede noch gar nicht von den vielen Geräten, Apparaten, Instrumenten, die überhaupt dazu erforderlich sind, von dem Ingenieur, der diese Geräte und Apparate überwacht.

Es gibt im Jahr durchschnittlich 15 Tetanus-Fälle. Bei einer Behandlungsdauer von 6 Wochen beträgt der Medikamentenverbrauch, meine Damen und Herren, je 700.000 Schilling. Das sind im Jahr 10,5 Millionen Schilling. Nun sollte mir jemand sagen: „Das machen wir nicht.“

Auf einer Intensivpflegestation — wir haben im Jahr ungefähr 280 Patienten, davon 140 Beatmungsfälle — kostet der Patient im Schnitt 150.000 Schilling, das sind im Jahr 42 Millionen Schilling. Auf der Herzwachstation: im Durchschnitt 5 Tage Liegedauer, 250 Patienten, á 50.000 Schilling, das sind insgesamt 12,5 Millionen Schilling.

Wenn ich noch darauf hinweise, daß wir für jene, die die Herzoperation schon hatten, denen aber immer wieder im Ablauf von bestimmten Zeiträumen Schrittmacher, also die Batterie, implantiert werden müssen, durchschnittlich also 30.000 Schilling rechnen

müssen, so sind das bei 150 Patienten im Jahr weitere 4,5 Millionen Schilling.

Warum sage ich das, meine Damen und Herren. Das ist es, was niemand bestreitet, daß es, weil es eben die moderne Technik und Wissenschaft ermöglicht, gemacht werden muß. Vor diese Situation sind wir gestellt, und hier haben Sie diese enorme Kostenexplosion.

Ich sage Ihnen noch etwas, meine Damen und Herren. Ich bin sehr dankbar und freue mich darüber, daß sich alle miteingeschaltet haben, beginnend beim Bundespräsidenten über die Bundesregierung und die Landesregierungen und die Medien; jetzt etwas zu tun, daß auch aus dem Privatsäckel sozusagen und aus anderen Quellen Mittel erschlossen werden für die Scanner.

Ich habe aber Sorge, meine Damen und Herren, daß nicht von jedem gesagt oder den zuständigen Ärzten gesagt wird, daß man das nicht so populär und allgemein machen darf, daß die Menschen nun das Gefühl haben, jetzt ist ein Apparat erfunden, da lege wir uns drauf wie bei einer Autowaschmaschine, fahren durch und wir wissen, was uns fehlt. Ein großer Irrtum, aber das wird leider dabei nicht gesagt. Es wird sicherlich in vielen Fällen möglich sein, die jetzt sehr schmerzhaft und sehr kostenaufwendig waren und die sehr lange gedauert haben, wenn ich an die Angiographie, an die Schädelfüllung und so weiter denke, den Menschen Erleichterungen zu bringen.

Aber nicht nur der Ankauf, meine Damen und Herren, sondern dann die weitere Inbetriebhaltung ist es, die ja dann die Dauerkosten verursachen wird, und ich habe Sorge, wenn man immer vom Sparen redet und dann glaubt, daß in jedem Land jetzt so ein Scanner aufgestellt werden könne und daß damit schon alles erledigt sei.

Ich sage noch einmal, ich möchte nicht mißverstanden werden, ich bin glücklich, daß diese Initiativen da sind, daß Mittel flüssiggestellt werden, nicht nur von der öffentlichen Hand oder von der Gebietskrankenkasse. Aber damit ist das Problem nicht gelöst.

Ich darf noch folgendes sagen: Die Steiermärkische Landesregierung hat sich — so schnell wandelt sich die Situation — nachdem es im Februar von Experten und Fachleuten geheißsen hat, der Ganzkörperscanner sei noch nicht ausgereift und entspreche nicht — ich besitze das schriftlich — für die zweite Generation des Schädelscanners mit dem Einbau eines Mediums, das den Patienten nicht schockt und schockiert — ausgesprochen. Der Schädelscanner wurde damals sozusagen als A und O hingestellt. Ein halbes Jahr später, meine Damen und Herren, ist es also, vermutlich aufbauend auf den Erkenntnissen des Schädelscanners, gelungen den Ganzkörperscanner auszureifen, und jetzt ist das die große Sache. Wir werden auch einen solchen Scanner bekommen, das hat mir der Herr Präsident der Krebsgesellschaft, Hinteregger, schon anläßlich der Grazer Messe gesagt. Die Krebsgesellschaft wird uns einen solchen Scanner zur Verfügung stellen, und ich möchte hier an dieser Stelle der Krebsgesellschaft und dem steirischen Obmann, dem Präsidenten dieser Krebsgesellschaft, Herrn Prof.

Moser, nicht nur für diese Sache, sondern für ihre gesamte aktive Tätigkeit, insbesondere was sie für die Vorsorgemedizin getan hat, meinen Dank sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich darf gleich hier etwas zu dem, was der Herr Primarius Dr. Stepantschitz gesprochen hat, einfügen: zum Zentralröntgeninstitut. Ich habe Ihnen, Herr Primarius, und dem Herrn Landeshauptmann von meinen Verhandlungen und Gesprächen mit Herrn Professor Vogler im Zentralröntgeninstitut berichtet, weil dort die Probleme außerordentlich schwierig sind. Ich bin der Meinung, man sollte betriebswirtschaftlich rechnen, und ich habe das schon als der Schädelscanner angekauft wurde gesagt, daß man zumindest mit diesem Gerät — und wenn jetzt noch ein Gerät kommt —, mit dem Ganzkörperscanner, ganztätig fahren müsse. Ich habe auch gesagt, daß ich aber überhaupt der Auffassung bin, daß man, um das beklagte und die Patienten belastende Warten wegzubringen, zweischichtig fahren muß. Aber, meine Damen und Herren, das heißt, doppelte Besetzung, das ist eine Frage, die wir errechnen lassen wollen von dem Wirtschaftsinstitut der Hochschule. (Abg. Stepantschitz: „Dreischichtig!“) Bitte, ich streite hier nicht, kann sein dreischichtig, wir wollen das untersuchen lassen, es wird sich zeigen. Aber, meine Damen und Herren, dreischichtig fahren heißt, Kollege Wegart, dreifaches Personal. Das ist ein einfaches Rechenexempel. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Kein Schreibtisch!“)

Meine Damen und Herren, darf ich nun folgendes sagen. Das Krankenhausetat macht für das Jahr 1977 zumindest im Präliminare rund 2,4 Milliarden Schilling aus. Ich zeichne hier verantwortlich für 956 Millionen Schilling. Ich unterstelle dem Kollegen Wegart nicht, daß dieses exorbitante Ansteigen auf dem Personalsektor — das ja viel höher war als auf dem Verwaltungssektor — böswillig ist. Er hat es ja selbst dargelegt, wir wissen, worin das begründet ist, ich stelle aber daneben mit aller Deutlichkeit fest, daß ich auf 1,5 Milliarden Schilling keinen Einfluß habe, weil ich nicht einmal die so oft zitierte Putzfrau unterbringe, wenn es darum geht, irgendein Personal hier einzustellen. Es gäbe Möglichkeiten, auch dort noch zu sparen, daß ist außer Zweifel, und ich bin gerne bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Die Regierung wird sich demnächst mit dieser Frage auch zu befassen haben.

Ich muß noch etwas sagen, meine Damen und Herren, für das Jahr 1975 haben wir einen Abgang von 510 Millionen Schilling, das sind die fiktiven Verpflegskosten. Weil ich von den fiktiven Verpflegskosten rede, darf ich also gleich darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß nicht von uns sondern von der Verbindungsstelle der Bundesländer festgestellt wurde — der Herr Primarius Piaty hat es gesagt, ich glaube, Herrn Primarius Stepantschitz ist es auch bekannt —, daß wir in der Steiermark die billigsten Pflegegebühren und fiktiven Kosten pro Tag und Patienten haben.

Ich habe das immer gesagt, Sie haben es jetzt schwarz auf weiß, ich werde bei den Kostenstellen noch darauf zu sprechen kommen. Es ist so, daß es kein Bundesland gibt, das mit 383,23 Schilling für

den fiktiven Pflege tag, das heißt, wo die Pensionen ausgeschaltet sind — die darf man nicht anrechnen und umlegen auf die Krankenkasse, wobei das, was wir verhauen, ausgeschieden werden muß —, auskommt. Ja, ich darf Ihnen sagen, ich hatte die Gelegenheit, beim Empfang des Herrn Bundespräsidenten mit dem Herrn Landeshauptmann von Salzburg, Lechner, zu reden, der jetzt die Krankenhäuser führt. Er hat gesagt: „Hören Sie, ich weiß nicht, was ich machen soll, wenn ich bei Salzburg schaue, wir stehen an der fünften Stelle mit 495 Schilling pro Tag.“

Nun bitte bedenken Sie noch, daß wir aber immerhin 11 Kliniken in der Steiermark haben und diese 11 Kliniken bei den Pflegekostengebühren miteingerechnet sind.

Meine Damen und Herren, und da muß ich sagen, man kann jetzt einwenden, das Management sei schlecht und weiß ich was alles. So schlecht ist es nicht, und ich möchte hier dankbar vermerken, daß sich unsere Verwalter sehr gut bewähren, daß sie anhand der Unterlagen und der Kennziffern, die wir hinausgeben, arbeiten. Nichts ist so gut, daß es nicht noch verbessert werden könnte. Aber wenn da so viel von Management geredet wird, meine Damen und Herren, Wien hat es versucht, für unter 70.000 bis 80.000 Schilling bekommen sie niemand in das Management. Die Herren Verwalter arbeiten aber in der Verwendungsgruppe B und mit einem einzigen und jetzt mit einem zweiten in A. Auch das sollte man sagen.

Diese so gut durchdachten, rationalisierten, auf Einsparung bedachten Maßnahmen haben dazu geführt, meine Damen und Herren, daß in der Steiermark pro Tag und Kopf folgende Belastung auf die Menschen kommt: im Jahre 1973: 1,14 Schilling, präliminiert, nach dem Rechnungsabschluß 89 Groschen, 1974: präliminiert 1,19 Schilling, nach dem Rechnungsabschluß 1,09 Schilling, 1975: präliminiert 1,50 Schilling, nach dem Rechnungsabschluß 1,25 Schilling, 1976: präliminiert 1,56 Schilling und 1977: präliminiert 1,68 Schilling pro Einwohner für das Gesundheitswesen. (Abg. Pölzl: „Voriges Jahr haben Sie noch die Zigarettenpreise angeführt!“) Meine Damen und Herren, wenn Sie wollen, ich kann Ihnen das auch noch pro Kopf und Jahr sagen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Der Herr Tausendkünstler soll einmal zeigen, wie er es macht!“)

Das ist eine Summe, die es vertretbar macht, meine Damen und Herren, wenn man sich dazu bekennt, alle Dinge, die notwendig sind und natürlich nur einmal und nicht überall einzusetzen, daß man dann an die Bevölkerung herantreten und sagen kann, daß eben das eine oder andere gemacht werden muß, um zu diesen Leistungen weiterhin befähigt zu sein. (Abg. Dr. Piaty: „Sind diese Ziffern mit Investitionen oder ohne?“) Die sind immer die fiktiven nach § 27 und § 28 des Krankenanstaltengesetzes (Abg. Ing. Turek: „Ohne Investitionen!“), weil der außerordentliche Haushalt sowieso ausgeschaltet ist, die Pensionen nicht umgelegt werden dürfen und es dem Erhalter anheim gestellt ist, ob er irgend etwas verbessert, ausbaut oder sonst etwas. So wie es das Gesetz vorschreibt, um sie zu errechnen. Ich habe schon im Finanz-Ausschuß ge-

sagt, daß unsere Ziffern voraussichtlich als die Kennziffern für künftige Krankenhäuser, also für überall und für die Zuschüsse verwertet werden, wobei sich viele wehren, weil sie sagen, sie seien zu niedrig. Wir haben den Beweis erbracht, daß es geht.

Ich darf, meine Damen und Herren, weil es ja nicht uninteressant ist, auf das Inselehospital in Bern verweisen. Ich habe es schon bei einigen Gelegenheiten gesagt, die OVP hat auch eine Enquete gemacht mit Vertretern des Inseleospitals in Bern. Schauen Sie, wir haben uns ja auch ein bißchen umgeschaut in der Welt und könnten nicht die Dinge so machen, wenn wir das nicht getan hätten. Das Inselehospital hat bei 1058 Betten, meine Damen und Herren, 60 Millionen Franken, das heißt zirka 420 Millionen Schilling Abgang. (Abg. Dr. Schilcher: „Herr Landeshauptmann, aber da ist der Investitions- und Zinsendienst drinnen!“) Ich habe alles hier, Herr Kollege, ich habe alles hier. (Abg. Doktor Stepantschitz: „Das ist eine reine Universitätsklinik mit Forschung!“) Das ist keine reine Universitätsklinik. Ich möchte die Zeit nicht ungebührlich in Anspruch nehmen, Herr Primarius Stepantschitz. Ich habe hier sämtliche Indikationen, die es in diesem Krankenhaus gibt. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Eine Universitätsklinik?“)

Mir geht es darum, folgendes darzulegen: Wenn die Frage weltweit akut ist, wenn unbestrittenmaßen wir am besten und billigsten unsere Krankenhäuser führen, möchte ich doch festhalten, daß wir im Jahre 1974 einen gleich hohen Abgang gehabt haben, mit unseren elf Kliniken und 9500 Betten, wie dieses Krankenhaus mit 1000 Betten, auch wenn es eine reine Klinik ist. (Abg. Pözl: „Ist es jetzt eine Universitätsklinik oder nicht?“ — Abg. Dr. Schilcher: „Das ist eine Milchmädchenrechnung! Das stimmt ja nicht!“)

Wir hatten, meine Damen und Herren, 1976 eine kostendeckende Pflegegebühr von 658 Schilling, das Inselehospital in Bern, nach denselben Kriterien errechnet, von 1610 Schilling. Und, meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen noch sagen darf, wenn wir das hochrechnen würden auf unsere Betten, dann wäre unser Abgang 3,8 Milliarden Schilling. (Abg. Dr. Piaty: „Die haben auch mehr Einnahmen!“)

Die Pflegegebührensätze im Inselehospital betragen Selbstkosten 229,85 Franken, das sind 1610 Schilling. (Abg. Dr. Piaty: „Das zahlen die Krankenkassen!“) Nein, das zahlen sie nicht, schauen Sie, ich habe es ja hier.

Aber, meine Damen und Herren, die neue Klinik in Aachen, das als das Krankenhaus Europas angekündigt wurde, verlangt nach der letzten Meldung 630 DM pro Tag und Patienten.

Es hat gestern auch eine enorme Rolle gespielt, und ich habe das außerordentlich bedauert, weil nicht nur der Herr Landeshauptmann gemeint hat, man müßte einen Abgeordneten hier zur Ordnung rufen, oder ihm die Frage stellen, wie er dazu käme, das zu sagen. Der Herr Abgeordnete Piaty hat gemeint, er kenne die Leute, die solche Unterlagen zur Verfügung stellen — ich müßte den Ausdruck, den Sie gesagt haben, heraussuchen — Sie haben wortwörtlich gesagt: „Sie haben schlechte Informanten!“ (Abg. Pözl: „Es kann auch ein guter

Informant schlecht sein!“) Wenn Sie ein bißchen geduldiger wären, würden Ihre Zwischenrufe trefender sein. Wenn ein Abgeordneter hier spricht, darf er alles sagen, was er glaubt, vor dem Anstand und seinem Gewissen verantworten zu können. (Abg. Dr. Eberdorfer: „Aber nichts persönliches!“ — Landesrat Peltzmann: „Und ein Regierungsmitglied darf das auch?“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Aber es ist unbestritten und ihm unbenommen, sich auf den Kontrollbericht zu beziehen, den die Kontrollabteilung, die dem Landeshauptmann untersteht, im Juni vorgelegt hat und der am 19. Oktober im Kontrollausschuß behandelt wurde. Das waren die Ziffern, die der Herr Abgeordnete Loidl hier gebracht hat. (Abg. Ingenieur Stoisser: „Nur muß er wissen, wie er sie interpretiert!“) Und der Herr Abgeordnete Loidl hat, meine Damen und Herren, wenn Sie besser zugehört hätten, noch gesagt: „Ich unterstelle dem Herrn Doktor Piaty nichts, sondern ich nehme an, er kann nicht anders.“ Das hat er gesagt.

Ich sage jetzt etwas anderes, meine Damen und Herren. Ich sage das, was im vorigen Jahr zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Frau Abgeordneten geführt hat, weil ich immer den Standpunkt vertreten habe, daß ihre Auffassung falsch ist, daß der, der da oben steht, verordnen könne, und sagen könne, was der Arzt tun darf oder nicht. Sie haben zwar gestern Beifall geklatscht, als der Herr Abgeordnete Piaty gesagt hat, er läßt sich nicht vorschreiben, was er für seinen Patienten braucht.

Genau das, was ich voriges Jahr immer gesagt habe (Unverständliche Zwischenrufe.), es ist der Verwaltung unmöglich, meine Damen und Herren, in das Verhältnis Arzt — Patient einzugreifen, weil der Arzt die Verantwortung hierfür trägt. (Abg. Ing. Stoisser: „Es hat auch der Präsident Piaty festgestellt, wieviel davon auf die Ärzte kommt!“) Sie haben keine Geduld, ich habe Fürstenfeld in der Hand. (Abg. Pözl: „Das wissen wir!“ — Abg. Dr. Schilcher: „Haben Sie jetzt Fürstenfeld in der Hand oder nicht?“) Ich schätze mich glücklich, wenn Sie der Auffassung sind, daß ich es in der Hand habe, dem Kontrollamt zu sagen, was es schreiben soll oder nicht. Jedenfalls, ich habe es nicht in der Hand. (Abg. Schrammel: „Das wird er nie in der Hand haben!“) Es untersteht mir nicht. Ich hoffe, daß Sie, Herr Abgeordneter Schrammel, zumindest so fair sind und den Beamten der Kontrollabteilung nicht unterstellen, daß sie etwas schreiben oder berichten, was nicht stimmt. (Abg. Marczik: „Das hat ja niemand gesagt!“ — Abg. Ing. Stoisser: „Das tun wir ja auch nicht!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Ich hoffe, daß Sie das nicht tun.

Meine Damen und Herren, ich habe es schon gesagt, und ich stelle es noch einmal in den Raum: Über die Verpflichtung des Arztes kann nur der Arzt entscheiden, man kann ihm nichts vorschreiben. Ich unterstelle auch nicht dem Herrn Abgeordneten Piaty, daß er nicht willens ist, die Einschränkungen durchzuführen, von denen er hier immer redet, und, da er sich doch mit Ihrer Auffassung vom Spitalwesen identifiziert, zumindest bemüht ist, annähernd dorthin zu kommen, was Sie mir als gute Ratschläge erteilen.

Wir haben, und der Herr Abgeordnete Piaty hat es selbst gestern gemeint, zu viele Krankenbetten, da gibt es Industriestaaten, die einen viel schlechteren Schlüssel haben als wir. Wir haben unserem Krankenanstaltenplan 14 Tage Aufenthalt zugrundegelegt, das Deutsche Krankenhausinstitut hat gemeint zwölf Tage, wir sind nun auf 14 Tage eingegangen, weil wir gesagt haben, wir sind jetzt noch so weit weg, daß zwölf überhaupt unrealistisch wäre.

Wir müssen, um das in den Griff zu bekommen, meine Damen und Herren, Kennziffern ausarbeiten, nicht vorschreiben, was der Arzt verlangt, aber Kennziffern, bei gleichen Anstalten mit gleichen Betten, mit gleichen Indikationen, um zu kontrollieren. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das hätten wir ja schon machen können!“)

Der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger meinte immer zur Budgetwahrheit: „Wie viele Betten sind eigentlich präliminiert, gibt es dann wieder mehr als im Voranschlag drinnen stehen?“ Sie fragten mich auch das letzte Mal, alles das muß man ja wissen und beantworten können.

Ich sage noch einmal, es ist in der Verantwortung des Arztes gelegen. Ich unterstelle dem Herrn Primarius Abgeordneten Piaty nichts anderes, als daß er in Verfolgung seiner Pflicht als Arzt gehandelt hat. (Abg. Dr. Piaty: „Sie entschuldigen sich zu häufig, als daß das glaubwürdig wäre!“) Nein, nein. Nur damit Sie die Ziffern nicht hören und die wieder untergehen.

Im Jahre 1969 hatten wir im Voranschlag 65.700 Verpflegstage im Krankenhaus Fürstenfeld vorgesehen. Das betrifft nicht Sie alleine, es ist das gesamte Krankenhaus. Tatsächliche Pflegetage waren 77.000, das heißt um 11.000 mehr. Im Jahre 1970 sind wir dann hinaufgegangen um 2000 auf 67.000 Verpflegstage, tatsächlich waren es 81.000, um 14.000 mehr. 1971 haben wir dann erhöht um — wie das so schön gesagt wird, die Budgetwahrheit einzuhalten — auf 69.300 Verpflegstage. Tatsächlich waren es 87.000, um weitere 17.000 Verpflegstage mehr. 1972 sind wir dann schon von 65.000 auf 73.000 gegangen, tatsächlich waren es 87.000, das ist wiederum eine Steigerung um 13.000. 1973 sind wir dann auf 74.000 gegangen, tatsächlich 85.000, wieder eine Steigerung um 10.000 (Abg. Pözl: „Sie müssen andere Patienten dorthin schicken!“) Ich dachte, Ihnen interessiert die Entwicklung der Krankenhäuser. (Abg. Gerhard Heidinger: „Nein, die interessiert sie nicht!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sind Zwischenrufe verboten? Seit wann dürfen Abgeordnete bei einem Regierungsmitglied keine Zwischenrufe machen?“ — Abg. Ing. Turek: „Majestätsbeleidigung!“) 1974 haben wir dann endgültig 76.650 präliminiert und es hat wieder ein Plus gegeben von 6521.

Meine Damen und Herren, wenn es unser Ziel sein soll und muß, die Spitalshäufigkeit zu senken, was Sie immer empfohlen, dann ist das ein Beweis dafür, daß es nicht möglich ist, denn ich nehme an, daß die Ärzte in ihrer Verantwortung im Krankenhaus Fürstenfeld eben nicht anders handeln konnten, daß es unabwiesbare Fälle waren, die aufgenommen wurden. (Abg. Ing. Stoisser: „Wie ist das bei anderen Krankenhäusern? Fürstenfeld herauszu-

greifen ist ein Klassenkampf!“ — Abg. Pözl: „Sie nehmen Fürstenfeld, weil Sie dort die besten Persönlichkeiten haben!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Man muß ja nicht die besten herausnehmen!“ — Abg. Loidl: „Das Schlechteste von 16!“)

Meine Damen und Herren, ein Zweites geht daraus hervor, daß es nämlich in dieser Zeitspanne gelungen ist, die Verweildauer vom Jahre 1970 von 22,73 Tagen auf 18,9 Tage zu senken. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sagen Sie jetzt, wofür das der Beweis ist, wenn Sie früher sagten, der Piaty ist ein unfähiger Arzt! Auf die Art will man ihn mundtot machen!“ — Abg. Nigl: „Der Herr Landeshauptmann Sebastian hat gesagt, er hat Fürstenfeld in der Hand, dann wird er wohl etwas zusammenbringen. — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) Ich bitte, Herr Präsident, ich lege Wert darauf, wenn festgestellt wird, daß ich nicht gesagt habe, daß der Herr Primarius Piaty ein unfähiger Arzt ist, sondern daß ich gesagt habe, daß er und seine Mitarbeiter in ärztlicher Verantwortung handeln und es nicht anders tun können. Das war meine Formulierung, Herr Abgeordneter Fuchs, daß Sie da ja nicht verlangen, daß etwas anderes im Protokoll steht.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß also bei dem Senken der Verweildauer von 22,73 Tagen auf 18,19 eintritt, was wir immer wieder sagen: Selbst wenn wir die Verweildauer senken, wird das Bett sofort wieder belegt. Und es gelingt das nicht, was wir an sich alle wollen und möchten, daß, wenn wir die Verweildauer verkürzen, dann das Bett auch tatsächlich frei wird.

Und auch wenn Sie jetzt darüber böse sind, ich sage es noch einmal: Nicht ich habe das Krankenhaus Fürstenfeld herausgesucht, meine Damen und Herren, Sie, die im Kontroll-Ausschuß sitzen, müßten es ja wissen, daß das von der Kontrollabteilung gemacht wurde, daß zwei Krankenhäuser herausgestellt wurden. (OVP: „Reiner Zufall!“ — Abg. Nigl: „Der Loidl hat Fürstenfeld herausgesucht!“ — Abg. Schrammel: „Es ist bedauerlich, daß ein Krankenhaus schlecht gemacht wird vom Krankenhausreferenten!“) Schauen Sie, Herr Kollege, man tut sich halt schwer mit einem Menschen, der die Dinge nicht hören will. (Abg. Schrammel: „Entschuldigen Sie, Herr Landeshauptmann, das ist keine politische Frage. Wir lassen in Fürstenfeld nichts gegen unser Krankenhaus und gegen unsere Ärzte kommen!“)

Die Kontrollabteilung, die dem Herr Landeshauptmann untersteht, hat es für notwendig erachtet, das Krankenhaus Knittelfeld und das Krankenhaus Fürstenfeld gesondert auf der letzten Seite auszuweisen. Und das habe ich hier gemacht, mit der nochmaligen Feststellung, daß das in der Verantwortung der Ärzte liegt und deshalb ein Arzt nicht schlecht ist, sondern daß er nicht anders handeln kann. (Unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Schrammel: „Man kann alles schlecht machen wenn man will. Wir haben ähnliche Dinge vor Jahren erlebt!“ — Abg. Dr. Schilcher: „Seit wann werden Kontrollberichte hier diskutiert?“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen nur sagen, alle Abgeordneten, die im Kontroll-Ausschuß sitzen, kennen das, weil es am 19. Oktober im Kon-

troll-Ausschuß behandelt wurde. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Und ist das öffentlich zugänglich?“ — Abg. Schrammel: „In dieser Art lassen wir es uns nicht gefallen!“ Ich habe keinen Einfluß darauf.)

Herr Abgeordneter Schilcher, ich habe keinen Einfluß darauf, was die Kontrollabteilung tut. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ihr könnt ihn hinunterreißen, und er darf sich nicht verteidigen! Die Wahrheit schmerzt!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten. — Abg. Ileschitz: „Demagogie!“ — OVP: „Freiheit!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das ist eine Einschüchterung, damit ein Abgeordneter nichts mehr reden soll!“ — Abg. Ileschitz: „Es kommt immer darauf an, was er redet!“ — Abg. Ing. Stoisser: „Sie reden ja an der Sache vorbei!“ — Abg. Aichhofer: „Wie schaut es bei den Krankenhäusern aus, die hinter der 7. Stelle liegen?“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das ist Wadlbeißerei!“) Ich freue mich, meine Damen und Herren, feststellen zu können, daß etwas, was von einem objektiven Amt berichtet wird, so Ihren Unwillen erregt. (Abg. Schrammel: „Sie wollen ja nur unser Krankenhaus schlecht machen, Herr Landeshauptmann, und zwar mit solchen an den Haaren herbeigezogenen Argumenten! Das ist eines Regierungsmitgliedes unwürdig!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Schrammel: „Das ist Ihre Grenzlandförderung!“ — Abg. Brandl: „Das ist unnötiger Kraftverlust!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Nun, meine Damen und Herren, zum Sachaufwand im allgemeinen: Der Herr Abgeordnete Turek hat in seiner Generalrede gefragt: „Wie sieht es in unseren Krankenhäusern überhaupt aus?“ Daraufhin hat der Herr Abgeordnete Pölzl gemeint: „Na ja, verlottert.“ Bitte schön, das ist Ihre Auffassung. (Abg. Pölzl: „Nach Ihren Ausführungen über Fürstenfeld. Schlechter kann ein Spital gar nicht sein als Sie es schuldern!“) Die Auffassung anderer geht wiederum daraus hervor, daß wir mit unseren Spitälern und Einrichtungen lobend hervorgehoben werden. (Abg. Ing. Turek: „Meine Frage war ehrlich gemeint!“) Ich zweifle nicht daran, ich stelle nur fest. Die Antwort hat Ihnen der Herr Abgeordnete Pölzl gegeben, nicht ich. (Abg. Dr. Eichinger: „Aber das, was wir heute hören, ist Wadlbeißerei von oben!“ — Abg. Schrammel: „Ein positives Wort zu Fürstenfeld wäre jetzt auch zu sagen! Das wäre eine Verpflichtung für den Referenten, der es verstanden hat, eine halbe Stunde negativ zu reden!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Was ist also mit dem Spitalsplan? Was ist mit dem Krankenanstaltengesetz, was ist mit der Prioritätenliste? Alles das wurde in Deutschlandsberg behandelt. Da hat der Herr Landeshauptmann gemeint: „Wir werden jetzt nicht mehr zuschauen, jetzt werden wir aktiv werden und werden das in die Hand nehmen.“ (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Wir ist die Landesregierung!“) Na, da haben Sie die OVP in diesem Fall gemeint. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Dürfen wir etwas mitreden?“) Ja, Sie schon. (Landesrat Peltzmann: „Wir hätten das Referat eh übernommen!“ — Landeshauptmann Doktor Niederl: „Wir haben Ihnen angeboten, daß Sie es uns geben!“) Mit Witzen. (Landeshauptmann

Dr. Niederl: „Entschuldigen Sie, das ist doch kein Witz!“)

Herr Landeshauptmann, das Gesetz ist am 24. April dieses Jahres dem Landtag zugewiesen worden und es liegt am Vorsitzenden des Ausschusses, das Gesetz zu behandeln, und nicht an mir. Also kein Säumigwerden, sondern das Gesetz ist am 24. April zugewiesen worden. (Beifall bei der OVP. — Abg. Dr. Maitz: „Wo ist der Spitalsplan?“) Noch dazu hat der Herr Abgeordnete Piaty gemeint: „Der wird sich anschauen, das Gesetz wird er nicht mehr kennen, wenn es fertig ist.“ Na bitte, ich bin neugierig. (Abg. Jamnegg: „Wo bleibt die große Übersicht, Herr Landeshauptmann?“)

Sie meinten also: „Was ist mit dem Spitalsplan?“ Der Spitalsplan ist von der Kommission beschlossen worden, und zwar der Versorgungsraum Nord 1974 und der Versorgungsraum Süd 1975. Die Landesregierung hat ihn ebenfalls beschlossen. Sie hatten keine Änderungswünsche im Ausschuß und dann gemeint, er ist als Zwischenbericht anzusehen, weil die Langzeitkranken und die Geriatrischen nicht drinnen sind. Ich habe Ihnen damals gesagt: Am 11. November 1976 hat der Spitalerhalterverband das erste Mal den Teil B behandelt, das sind also die Langzeitkranken und die geriatrisch Kranken. Wenn diese Unterlagen da sind, wird auch das vorgelegt. (Abg. Jamnegg: „Aber das kann man nicht trennen, das ist doch ein Paket!“) Also auch hier gibt es keine Frage.

Meine Damen und Herren, wobei ich hier sagen möchte, schauen Sie, das Problem der Alten werden wir auch nicht mit noch so vielen Betten für geriatrisch Kranke lösen. Das ist ja ein soziologisches Problem. (OVP: „Zoristisches!“) Es ist ohnedies in der Gruppe 4 immer wiederholt behandelt worden, daß es hier eine Reihe von Problemen gibt, die da hineinspielen.

Nun das Letzte, die Frage der Prioritäten: Hier muß ich folgendes sagen, meine Damen und Herren: Ich habe ein Zehnjahresprogramm vorgelegt von 1966 bis 1976. Es ist nicht erfüllt worden, weil anstatt der 110 und 120 Millionen, da wäre, Herr Abgeordneter Eberdorfer, Rottenmann schon viel weiter, nur 70 Millionen zur Verfügung gestellt wurden. (Abg. Jamnegg: „Bis wann wollen Sie denn vorlegen?“) Ich habe hier eine Aufstellung (zeigt eine Graphik), wie die außerordentlichen Kapitel finanziert werden. Wenn Sie da sehen, daß ich im Jahre 1972 noch 133 Millionen bekommen habe und im Jahre 1974 61 Millionen, dann kann man eben nicht viel bauen.

Zur Frage der Prioritätenliste, meine Damen und Herren, zur zweiten, die jetzt gemacht wurde, darf ich Ihnen folgendes sagen: Diese wird von mir so lange nicht vorgelegt, bis die abgesprochene Vorgangsweise abgewickelt ist. (Abg. Ritzinger: „Die wird von Ihnen überhaupt nicht vorgelegt!“) Auch hier hätte ich erwartet, daß der Herr Landeshauptmann einmal etwas gesagt hätte, denn hier gibt es den Schriftverkehr mit dem Herrn Landeshauptmann, wo wir uns geeinigt haben, erstens einmal den Generalhochbauplan zu machen, dann ein Beamtenkomitee einzusetzen und wenn das Beamtenkomitee fertig ist, auf Regierungsebene zu ver-

handeln. Mehr möchte ich nicht sagen. (Abg. Ritzinger: „Was ist bisher geschehen?“)

Nun liegt mein Plan seit Juni oder April vorigen Jahres vor. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Man muß eines bedenken, daß der Generalhochbauplan die Stunde der Wahrheit hier in diesem Haus bringen wird. Der Landesfinanzreferent wird es ja bestätigen können! Was machen wir denn dann?“) Ich bin Ihnen sehr dankbar, denn genau darum geht es, meine Damen und Herren. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wir wissen eh, daß es Schwierigkeiten gibt!“ — Abg. Jamnegg: „Aber er muß ja sagen, was zuerst gemacht werden soll! Er muß das öffentlich tun! Er verspricht immer alles allein!“) Ich gebe Ihnen gleich eine Hilfe. Wir stehen also an, und nicht einer wird entscheiden, sondern alle zusammen. Da wird die Frage kommen, meine Damen und Herren, sind die 130 Millionen im Kongresszentrum wichtiger oder ist die Zahnklinik wichtiger? Ist das oder das wichtiger? (Beifall bei der SPÖ.) Und nur, meine Damen und Herren (Abg. Ritzinger: „Eine so fadenscheinige Argumentation!“ — Abg. Jamnegg: „Bleiben Sie doch beim Spital!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Jetzt wissen wir, wie wir dran sind! Das ist Ihre Liebe zu Gross!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist ein Witz!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Nur, meine Damen und Herren, wenn sich die Regierung geeinigt haben wird, was ist insgesamt in den Prioritäten wichtig, dann wird der Hochbauplan des Landes vorgelegt. Da werden alle Hochbauten enthalten sein, so ist es vereinbart. (Abg. Jamnegg: „Wir haben immer gesagt, daß die Prioritäten im Rahmen der budgetären Möglichkeiten zu setzen sind!“)

Ein Zweites, meine Damen und Herren, es wird auch der Landtag, wenn die Bauten so dringend sind, nicht umhin können — wenn Sie nach Tirol schauen, werden bei einem außerordentlichen Haushalt von 438 Millionen, 160 Millionen für die Krankenhäuser ausgegeben —, diese als Prioritäten zu fordern. (Abg. Ing. Turek: „Wenn man schon davon anfängt: Für den Wiener Bauskandal hätte man 100 Scanner ankaufen können!“ — Abg. Pölzl: „Mit dem Skonto wären es 105!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Haben wir das zu verantworten!“ — OVP: „Nein, aber Ihre Partei!“ — Abg. Ing. Turek: „Was ist wichtiger, die neue UNO-City oder ein neues Krankenhaus?“ — Abg. Ileschitz: „Da habt ihr zugestimmt!“ — Abg. Dr. Maitz: „Unser Steuergeld wird in Wien ins Allgemeine Krankenhaus hineingesteckt!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Als Letztes die Frage des Wirtschaftskörpers: Ich sagte schon, daß es sicherlich eine Reihe von Formen gibt wie man verwalten kann. Der nächste Schritt ist ja das Überführen auf die doppelte Buchhaltung, das heißt weg von der Kameralistik. Die Kennziffern, die wir erarbeitet haben und genauest beobachten, sind Grundlage hierfür, und man kann über alle diese Dinge reden und sollte sie auch genau prüfen. Man wird nur eines nicht tun können, meine Damen und Herren, und das ist vom zentralen Einkauf und von der Beschaffung wegzu-gehen. (Abg. Pölzl: „Warum kann man nicht?“)

Denn der zentrale Einkauf allein der Waren, die wir zentral beschaffen und einkaufen — wo noch dazu die Kontrollabteilung jetzt gesagt hat, daß die Abteilung 12 auch für die Abteilung 9 die Waren mitbeschaffen sollte —, Herr Kollege Pölzl, erspart uns immerhin 14 Millionen Schilling. Fast 11 Millionen werden dadurch erspart, daß wir alles über unsere Zentralapotheke laufen lassen. (Abg. Pölzl: „Es ist gar nicht gesagt, daß das das Maximum ist!“)

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß Sie sehr empfindlich sind und daß selbst das, was schwarz auf weiß steht, nicht gerne gehört wird, wenn es gesagt wird. (Abg. Ritzinger: „Nur wenn es aus dem Zusammenhang gerissen wird!“) Ich habe es für notwendig empfunden, diese Dinge darzulegen, weil sie einfach erarbeitet wurden und weil sie Grundlage dafür sind, wenn man die ganzen Dinge in der Hand haben will.

Zum Schluß, meine Damen und Herren! Wie jedesmal habe ich auch heuer Dank zu sagen vielen Tausenden, die am Krankenbett für die Kranken in unserem Lande da gewesen sind und gearbeitet haben. Es gehen viele in Pension, werden also nicht mehr weiterarbeiten. Ich hoffe, daß die, die sich den Menschen in diesem Lande geopfert und zur Verfügung gestellt haben, einen wohlverdienten Ruhestand genießen können. Hervorheben möchte ich von all denen, obwohl jeder einzelne seinen Platz ausfüllt und eine wichtige Funktion in diesem Getriebe zu erfüllen hatte, wo immer er auch stehen mag, Herrn Primarius Dr. Popovitsch, leitender Arzt des Krankenhauses in Voitsberg. Er verläßt uns, er war seit 1945 im Landesdienst beschäftigt, war Chef der Chirurgischen Abteilung, wurde 1949 zum Primarius bestellt und hat das Krankenhaus mit viel Umsicht und Einsatzbereitschaft geführt. Der Nächste, der nach Erreichung zumindest des Pensionsalters demnächst in Pension gehen wird, ist Herr Universitätsprofessor Dr. Stefan Greif, der als geborener Grazer hier in Graz studiert hat, als Hilfsarzt begonnen hat, 1938 wie so viele andere aus politischen Gründen seinen Dienst aufgeben mußte oder vom Dienst entlassen wurde, dann aber seit 1945 immer an irgendeiner Stelle in steirischen Krankenanstalten tätig gewesen ist. Die letzte große Aufgabe, die ihm zugeteilt wurde, war die, daß er 1969 zum ärztlichen Direktor des Landeskrankenhauses Graz und zum Hofrat ernannt wurde. Ich glaube und bin davon überzeugt, daß ich mit Ihnen eines Sinnes bin, wenn ich dem Herrn Professor Greif danke dafür, was er für dieses Krankenhaus, in diesem Krankenhaus und für die Menschen des Landes geleistet hat.

Der letzte, den ich hervorheben möchte, stellvertretend für viele andere, ist Herr Professor Moser, Chef der III. Chirurgischen Abteilung, dessen verdienstvolles Wirken nicht nur als Arzt hier im Protokoll vermerkt werden sollte, sondern vor allen Dingen auch seine erfolgreiche und erspriessliche Tätigkeit als Präsident der steirischen Krebsgesellschaft und als Vizepräsident der Österreichischen Krebsliga. Auch ihm danke ich herzlichst sowie allen anderen, die für die Menschen und für dieses Land in den Krankenanstalten ihren Dienst versehen haben. (Allgemeiner Beifall.)